

Wagner, Adolf, 1835-
Elsass und Lothringen und ihre Wiedergewinnung für Deutschland



ELSASS UND LOTHRINGEN

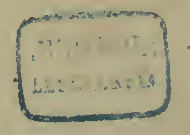
UND

IHRE WIEDERGEWINNUNG FÜR DEUTSCHLAND

VON

PROF. DR. ADOLPH WAGNER.

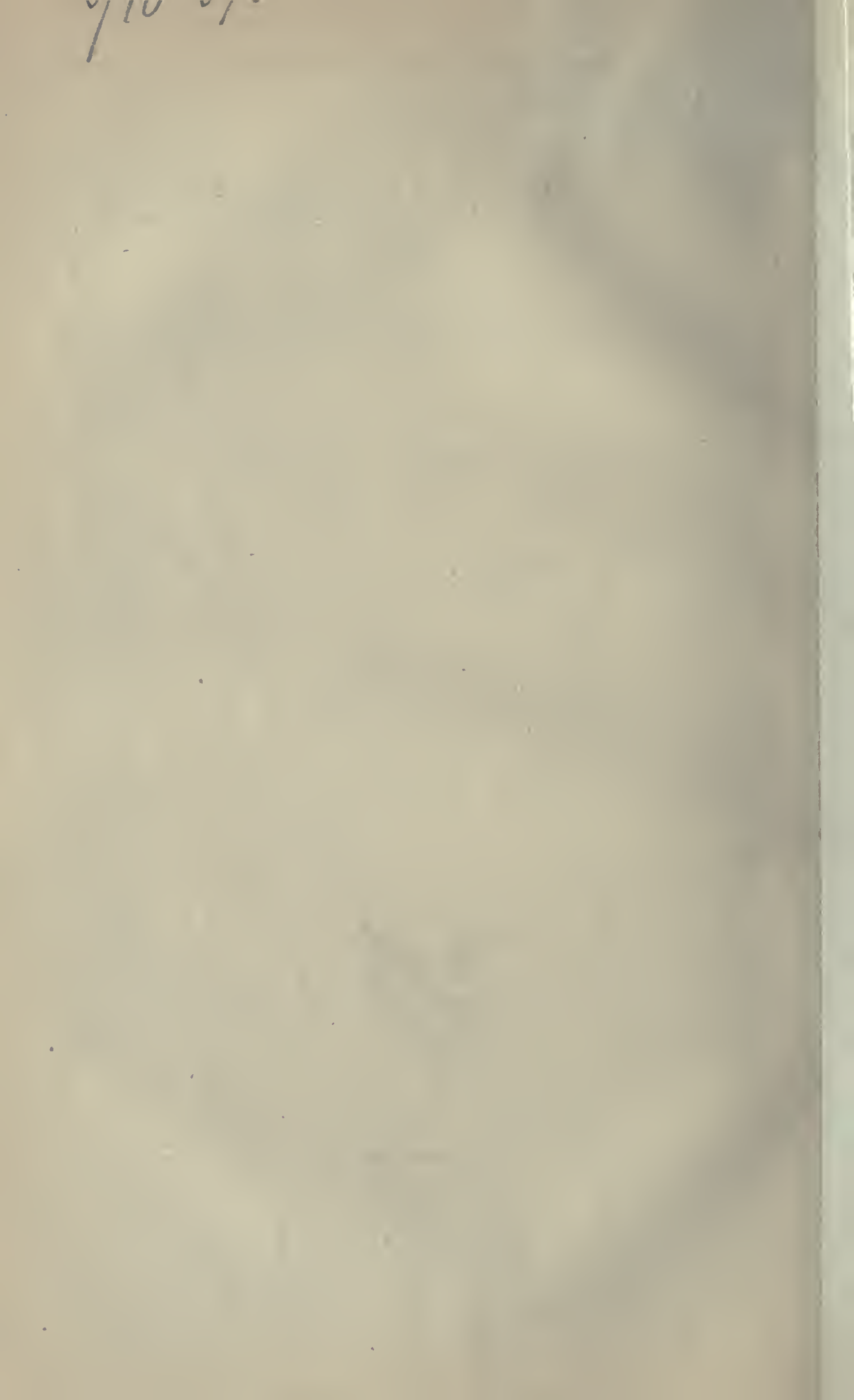
DRITTE AUFLAGE.



Der ganze Reinertrag ist für die Hinterbliebenen der im Jahre 1870 *gefallenen deutschen Krieger bestimmt.*



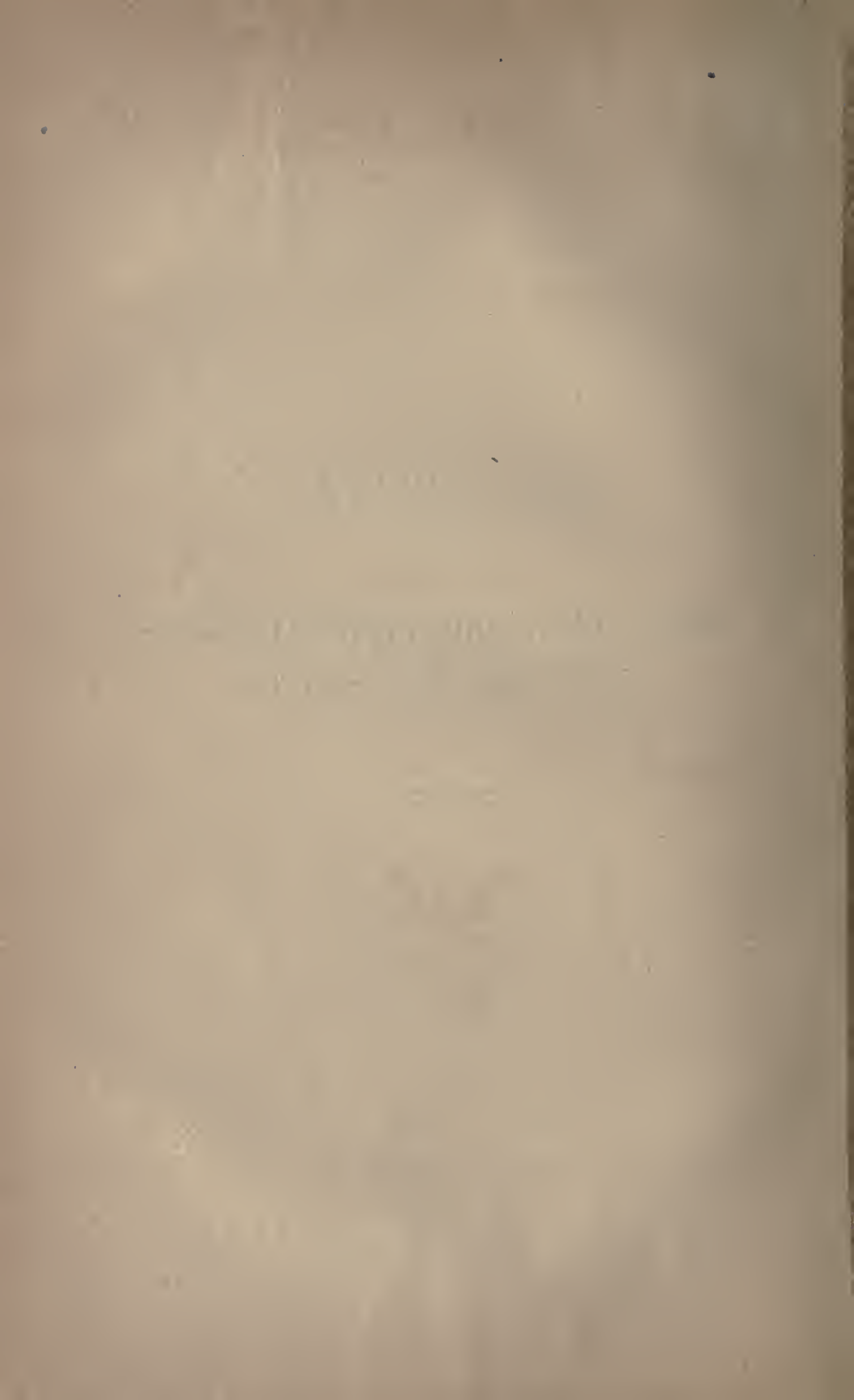
LEIPZIG.
VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT.
1870.



EIN CAPITEL

AUS DER

ANNEXIONS- UND NATIONALITÄTS-STATISTIK UND -POLITIK.



ELSASS UND LOTHRINGEN

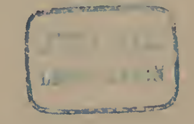
UND

IHRE WIEDERGEWINNUNG FÜR DEUTSCHLAND

VON

PROF. DR. ADOLPH WAGNER.

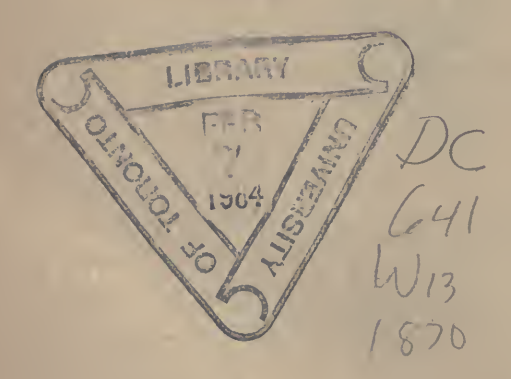
DRITTE AUFLAGE.



Der ganze Reinertrag ist für die Hinterbliebenen der im Jahre 1870 gefallenen deutschen Krieger bestimmt.



LEIPZIG.
VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT.
1870.


LIBRARY
UNIVERSITY
OF TORONTO
FEB
7
1904

Vorwort zur zweiten Auflage.

Der am 5. September erschienenen ersten Auflage dieser kleinen Schrift kann bereits eine zweite folgen. Diese ist in den sieben ersten Abschnitten mit Ausnahme kleiner redactioneller Verbesserungen ganz unverändert geblieben. Dagegen wurde in dieser neuen Auflage das kurze Schlusswort (VIII, über die politische Einfügung von Elsass und Deutsch-Lothringen in Deutschland) durch ein neues längeres Schlusskapitel über dieselbe Frage ersetzt.

Als ich das Schlusswort der ersten Auflage schrieb (27. August), schien es mir noch nicht an der Zeit, diese Frage bereits näher zu betrachten. Dem Norddeutschen zumal geziemte es, Alles zu vermeiden, was etwa süddeutsche Empfindlichkeiten hätte verletzen können. Seitdem habe ich mich immer mehr davon überzeugt, dass zwar nicht das allein Zulässige, aber gewiss das weitaus Beste die einfache directe Einverleibung von Elsass und Deutsch-Lothringen in Preussen oder die Verwandlung dieser Länder in preussische Provinzen sei. Zahlreiche Zeitungsartikel sprechen sich grade so aus, dasselbe sagen Publicisten und Historiker wie H. v. Treitschke („Was fordern wir von Frankreich?“, Preuss. Jahrb. Sept.-Heft),

W. Maurenbrecher (Elsass eine deutsche Provinz, Berl.), soweit ich aus der Inhaltsangabe schliesse auch W. Menzel, dessen „Elsass und Lothringen u. s. w.“ mir noch nicht vorliegt. Namentlich aber habe ich zu meiner lebhaften Freude wahrgenommen, dass die besten Elemente in Süddeutschland von einer Einverleibung der neuen Provinzen in einen oder mehrere süddeutsche Staaten, vollends in Baiern, selbst nichts wissen wollen. Das entnehme ich nicht nur den Stimmen der Presse, sondern auch zahlreichen Privatgesprächen. In Baden, dessen Vergrösserung immer noch das wenigst Bedenkliche wäre, wenn Preussen die Länder nicht erhält, traut man sich wohl mit Recht nicht die Kraft zu, eine so grosse Provinz wie das Elsass zu assimiliren. Das politische Leben dieses tüchtigsten und um die nationale Sache verdientesten süddeutschen Staats drohte ganz aus dem Gleichgewicht zu gerathen.

Angesichts dieser offenen und edlen süddeutschen Selbsterkenntniss und Uneigennützigkeit braucht auch der Norddeutsche nicht mehr zu fürchten, Argwohn und Zwiespalt zu erwecken, wenn er im deutschen Gesammtinteresse und zum Wohle der wiedererworbenen verwelschten Lande den Uebergang der neuen Provinzen womöglich vollständig an Preussen befürwortet. Die Schrift von Bohlmann ist mir nur erst aus Zeitungsbesprechungen bekannt. Der darin gemachte Vorschlag, Elsass und Lothringen zu reichsunmittelbarem Lande zu machen, erscheint mir eine zwecklose Künstelei, welche in unserem ohnehin so kunstvollen und complicirten neuen Staatsorganismus vollends nicht am Platze ist. —

Seitdem ich die Blätter für die 1. Auflage schrieb, sind wir auch in der Frage der Wiedergewinnung von Elsass und Lothringen durch die weltgeschichtlichen Ereignisse von

Sedan und ihre Folgen ein gutes Stück vorwärts gekommen. Die Einführung der Republik wird an dem Geschick Frankreichs in diesem Kriege gewiss nichts mehr ändern. Vielleicht zeigt sie jener Partei, die Alles auf die Staatsform und auf einzelne Personen schiebt, die Beschränktheit dieser Auffassung einmal in einem unwiderleglichen Beispiel. Wir wissen, dass wir nicht gegen Napoleon, sondern gegen Frankreich und gegen die Franzosen kämpfen. Dieses Volk, welches Jahre lang vor seinem Herrscher im Staub gelegen, lässt ihn jetzt fallen, weil er einige Schlachten verlor! Es wird sich und der Welt nun wieder weissmachen wollen, dass nicht seine eigene Erbärmlichkeit, sondern dass sein Herrscher an allem Unheil Schuld war! Nun, wir werden uns durch solche abgeschmackte Lügen hoffentlich nicht mehr irre machen lassen. Mag Napoleon's Sturz noch so sehr gerechte Sühne sein, — sein Volk, das diesen Sturz nicht selbst herbeiführte, sondern den besiegten Cäsar absetzte, erscheint dadurch wahrlich nicht in einem besseren Lichte. Und die feilen Speichellecker, die jetzt die Republikaner spielen, oder die bedientenhaften Stadträthe, welche die Büsten und Bilder des gestürzten Kaisers zerstören, erhöhen nur den Eindruck der vollendeten Erbärmlichkeit dieses Volks.

Wir aber dürfen in Betreff der deutschen Annexionsabsichten jetzt auch wohl noch auf Eines mit Genugthuung hinweisen. Dieselben braven Leute in Deutschland und der Schweiz, welche die Annexionen als Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker verdammen, die preisen enthusiastisch die „tapfere(!)“ That der paar Bourgeois, welche die Republik erklären und dabei den Willen der grossen Mehrzahl der Bevölkerung ebensowenig fragen, als es Napoleon am 2. December einst gethan. Staatsstreich gegen

Staatsstreich, über die Köpfe des „souveränen" Volks hinweg! Nur immer mit gleichem Maasse messen!

Nun, uns Deutschen kann es gleichgültig sein, ob die Franzosen diese oder jene Regierungsform haben. Aber ihre Macht, uns zu schaden, wollen wir unter allen Umständen brechen und davor soll sie die neueste republikanische Posse, die vermuthlich noch kläglicher als die beiden früheren verlaufen wird, ebenfalls nicht bewahren.

Freiburg i/Br., 11. Sept. 1870.

I.

Gegen Frankreich, nicht gegen Napoleon.

Am 6. August 1806 legte der Kaiser Franz die deutsche Kaiserkrone nieder und erklärte das tausendjährige deutsche Reich für aufgelöst, nachdem Napoleon I. am 1. August verkündet hatte, er erkenne das Reich nicht mehr an. Ein jahrhundertlanger Auflösungsprocess unseres Staats war vollendet. Die staatsfeindliche Zersplitterung der Stämme, die egoistische reichsverrätherische Politik der Fürsten, die Erbärmlichkeit der Reichsverfassung, die elende und schändliche Hauspolitik und ererbte Unfähigkeit der Habsburger — das war die schwere Schuld auf unserer eigenen Seite, aus der ja Aergerniss kommen musste. Aber wie seit Alters, so waren es auch jetzt die Franzosen gewesen, welche unter allen ihren Regierungsformen, unter allen ihren Herrschern unsere politischen Fehler und Sünden zu ihrem Vortheil ausgebeutet hatten.

Was mit dem Raub von Metz, Tull und Virten begonnen, mit dem Gewinn des Elsass und Lothringens fortgesetzt, das war nunmehr beendet. Der Rhein war nicht mehr Deutschlands Strom, er war in seinem ganzen Lauf Deutschlands Grenze geworden oder er war selbst das nicht mehr und gehörte ganz den Fremden und den Reichsabtrünnigen.

Wozu der unselige westfälische Friede den Grund gelegt, zur Unabhängigkeit und Bündnissfreiheit der Reichstheile, im höchsten Interesse Frankreichs, dazu war nun der letzte Stein gefügt: die Territorialherren, soviel ihrer Napoleon's Gnade bestehen liess, waren deutsche Souveräne geworden, um freilich doch nur französische Vasallen zu sein. Und sie blieben souverän und fast unbeschränkt im späteren Deutschen Bunde, um abermals im Interesse Frankreichs und Russlands Deutschlands Ohnmacht zu verewigen. Was die Valois begonnen, die Bourbons fortgesetzt, hatte die Republik, hatte ein Bonaparte zu Ende geführt und betrachteten die Restauration, die Orléans, das neue Kaiserreich als die erste Aufgabe der französischen Politik: Deutschland zersplittert, uneinig, klein zu erhalten und ihm womöglich Gebiet zu rauben. Alle französischen Regierungen handelten darin mit denselben Mitteln der Lüge, des Verraths, der Bestechung, der Schmeichelrede, und alle handelten im Sinn und Geist des französischen Volks.

Und dennoch sollten die Deutschen 1813—15 nur den Bonaparte bekämpfen, nicht dieses Volk, den erblichen Zuchtmeister unsrer politischen Sünden! Und dennoch will man vielfach auch jetzt wieder unseren Groll gegen den muthwilligen Friedensbrecher allein richten, nicht gegen dieses bis zum Blödsinn aufgeblasene, eitle, anmaassende und unwissende Volk, das sich im Glück und Unglück gleich erbärmlich bewiesen hat. Als ob Napoleon nicht bloss den nationalen Instincten dieses Volks folgen musste! Freilich um sich aus den inneren Verlegenheiten zu retten, welche das Product einer zwanzigjährigen Despotie sind. Aber ist diese Despotie denn etwas Anderes als ihrerseits das nothwendige Product der geschichtlichen Entwicklung Frankreichs und einer achtzigjährigen, jeder geordneten freien Regierung den Boden entziehenden Revolutionirung des Volks? Steht dieser verfehmte dritte Napoleon, so schlecht er sein mag, wirklich soviel unter seinem Volke? Als ob er für uns

schlimmer wäre als jede andere Regierung Frankreichs. Mag er bleiben oder vertrieben werden, — das ist allein Sache der Franzosen. Jede Regierung, die ihm folgt, wird die traditionelle Rheinpolitik treiben, so lange das französische Volk diesem ruchlosen Gelüste fröhnt — und die Macht hat oder zu haben glaubt, es befriedigen zu können. Hört doch nur diese Orléans'schen Prinzen aus dem Versteck gegen Deutschland hetzen! Sehet doch nur diese Thiers und Consorten, die Jahre lang den Chauvinismus schürten und auch jetzt nach den Niederlagen der französischen Waffen wie vorher kein Wort der sittlichen Verdammung des schändlichsten der Kriege haben, sondern nur tadeln, dass er zu ungeeigneter Zeit und erfolglos unternommen ist. Ob das frivole, herabgekommene Volk wieder ein paar Jahre Republik spielt, vielleicht die Guillotine einmal wieder arbeiten lässt, ob es abermals in völlige Anarchie verfällt — und daraus durch einen neuen 18. Brumaire oder 2. December gerettet werden muss, ob die constitutionelle Komödie unter den Orléans wieder aufgeführt wird — was scheert es uns. *Rerum novarum semper studiosi*, so waren sie seit zwei Jahrtausenden. Ein Robespierre oder Napoleon, ein Rochefort oder Jules Favre, ein Thiers oder Guizot, ein Consul oder Kaiser, ein legitimer Erbkönig oder ein volkssouveräner Wahlkönig an ihrer Spitze, — das macht nach der bisherigen Erfahrung verzweifelt wenig Unterschied. Der Freiheit, weil der politischen Selbstbeherrschung und des Rechtsgefühls gegen Andre wird dieses Volk vermuthlich immer unfähig bleiben. Der Satz müsste erst widerlegt sein, solange wird man selbst von Napoleons III. Schandregiment annehmen dürfen, dass die alte Regel wahr bleibt und eine Regierung auf die Dauer nicht schlechter ist, als ihr Volk sie verdient.

Wir aber wollen uns nicht wieder darüber täuschen: unser Feind ist Frankreich, ist das französische Volk, nicht Napoleon. Diesem müssen wir sogar ver-

bunden sein, dass er unserem friedfertigsten aller Völker die Gelegenheit zur Abrechnung mit Frankreich früher bietet, als wir sie uns selbst von uns aus zu verschaffen gesucht hätten. Mag das französische Volk sich selbst zerfleischen —, wir wollen nichts Andres, als seine Macht, seinen Uebermuth brechen und es zwingen, uns endlich in Ruhe zu lassen. Im Uebrigen: *habeat sibi!*

Und Gott sei Dank, die Nemesis scheint über dieses Volk hereinzubrechen.

Am Sterbetag des alten Deutschen Reichs, am 6. August 1870, haben unsere wackeren deutschen Heere bei Wörth und Forbach, auf französischem und doch auf uralt national deutschem Boden den Grundstein zum neuen deutschen Reiche gelegt. Der Sterbetag wird so Gott will zum Auferstehungstag. Der Sieg ward unser, sowie wir unseren grössten und hässlichsten Nationalfehler, unseren Particularismus, überwanden und Alles sich unter Preussens, des wahren Mehrers des Reichs seit mehr denn 200 Jahren, bewährte Führung stellte. So hat es sich bereits der ganzen Nation gelohnt, dass im gesegneten Jahre 1866 der westfälische Friede in einem seiner Hauptpuncte rückgängig gemacht und das Kriegs- und Bündnissrecht der Territorialherren wieder beschränkt oder beseitigt worden war.

Aber nach dieser grossartigen Abrechnung mit dem Particularismus im Innern kommt nunmehr Dank dem frivolen französischen Friedensbruch die Abrechnung mit dem Erbfeind draussen. Mögen die Neutralen scheel sehen und unsere reichsabtrünnigen Stammesgenossen vom Ober- und Unterrhein sich abermals wie 1866 in ihrer selbstzufriedenen Vereinzelung nicht mehr recht geheuer fühlen, mag das eitle französische Volk vor Wuth schäumen, — der Sieg wird ausgebeutet werden! Es darf nicht gehen wie anno 14 und 15 Diesmal setzen wir uns allein mit den Franzosen auseinander. Das kann und soll aber auf keine andre Weise geschehen, als indem der westfälische Friede, diese

Besieglung unserer tiefsten Erniedrigung, auch in den Territorialverhältnissen soweit als es unser Nationalinteresse erheischt wieder beseitigt wird.

Wahrlich, wir werden auch im grössten Siege das deutsche Maasshalten nicht vergessen. Kein Mensch denkt bei uns an eine Wiederherstellung des heil. römischen Reichs im mittelalterlichen Umfange. Unter den Folgen solcher verkehrter römischer Weltreichspolitik haben wir lange genug gelitten. Denn unsere ehemaligen Ueberschreitungen unseres natürlichen nationalen Machtgebiets, den Italienern wie den Franzosen gegenüber, haben mächtig zu jener Reaction dieser Völker gegen uns mitgewirkt, durch die der Zerfall unseres Staats mit herbeigeführt wurde. Niemand möchte, etwa als Vergeltung für 1811, wo Frankreichs Grenzen bis an die Mündung der Elbe und Trave vorgeschoben waren, aus dem französischen Nationalgebiet Stücke herausschneiden, Verbundenes trennend, Fremdartiges verbindend. Nein, womöglich kein französisches Dorf wollen wir nehmen, soweit es der nothwendige Grenzzug irgend vermeiden lässt. Mögen die Franzosen behalten, was von Natur und Rechts wegen ihr Eigen ist. Aber womöglich auch kein deutsches Dorf, das sie stahlen und verdarben, sollen sie behalten. Was diesseit unserer Naturgrenze und innerhalb unseres Sprachgebiets liegt, muss wieder unser, der Rhein wieder Deutschlands Strom werden, nicht länger, wenigstens gegen Frankreich nicht länger, Deutschlands Grenze bleiben! So kämpfen wir für uns, aber wir kämpfen für eine Idee zugleich, für das Nationalitätsprincip, das Ihr, Franzosen, stets mit Füssen tratet oder nur befolgtet, wo es Euch nützlich war. Wir wollen auch jetzt nicht weiter gehen, als jene hohe Idee gestattet.

Wahrlich, Strassburg, Elsass, Lothringen! Stieg nicht die Schamröthe bei diesen Namen jedem Deutschen ins Gesicht! Und dennoch bezwangen wir unser Gefühl und hätten

selbst zur Wiedergutmachung dieses schmachvollsten Raubs und Schachers nicht von uns aus den Krieg wieder begonnen. Kaum dass die schwärmerische Jugend noch an die Rückgewinnung dieser Länder zu denken wagte! Kaum dass Schenkendorfs Wort vom verlorenen Gut an den Vogesen, wo es gelte, deutsches Blut vom Höllenjoch zu lösen, noch mehr als eine schmerzliche, aber hoffnungslose Ergebung erweckte! Der deutsche Staatsmann, der an Wiedergewinnung des Elsass hätte denken wollen, wäre bis vor Kurzem noch dem eigenen Volke als Phantast erschienen. Der so richtige Begriff eines „französischen Deutschland", wie der eines schweizerischen, holländischen, belgischen, österreichischen, russischen, — die Bescheidenheit des deutschen Statistikers und Politikers hätte ihn nicht aufzustellen gewagt. Und doch nannte sogar die amtliche Statistik selbst des ohnmächtigen Italiens lange vor der Annexion schon Venetien, und jetzt noch Südtirol, das triestiner Küstenland, Tessin, Nizza, Corsica, Malta und selbstverständlich Rom einstweilen ausländisches, aber doch immer Italien! Wir Deutschen sind ja seit lange Meister der politischen Resignation. Kaum schüchtern nannten wir Elsass und Lothringen, wenn der prahlerische Franke den Raub des übrigen deutschen linken Rheinufers immer von Neuem anregte und ohne jeden Scrupel eigentlich stets nur als eine Frage der Zeit ansah. Unsere grossen Zeitungen rührten die Frage vom linken Oberrheinufer schon gar niemals an, denn der erste Grundsatz war ja bei uns wie im übrigen Europa, nur um Gottes Willen die „berechtigten Empfindlichkeiten" der Dame France, die ja stets wie ein hysterisches Frauenzimmer behandelt ward, nicht reizen!

Gottlob, was wir in ererbter Selbstbescheidung nicht aufzurühren wagten, dazu hat französischer Uebermuth uns die Gelegenheit geboten. Der Krieg ist uns unter den frivolsten, nichtigsten Vorwänden aufgedrungen worden. Das

ward gleich von ganz Europa anerkannt. Der Zweck war der alte doppelte, den Frankreich uns gegenüber stets verfolgt hat, unsere Uneinigkeit, Zersplitterung und Ohnmacht zu erhalten und uns Land abzureissen, Bein von unserm Bein, Fleisch von unserm Fleisch. Dank dem Jahre 1866 und seinen Schöpfungen, dem Norddeutschen Bunde und den Schutz- und Trutzbündnissen ist der erste Zweck sofort, der zweite durch unsere herrlichen Siege, die weitere Folge der durch das Jahr 1866 errungenen Einigung, vereitelt. Aber nun wendet sich das Blatt endlich einmal gegen Euch, Franzosen. Ihr begannet diesen Krieg, wie zahllose frühere, um uns rein deutsches Gebiet zu entreissen. Wir werden ihn nicht enden, bevor wir die rein deutschen Gebiete, welche Ihr bereits besitzet, wieder gewonnen haben. So ungerecht Euer, so gerecht ist unser Verlangen.

II.

Französische Annexionsgründe.

Nirgends können sich die Franzosen für ihr Gelüste nach unserem linken Rheinufer auf das Nationalitätsprincip berufen, dieses natürlichste, dauerhafteste, mächtigste, gerechteste, wohlthätigste Princip der Staatsbildung und der Abgrenzung der Staatsterritorien. Bei Belgien ist diese Berufung doch noch in Betreff fast der Hälfte des Landes möglich und Dank der unklugen Französirungstendenz der belgischen Regierung selbst für den vlämischen Theil dieses Staats weniger monströs. Nirgends können die Franzosen gegen uns das Princip der natürlichen Grenzen, das sie immer für ihre Forderung der Rheinlande im Munde führen, geltend machen. Denn Ströme trennen nicht,

sondern verbinden, und Gebirge und Meere, nicht Ströme haben die geschichtliche Sanction als natürliche Grenzen der Staatsgebiete erhalten. Ebensowenig können sich unsere Feinde auf historisches Recht, auf die Weihe der Jahrhunderte berufen, als wenn etwa die deutschen Rheinlande seit Alters ihnen gehört hätten und ihre Herrschaft nur einmal zufällig und kurze Zeit durch die unsere ersetzt worden wäre. So verhält es sich vielmehr mit dem ephemeren Erwerb der Rheinlande in der Revolutionszeit durch die Franzosen. Seit den tausend Jahren, die es einen selbständigen deutschen und französischen Staat giebt, besass Frankreich unsere heutigen Rheinlande kein halbes Menschenalter lang und noch dazu in der für die Staatsgebietsgrenzen vergänglichsten aller Geschichtsepochen. Die ganze übrige Zeit hatte Deutschland oder sein Rechtsvorgänger, Lotharingien, diese Länder unbestritten inne. Vollends die Stimmung der Bevölkerung, welche Franzosen öfters als ihnen sympathisch darzustellen sich erfrechen, wo ist im deutschen Rheinland eine Spur Neigung, französisch zu werden! Nichts, gar nichts, was auch nur dem Schein einer Rechtfertigung gleich sieht, vermögen die französischen Schreier und Prahlhänse für ihre unverschämte Forderung vorzubringen.

Aber gleichwohl — tiefere innere Beweggründe haben die grade neuerdings wieder so starken französischen Annexionstendenzen dennoch, nur dass die Masse dieses ungebildetsten der westlichen Völker sie freilich bloss instinctiv ahnt und selbst die Einsichtigen in der angeborenen nationalen Eitelkeit sie sich kaum ganz klar zu machen wagen. Diese Beweggründe liegen keineswegs nur in der sich unaufhaltsam vollziehenden italienischen und deutschen Einheit, wodurch Frankreich das europäische Gleichgewicht, d. h. sein „legitimes Uebergewicht" gestört sieht. Sie liegen vielmehr noch in einer anderen, bisher zu wenig beachteten Thatsache, dass nämlich Frankreich namentlich gegen die germanischen Länder Europa's und Amerika's, vor Allem

gegen Deutschland seit der grossen Territorialregelung des Wiener Congresses in der Volksvermehrung und in dem davon abhängigen volkswirthschaftlichen Fortschritt, daher in der Entwicklung seiner Staatsmacht ausserordentlich zurückgeblieben ist — und bei der voraussichtlichen Fortdauer dieser Verhältnisse immer mehr zurückbleiben wird. Erst in Verbindung mit diesem Wachsthum der deutschen Bevölkerung ist die deutsche Einheit für Frankreich so gefahrdrohend geworden. In der Volksvermehrung drückt sich, unter der in Deutschland und überhaupt in den germanischen Ländern zutreffenden Voraussetzung, dass der Volkswohlstand mindestens in gleicher oder wie bei uns in rascherer Progression steigt, die Gesammtentwicklung eines Volks und seiner Staatsmacht wie in einem einzigen Moment am deutlichsten aus. Die Volkszunahme ist hier Symptom und Wirkung und wiederum Ursache verbesserter wirthschaftlicher Zustände. Betrachten wir daher dieses Moment und seine Bedeutung für die politische Macht der Staaten ein wenig näher.

Ohne Zweifel ist die rasche Volksvermehrung der germanischen Völker und die ausserordentlich langsame der Franzosen (zum Theil, wie es scheint, obgleich die statistischen Daten noch nicht zuverlässig genug sind, auch der übrigen Romanen) eine Thatsache von höchster politischer und culturgeschichtlicher Bedeutung. Mag der Unterschied erst in diesem Jahrhundert so erheblich geworden sein und später wieder geringer werden, wie französische Statistiker glauben machen möchten, aber nicht genügend begründen können: jedenfalls besteht er gegenwärtig und hat die allerwichtigsten Folgen auch für die politische Stellung der einzelnen Staaten. Einige Franzosen wie die Herren J. Duval, Raudot u. A. m. möchten die Sache zwar gern so darstellen, als ob aus der erwähnten unbestreitbaren Thatsache erst in Zukunft eine für Frankreich gefährliche Verschiebung der gegenseitigen Machtverhältnisse hervorgehen werde,

höchstens Grossbritannien gegenüber, vor dem man sich dennoch nicht mehr fürchtet, wird von ihnen dergleichen schon jetzt zugestanden. Allein das ist absichtliche eitle Selbsttäuschung, die wir ja an unseren westlichen Nachbarn kennen. Es wird dadurch die leicht nachweisbare Thatsache nicht umgestossen, dass grade durch die ungleiche Volkszunahme auch zwischen Deutschland und Frankreich das Machtverhältniss schon wesentlich anders geworden ist, mag die nationale Eitelkeit der Franzosen es offen zugestehen oder nicht. Im Geheimen geschieht es bei den Sachkennern auch dort ohnehin. Nur treten dann wieder Leute auf, wie der chauvinistische amtliche Tendenzstatistiker des Empire, Herr Legoit, welche in falscher Anwendung der Malthus'schen Bevölkerungslehre Deutschland und England ob der schnellen Volkszunahme gegenüber Frankreich grade ungünstig beurtheilen. Da wird nur vergessen, dass beide Länder an Wohlstand ungemein zunehmen und Deutschland im relativen volkswirthschaftlichen Fortschritt seit 4 Jahrzehnten an der Spitze der Bewegung in Europa steht. Irische Zustände haben wir nirgends bei uns. Viel eher können wir unser Vaterland mit Nordamerika vergleichen. Unsere nordöstlichen Gebiete, von der Elbe und Oder an, sind noch heute eine Art Colonialland, wie die Striche am Ohio, und haben als solches bis in die neueste Zeit eine starke Einwanderung aus anderen Theilen Deutschlands angezogen.

Die Volkszunahme war jedoch innerhalb Deutschlands wieder sehr verschieden, nämlich sehr rasch in Sachsen und Preussen, also im grössten Theil Norddeutschlands, erheblich langsamer in Deutsch-Oesterreich, fast noch langsamer als in Frankreich sogar in Südwest-Deutschland und dem Rest der norddeutschen Länder (Hannover, Churhessen, Mecklenburg). Daraus erklärt sich die ausserordentliche Verschiebung des politischen und volkswirthschaftlichen Schwerpuncts unserer Nation innerhalb

Deutschlands, — eine auch selten genügend gewürdigte, den Meisten nicht einmal bekannte mitwirkende Ursache der neueren politischen Geschichte unseres Vaterlandes. Für Frankreich war diese deutsche Volkszunahme also doppelt penibel, weil sie den politisch bereits geeinigten Theil unseres Volks betraf. Und gleichwohl daneben, wie in England, diese colossale Auswanderung, durch welche in Nordamerika ein neues germanisches Weltreich, dessen Macht Frankreich in Mexico bereits zur Genüge kennen lernen sollte, entstanden ist und in Australien ein ähnliches sich vorbereitet. Wo hat die gallische Race etwas nur entfernt Aehnliches geschaffen! Es klingt wie Spott, Algier nur zu nennen. Dahin sendet ja Frankreich kaum Menschen, sondern dort rekrutirt es seine civilisatorischen Heere, zu deren Ausfüllung seine eigene Bevölkerung nicht ausreicht.

Wenige Zahlen zeigen die grossartige Bedeutung des erwähnten Moments. Die mittlere jährliche Volkszunahme war (nach den sorgfältigen Berechnungen im Gothaer Almanach) in Frankreich 1821—61 0.47, in Südwestdeutschland 1834—64 0.42, dagegen in England und Wales 1821—61 1.30, in Preussen 1822—61 1.18, in Sachsen 1834—64 1.24 %. Danach ergiebt sich bei entsprechender Andauer dieser Zunahme eine Verdoppelungsperiode der Bevölkerung in Frankreich von 147.6, in Süddeutschland von 167.2, in England von nur 53.8, in Preussen von 59.9, in Sachsen von 56.1 Jahren. Die Volksdichtigkeit ist in Frankreich von 1816 bis 1866 nur gestiegen von 3110 auf 3897 Einwohner auf der Quadratmeile, in Preussen (ohne Annexionen) von 1816—1867 dagegen von 2050 auf 3879: ehemals auf der gleich grossen Fläche des zum Theil stiefmütterlich ausgestatteten Bodens von Preussen 1060 Menschen weniger, jetzt ebenso viel als auf der gesegneten Erde Frankreichs. Im ganzen Deutschen Bunde war die Volksdichtigkeit 1816 auch nur 2630, 1864 dagegen 4100 pro Quadratmeile. Welch' verschiedenes Tempo in diesen Fortschritten, wie weit vorauseilend Deutsch-

land vor Frankreich! Beim Vergleich des letzteren mit Süddeutschland ist nicht zu vergessen, dass dieses eine so starke Auswanderung hatte. Darin übertraf es verhältnissmässig bedeutend auch Sachsen und Preussen, — einer der Gründe der rascheren Volkszunahme in letztern beiden Ländern. Auch wird im Süden von 1816—1834 die Zunahme stärker als seitdem gewesen sein.

Entscheidend grade für die politische Bedeutung der Volkszunahme sind aber doch die absoluten Zahlen der ehemaligen und jetzigen Bevölkerung. (Innerhalb der letzteren ist die Vertheilung der Altersclassen noch wichtig, wovon wir hier jetzt absehen). Der Deutsche Bund und Frankreich gingen bemerkenswerther Weise aus der grossen für lange Zeit maassgebenden Territorialregelung von 1814 und 1815 fast genau mit derselben Einwohnerzahl hervor: Beide mit 30 Millionen. Diese Zahl stieg bei Frankreich (ohne die italienischen Annexionen) bis 1861 auf 36.8, bis 1866 auf 37.45 Mill. Beim Deutschen Bunde (ohne Limburg) bis 1864 auf 46.6 Mill.: d. h. der Deutsche Bund hatte um die Zeit seiner Auflösung fast 10 Mill. Einwohner mehr als Frankreich, ohne irgend eine wesentliche Gebietsveränderung (sogar bei einer kleinen Gebietsverminderung).

Noch schlagender ist der Unterschied zwischen Preussen allein und dem Gebiet des Norddeutschen Bundes allein und Frankreich. Preussen zählte 1816 10.35, 1867 (ohne Annexionen) 19.68 Mill. E. Frankreich war ihm also am Schluss der napoleonischen Aera fast dreimal, um 1866 nicht mehr doppelt überlegen an Bevölkerung. Das Norddeutsche Bundesgebiet bewohnten 1816 c. 16.7, 1867 29.91 Mill. E.: damals wenig über die Hälfte soviel, jetzt nur noch um ein Viertel weniger als in Frankreich.

Noch eine andere wichtige Thatsache wird durch diese statistischen Vergleiche eigenthümlich beleuchtet. Der vorläufige Austritt Deutsch-Oesterreichs aus dem politischen Verbande Deutschlands war sicherlich unvermeidlich, damit

sich letzteres consolidiren konnte. Man hat aber auch behauptet, durch ihn sei das neue Deutschland, „Kleindeutschland", in seiner Macht so geschwächt worden, dass es nimmer allein einer grossen europäischen Macht wie Frankreich gewachsen sei. Am Nesenbach hat man sich noch jüngst beim Ausbruch des Kriegs auf diese Thatsache berufen, um den von einer landesverrätherischen Partei beabsichtigten Bruch der Bündnisstreue zu entschuldigen. Selbstverständlich, wenn es in diesen Dingen nur auf die Volkszahl ankäme und nicht darauf, dass diese Bevölkerung Einem Willen folgt, was bei Oesterreich und Preussen unmöglich war, — so war der Austritt Deutsch-Oesterreichs aus dem Bunde eine Schwächung Deutschlands um die 14.38 Mill. Deutsch-Oesterreicher (in 1867, worunter freilich nach Ficker nur 7.1 Mill. Deutsche, $^1/_5$ Mill. Juden). Allein Dank der starken deutschen Volksvermehrung ist es immerhin möglich geworden, Deutsch-Oesterreich austreten zu lassen, ohne dass dadurch das jetzige Deutschland, der Norddeutsche Bund mit den süddeutschen Staaten, an Bevölkerung gegen Frankreich zurücksteht. Dieses hat 38.19 (incl. Savoyen und Nizza), Deutschland 38.51 Mill. E. Insoweit ist also das Verhältniss zwischen den beiden Staaten wieder ganz dasselbe wie 1816. Nur Schleswig (0.40 Mill. E.) und die Provinzen Preussen (mit immerhin bloss 29.4 % nichtdeutscher Bevölkerung) und Posen (zwar nur mit 45.4 % deutscher Bevölkerung, doch fast dasselbe Verhältniss wie in Deutsch-Oesterreich!), beide Provinzen zusammen mit 4.63 Mill. E., mussten, um dieses Resultat zu erreichen, in den Bund eintreten. Frankreich gewachsen nach der Volkszahl ist also heute auch Kleindeutschland allein. Es ist sogar ganz gut, dass sich Frankreich in dem jetzigen Kampfe nicht wieder darauf berufen kann, nur dem erdrückenden numerischen Uebergewichte wie 1813—15 unterlegen zu sein. Haben wir mehr Soldaten, nun so ziehen wir sie aus der gleich grossen Bevölkerung, wie Frankreich, leisten also mit den-

selben Kräften mehr. Und Frankreich hat ja ausserdem noch seine Turcos als Avantgarde beim Marsch *à la tête de la civilisation* und für die *promenade à Berlin*. Was will es noch weiter?

Noch Vieles, wie wir wissen! Eine seiner unverschämtesten Forderungen können wir aber nach diesem Einblick in die Verschiedenheit der Volkszunahme vollends als wahrhaft einfältig begründet zurückweisen: es ist jene, wonach Frankreich aus einer Vergrösserung seiner Nachbarn oder aus der erhöheten Concentration der Kräfte derselben, wie in dem Falle der italienischen und deutschen Einheit, ein legitimes Recht auf Compensationen ableitet. Damit wurde ja der Anspruch auf Nizza und Savoyen, das Trinkgeld, das im Kampfe für die Idee doch abfallen musste, begründet, sowie jene berüchtigte Forderung deutschen Bodens nach Sadowa. Die übrigen europäischen Mächte, Frankreichs Launen meistens duldend, fanden ein solches Verlangen nicht einmal so unerhört. Ja, noch neuerdings schämen sich selbst italienische Politiker und Zeitungen nicht, solche Ansprüche im Princip ganz billig zu finden und es Deutschland zu verdenken, dass es sie nicht demüthig erfülle, wie es Italien thun musste.

Die Einfältigkeit dieser Ansprüche ergiebt sich daraus sofort, dass nicht einmal die Erfüllung Frankreich dauernd helfen würde und es im Grunde ebenso gut Compensationsrechte wegen des rascheren Wachsthums der Bevölkerung in seinen Nachbarstaaten geltend machen könnte! Komisch genug, dieses „geistreichste Volk“ versteigt sich fast schon zu diesem naiven Gedanken. Da hat z. B. Herr Duval, ein bekannter Pariser Statistiker und Publicist, nach 1866 bereits einmal constatirt, dass die schnellere Volksvermehrung in vielen Staaten Europa's Frankreich mit einer allgemeinen Ueberflügelung bedrohe, wogegen Abhilfe nothwendig sei. Mehr und mehr zerfalle auch mit dadurch zwischen den Gliedern des europäischen Staatensystems das im Jahre 1815 be-

gründete Gleichgewicht der Kräfte, und darin liege ein Grund mehr für die Herstellung desselben auf neuer Basis. Hätte Frankreich dabei nur auf die Ziffer seiner Bevölkerung hinzuweisen, welche ohne ganz still zu stehen doch hinter der allgemeinen Bewegung zurückbleibe, so würde es zu kurz kommen.

Dazu können wir Deutschen nur Ja und Amen sagen und vermuthlich das übrige Europa gleichfalls.

Gegen Preussen leitete Frankreich seinen Anspruch auf Compensationen aus den Annexionen des Jahres 1866 ab. Durch diese wurde eine Bevölkerung von 4.3 Mill. (Zahl von 1867) in Preussen einverleibt. Allein so bedeutend diese Ziffer ist, sie bleibt erheblich hinter derjenigen zurück, um welche sich die preussische Bevölkerung in dem halben Jahrhundert von 1816—67 durch den Ueberschuss der Geburten über die Todesfälle und durch Einwanderung trotz nebenhergehender Auswanderung erhöht hat. Nach französischem Maasstabe gemessen hätte Preussen von 1816—67 seine Bevölkerung nur um c. 2.5 Mill., statt um 9.33 Mill. wie in Wirklichkeit vermehren „dürfen", damit das Verhältniss beider Staaten dasselbe geblieben wäre. Die stärkere Zunahme um 6.83 Mill. konnte Frankreich ebenso gut als ein ihm widerfahrenes „Unrecht" betrachten, weil dadurch seine Machtstellung gleichfalls relativ herabgedrückt wurde. Und wir sehen, dass in den französischen Köpfen etwas spukt, was einer solchen Anschauung sehr ähnlich sieht.

Es scheint wirklich, als ob der Instinct der *grande nation* eine periodische Revision der Karte von Europa verlange, nur um zu Gunsten des zurückbleibenden Frankreichs das Gleichgewicht, das heisst das französische Uebergewicht immer wieder herzustellen. Annexionen zur Ausgleichung der langsameren französischen Volkszunahme! Heute Belgien, morgen die deutschen Rheinlande, später wieder ein anderes Land im Osten, als Prämie für das berufene Zweikindersystem der gallischen Race, als Lohn für die Pariser Huren- und Cancanwirth-

schaft, als Ansporn, doch ja recht ungenirt selbst in den wohlhabenden Familien die Kinder aufs Land an Ziehmütter und Engelmacherinnen auszuliefern! Die noch deutsche Bevölkerung in Elsass, Lothringen, Flandern, die einst deutsche oder stark mit deutschem Blut vermischte in Burgund, Normandie genügt schon nicht mehr. Das Keltenthum braucht immer neuen Zuschuss germanischer Kräfte. Es protestirt auch gegen jene Art Annexion, welche in der natürlichen Volksvermehrung erfolgt: Naturstoffe werden hier in Fleisch und Bein verwandelt, nehmen „die höchste Stoffform" an und neue Menschengeister erstehen, — aber nicht Gallier, nicht Romanen, sondern Deutsche, Germanen! Freilich droht dadurch die gallische Race oder das heutige französische Mischvolk, in dem jene doch den Hauptbestandtheil bildet, immer mehr vom Germanenthum erdrückt zu werden. Am Ende steht ihr gar das Schicksal aller niedrigeren Organismen im Darwin'schen Kampf um's Dasein bevor. Eine bedenkliche Aehnlichkeit mit den Polen, die durch die Deutschen, mit den Iren und Kymren, die durch die Angelsachsen verdrängt werden, taucht schon auf. Ja, man könnte vielleicht an die Indianer denken, die sich neben dem weissen Mann nicht halten. Fürerst verringert sich der Antheil der Romanen und besonders der Franzosen in der kaukasischen Race wegen der raschen Vermehrung der Germanen (und zum Theil auch der Slawen) nur relativ[1]. Aber, wie so oft in solchen Fällen, folgt diesem relativen

---

[1]) Nur eine ungefähre Schätzung als Beleg. Die Zahl der Deutschen im Deutschen Bund, in der Schweiz, Frankreich, in Belgien (Vlämen) und Holland (Niederländer, d. h. Deutsche friesischen, friesisch-sächsischen und fränkisch-sächsischen Stammes, s. unten S. 70), ferner die Zahl der Engländer in Grossbritannien (ohne Irland) und der germanischen Abkömmlinge englischer und deutscher Abstammung (also gleichfalls ohne die Irländer und deren Nachkommen) in der nordamerikanischen Union betrug um 1816 im Ganzen c. 51, um 1867 c. 102 Mill.; die Zahl der Franzosen dagegen in Frankreich (mit Savoyen), in der Schweiz und Belgien (Wallonen) damals c. 31, jetzt c. 39.5 Mill. Die Franzosen machten also 1816 c. 60, 1867 nur noch c. 39 % der genannten Germanen aus.

Zurückbleiben vielleicht eine absolute Stagnation, später eine absolute Abnahme der romanischen, speciell der französischen Bevölkerung. Die „grosse“ Nation auf den Aussterbeétat gesetzt, dem Indianerthum gleich, mit dem sie im Kriege ja bemerkenswerthe Aehnlichkeiten zeigt! Freilich ein bitterer und ein demüthigender Gedanke, den welsche Aufgeblasenheit in der feigen Furcht vor Beobachtungen, welche die Eitelkeit kränken, nicht einmal zu fassen wagt. Aber deutet nicht genug darauf hin, dass der Gedanke nicht so unrichtig ist?!

Bei Gott! Es thäte Noth, dass dieses „erste Volk der Civilisation“ allmälig ganz Deutschland annectire, nur damit seine schwache Zunahme wieder ausgeglichen werde! Warum am Rhein stehen bleiben, sie überschritten ihn ja schon einmal und verlegten ihre Grenzen an die Elbe und die Ostsee. In der That, selbst englische Blätter sagen mit Recht, die Welschen können die Elbe oder — die Wolga ebenso gut als ihre „natürliche Grenze“ reclamiren wie den Rhein!

III.

Deutschlands Rückforderung von Elsass und Deutsch-Lothringen.

Wie ganz anders können wir unsere Rückforderung von Elsass und Deutsch-Lothringen begründen! Wir stützen uns auf das Nationalitätsprincip, auf die uralte Reichsangehörigkeit dieser Länder, auf das Princip der natürlichen Grenzen und wir mit Recht auch auf die Nothwendigkeit, uns sicherere Grenzen gegen unsichere Nachbarn zu verschaffen. Die Franzosen haben den Rhein auch aus dem letzteren Gesichtspunct verlangt! Sie, die straff einheitliche Nation, welche sich für vier Fünftel des Grenzlaufs ihres Staatsgebiets der herrlichsten Naturgrenzen erfreut, fordert

von Deutschland auch dieses noch! Ja, ihre Niederlagen in diesem Kriege, den sie allein wollte, werden bereits als ein Beweis mehr für die Berechtigung ihres Anspruchs hingestellt. Deutschland, das fast von allen Seiten offene, im Centrum Europa's liegende, das fast nirgends gute Naturgrenzen als Staatsgrenzen hat, soll auch noch den Rhein seinem Todfeinde ausliefern. Naivetät und Unverschämtheit der Forderung überbieten sich.

Wir steigern unsere Ansprüche an Frankreich trotzdem auch jetzt nicht über ein billiges Maass hinaus. Was wir verlangen liegt ebenso gut im wahren Interesse unseres Feindes und ganz Europa's, wie in unserem eigenen. Wir wollen nicht nach der Weise der Welschen unseren Sieg über jenes Maass hinaus ausbeuten. Die Erfüllung unseres Verlangens legt Frankreich an Land und Leuten und Staatskraft kein übergrosses Opfer auf. Weit mehr sein Hochmuth, als seine Macht wird gedämpft.

Ja, wollten wir uns *nur* auf alte historische Anrechte berufen, wie von unverbesserlichen Doctrinären einer unserer politischen Parteien schon wieder gegen die Verfechter der Annexion des Elsass eingeworfen worden ist! Aber wem fällt das ein! Freilich gehörte vom heutigen Frankreich ein volles Viertel einst zum deutschen Reiche, 2400 Qu.M. mit 10.3 Mill. E. von 9862 Qu.M. mit 38.19 Mill. E. Dieses Gebiet, der ganze Osten und Südosten Frankreichs etwa vom Rhone an (über welchen sogar Deutschland nach Westen hinübergriff), war einst ein Bestandtheil des alten Lotharingiens jener berühmten, auch an einem 6. August geschlossenen Theilung von Verdun im J. 843. Es trat wie die übrigen Theile Lotharingiens, die Mittel- und Westschweiz, Belgien, Holland und unser heutiges Rheinland, in der Periode der aufsteigenden Macht des deutschen Volks und Staat in mehr oder weniger nahe und andauernde Verbindung mit dem deutschen Reiche. Aber seiner überwiegenden Masse nach von Franzosen und Romanen oder seit früher Zeit romanisirten

Deutschen, (Burgunden, Franken) bewohnt und nach der geographischen Lage weit mehr zu Frankreich als zu Deutschland gehörig, kam dieses Gebiet zum grössten Theil mit Fug und Recht an Frankreich, sobald dieses innerlich erstarkt war. Leider hat Deutschlands Schwäche später nur ganz ungerechte französische Ausschreitungen ertragen. Es wurden auch deutsch-nationale und geographisch zu Deutschlands natürlichem Staatsgebiet gehörige Länder des alten Lotharingiens uns abgerissen und Frankreich einverleibt. Dahin gehören das Elsass und das neuere Lothringen nebst den damit verbundenen ehemaligen Lützemburg'schen Landstrichen. Andere Landestheile wären von Deutschland zu halten gewesen, wenn nicht ihre Hinterländer gleichfalls von Deutschland abgetrennt worden wären, so die Grafschaft Hoch-Burgund (Franche-Comté), welche seit dem Verlust der Schweiz, und Französisch-Flandern, welches seit dem Verlust Belgiens für Deutschland kaum mehr Werth hatte. Indessen ist nicht zu leugnen, dass der grösste Theil von Lothringen und fast die ganze Freigrafschaft schon vor der Zeit der französischen Besitznahme französisch oder beinahe ganz französirt waren. Vollends ist dies jetzt der Fall. Dies gilt auch von dem letzten kleinen Gebiet, welches Deutschland zwischen Elsass und Freigrafschaft erst durch die Revolution an Frankreich verloren hat, von dem bis dahin würtembergischen Mömpelgard (Montbéliard), heute einem Theil des Dep. Doubs. Eben deswegen kann von der Wiedererlangung der meisten ehemals zum deutschen Reiche gehörigen Länder des jetzigen Frankreich nicht die Rede sein.

Nein, Deutschland soll vornehmlich nur dasjenige Gebiet für sich zurückverlangen, bei welchem es sich zugleich auf historisches Anrecht, Nationalitätsprincip, Princip der natürlichen Grenzen und nothwendige Sicherung seines Territoriums stützen kann. Danach geht unser Anspruch nicht weiter als auf Deutsch-Elsass und Deutsch-Lothringen Benennungen, welche sich mit dem historischen Begriff die-

ser Namen übrigens nicht vollständig decken. Alle etwaigen weiteren Gebietsabtretungen Frankreichs an Deutschland scheinen uns unerwünscht. Solche an der italienischen, schweizerischen und belgischen Grenze könnten zur Sprache kommen, aber nur soweit unser, hier allein maassgebendes Interesse es mit sich bringt, von Frankreich etwa einige Compensationsobjecte zu Gebietsaustauschen mit unseren übrigen Grenznachbarn zu erhalten. Mindestens eine Grenzregulirung mit den letzteren (Schweiz, Belgien, Holland) möchte über kurz oder lang unausbleiblich sein. Ob man sie nicht gleich jetzt auf dem Wege friedlicher Verhandlung vorzunehmen suchen soll, um Zündstoff für spätere Verwicklungen zu beseitigen, das ist wohl nicht bloss im deutschen, sondern auch im Interesse unserer reichsabtrünnigen Landsleute in den genannten drei Staaten zu bejahen. Jedenfalls aber bleibt in der Hauptsache zwischen Deutschland und Frankreich nur die Frage von Elsass und Lothringen zu erledigen übrig. Dass dies möglichst gerecht und billig und in einer Weise geschehe, welche zu neuen Streitigkeiten nicht leicht Anlass oder Vorwand biete, liegt in dem Interesse beider Betheiligten und ganz Europa's. Namentlich wird es unsere Aufgabe sein müssen, die Abtrennung der Lande so vorzunehmen, dass die neue Grenzziehung nicht selbst wieder Keime zu neuen Kriegen enthält, wie z. B. bei der Annexion eines grösseren oder wichtigeren nationalfranzösischen oder völlig französirten Gebietstheils an Deutschland. Hüten wir uns im Siege vor dem Fehler unserer Feinde und schaffen wir uns nirgends ein auch noch so kleines Venetien! Thun wir vielmehr Alles, um nach dem Kriege eine dauernd gute Nachbarschaft zu ermöglichen, soweit das wenigstens von uns abhängt. Halten die Welschen dann doch nicht Ruhe, dann weiss die Welt, wer der Friedensstörer ist. —

Scharfe Naturgrenzen, welche mit den Sprach- oder Nationalitätsgrenzen genau zusammenfallen, sind ein unendlicher Segen für grosse Nachbarvölker. Aber leider sind

sie nicht überall vorhanden und grade aus diesem Umstande entwickeln sich nach der geschichtlichen Erfahrung die meisten Conflicte zwischen den Völkern und Staaten. Es wird dann unvermeidlich hüben oder drüben über die Sprachgrenze und die vielleicht nicht ganz fehlende, aber nicht scharfe Naturgrenze mehr oder weniger hinübergegriffen, je nach dem Machtverhältniss der Nachbarn und ein einmal ausgebrochener Streit trägt immer wieder die Keime neuer in sich. Besonders schwierig wird die Ziehung richtiger trockener Staatsgrenzen im Flach- oder Hügellande. Die Bodengestaltung bietet hier keine festen oder keine genügenden Anhaltspuncte, während grade sie die Vermischung der Wohnplätze verschiedener Nationalitäten begünstigt. Doch kommt es in letzterer Beziehung offenbar sehr mit auf die Natur der Nachbarvölker an. Bei allem Gegensatze, welchen man auch in Europa zwischen den Hauptvölkern findet, scheinen sich die einen doch mehr als die anderen abzustossen oder eine Gemeinsamkeit des Wohnplatzes und Lebens zu vertragen. Es waltet in dieser Hinsicht ein grosser Unterschied zwischen Deutschen und Slawen (und Lithauern) und Deutschen und Franzosen (z. Th. auch anderen Romanen) ob. Jene beiden Völker wohnen viel mehr gemischt durcheinander in den Grenzstrichen, diese beiden sehr wenig. Darauf ist freilich die deutsche nach Osten drängende Colonisation mit von Einfluss, die es bewirkte, dass slawische Sprachinseln zwischen den deutschen Menschenfluthen noch übrig blieben, welche dann erst allmälig zerbröckelt und verschlungen werden (Wenden in der Lausitz!); sowie, dass andrerseits deutsche Sprachinseln wie Vorposten oder Dammbauten in die slawische Fluth vorgeschoben wurden (Deutsche in Posen, Westpreussen, Polen!). Die Franzosen haben selbst in dem unter ihrer Herrschaft stehenden deutschen Gebiete dergleichen fast nirgends erreicht, nur am Aussensaume der deutschen Sprachgrenze haben sie, von der Bodengestaltung begünstigt, ein wenig das Deutschthum zerbröckelt. Dies

ist um so bemerkenswerther, da sie nach der Natur ihres Landes nur nach Osten drängen konnten. In politischer Hinsicht ist dies ja auch geschehen, in volkswirthschaftlicher und culturlicher wieder fast gar nicht. Auch das ist ein neuer Beleg für die Schwäche der französischen Annexionsansprüche und für die nachtheiligen Folgen der geringen Volksvermehrung.

Aber für unsere Frage von der Abtrennung des Elsass und Lothringens ist die Thatsache wichtig und erleichtert sie die Aufgabe. In Frankreich, wie in der Schweiz und Belgien sind die Sprachgrenzen zwischen Franzosen und Deutschen fast immer ziemlich scharf, selbst da, wo sie sich nach der Bodenplastik nicht an scharfe Naturgrenzen anschliessen können. Die richtige Staatsgrenze ist daher hier nicht so schwer zu ziehen. *Im Ganzen kann die Sprachgrenze dazu erhoben werden.*

Wie ganz anders steht es in dieser Hinsicht im deutschen Osten! Ein Blick auf die deutschen Sprachkarten, wie die Czörnig'sche von Oesterreich oder die vortrefflichste von allen, die Böckh'sche von Preussen lehrt dies sofort. Es ist gut, dies zu bedenken, da die Polen und ihre Freunde gern unserer Forderung der Sprachgrenze als Staatsgrenze im Westen die gleiche Forderung im Osten entgegenstellen. Wenn dort nur die politische Grenze so gezogen werden könnte, — lieber heute als morgen! Aber es ist rein unmöglich. Auch in Nordschleswig bieten sich ähnliche, wenn auch viel geringere Schwierigkeiten. In Böhmen und Mähren aber wird die politische Ausscheidung der Czechen zwar nicht in gleichem Maasse wie im Polnischen durch die Unmöglichkeit, die Sprachgrenze zur Staatsgrenze zu erheben, verhindert. Denn das gemeindeweise Durcheinanderwohnen der Deutschen und Czechen und ihr Zusammenwohnen in einer Gemeinde ist nach den schönen statistischen Zusammenstellungen von Böckh nicht so stark wie zwischen Deutschen und Polen. Dagegen verbietet das keilartige Hineinwohnen der gesamm-

ten czechischen (böhmisch-mährisch-slowakischen) Nation in das deutsche Sprachgebiet von Nordwestungarn und jenseit der kleinen Carpathen ab bis zum Böhmerwalde für immer die politische Abtrennung des grössten Theils der Czechen von Deutsch-Oesterreich oder Deutschland. Diese Wohnverhältnisse rechtfertigen daher auch theilweise die Vereinigung deutscher, slawischer, lithauischer Gebiete in Einem Staate im Osten, — eine bedauerliche, jedoch unvermeidliche Verletzung des Nationalitätsprincips, mit welcher man aber wahrlich nicht die Unhaltbarkeit des letzteren beweisen und seine eben sehr gut mögliche Anwendung im Westen bestreiten kann, wie es zu thun versucht wurde.

Bei der Abtrennung von Elsass und Lothringen sollte nun das Nationalitätsprincip das leitende Hauptprincip sein, so verstanden, wie es hier anwendbar ist, dass nämlich thunlichst die Nationalität der Landgemeinden und Kleingrundbesitzer entscheidet. Es wäre sogar zu wünschen, dass das Nationalitätsprincip im Friedensvertrage ausdrücklich hervorgehoben würde. Damit wäre es in einem wichtigen Präcedenzfall völkerrechtlich sanctionirt. Im Zweifel wünschten wir daher auch, dass bei einzelnen Grenzstrichen die Nationalität, nicht die Rücksicht auf die natürliche Grenze und Bodenplastik entschiede. Nur in einem Falle wird diese Rücksicht unbedingt obsiegen müssen (in der Innehaltung der südlichen und mittleren Vogesenlinie). Sonst sollten nur sehr dringende Gründe militärischer oder wirthschaftlicher Natur eine Abweichung vom Nationalitätsprincip bewirken. Vielleicht liegen solche bei Metz und Belfort vor. Die frühere oder heutige innere politische Eintheilung, die bei Gebietsabtretungen häufig (und vollends im vorliegenden Fall) mit Unrecht sehr maassgebend ist, verlangt an sich keine besondre Beachtung.

IV.

Die territoriale Ausscheidung des Elsass und Deutsch-Lothringens aus Frankreich.

Nach den aufgestellten Gesichtspuncten kann Deutschland nur einen kleinen Theil von Lothringen reclamiren, vornehmlich die ehemals sogenannte Allemagne. Wir werden diesen näher zu bestimmenden Theil im Folgenden Deutsch-Lothringen nennen.

Der politische Begriff „Lothringen" hat bekanntlich, wie derjenige anderer deutscher Länder und ganz Deutschlands selbst im Laufe der Geschichte sehr verschiedene Gebiete und zwar allmälig immer kleinere bezeichnet. Frankreich erwarb die einzelnen Theile des späteren Lothringens zu verschiedener Zeit. Es bildete aus dem übrig gebliebenen Gebiete des alten Herzogthums Lothringen und dem Gebiet des Herzogthums Bar, aus den drei Bisthümern Metz, Toul und Verdun, den kleinen von Luxemburg im Norden abgerissenen Streifen (Diedenhofen oder Thionville, Longwy Montmédy) und den einzelnen kleinen Reichslanden, welche ihm zum Theil erst durch die Revolution zufielen, vier Departements: Maas, Mosel, Meurthe (deutsche Murte), Vogesen. Zwischen den beiden elsässischen Departements Ober- und Unterrhein und den angrenzenden lothringischen sind die heutigen Departementalgrenzen in den Vogesen hier und da ein wenig verschoben, mehr der Naturgrenze angepasst. Gegen das übrige Frankreich sind dagegen die Aussengrenzen der lothringischen Departements die uralten des 11. Jahrhunderts. Man kann daher das Gebiet dieser vier Departements in der Hauptsache als das Lothringen der zweiten Hälfte des Mittelalters bezeichnen. Es umfasst 432 Qu. M.

mit in 1866 1.60 Mill Einw. Früher reichte es übrigens im Norden über die Saar nordöstlich hinaus in das heutige rheinpreussische Gebiet mit einem Landstrich, der schon vor der Revolution Frankreich einverleibt war, aber 1814 und 1815 an Deutschland zurückfiel. Dass er gut deutsch in jeder Hinsicht ist, hat er auch im jetzigen Kriege bewiesen.

In Lothringen wurde seit Alters ein (bedeutend grösserer) französischer und ein (kleinerer) deutscher Theil unterschieden. Letzterer liegt im Nordosten und grenzt unmittelbar an Luxemburg, Rheinpreussen, Pfalz und Elsass an. Die Namen der französischen und deutschen Nied, die sich bei Condé Northen zur Nied vereinigen, deuten auf eine alte Sprachgrenze in dieser Gegend. Auch im südwestlichen Haupttheil von Lothringen ist vermuthlich viel deutsches (fränkisches) Blut in der Bevölkerung, ebenso wie in der benachbarten Champagne, aber sprachlich französirt ist das Volk hier seit lange. Auch Metz, die alte deutsche Reichsstadt, frühzeitig gemischt und im Patriciat französirt, ist jedenfalls schon im 16. Jahrhundert überwiegend französisch gewesen. Etwas Deutschthum hat sich bis in die Neuzeit erhalten, ist aber gegenwärtig, von eingewanderten Deutschen abgesehen, nur noch sehr schwach.

Leider ist weder die Sprachgrenze in Lothringen (und dem Elsass) noch die Zahl der Deutsch-sprechenden genau nach dem heutigen Stande festzustellen. Der „civilisirtesten Nation" fehlt nämlich eine sprachstatistische Aufnahme bei der Volkszählung, welche gegenwärtig kaum ein anderer sprachlich gemischter Staat Mitteleuropa's noch entbehrt. Man scheute eine solche hochwichtige Aufnahme in Frankreich, wie bis vor Kurzem auch die confessionsstatistische, wieder aus politischen Gründen und in dem albernen nationalen Hochmuth, dass jede nichtfranzösische Sprache in Frankreich nur ein Patois sei und der politische und nationale Begriff „Franzose" sich decke. Herr Legoit, der Chef der officiellen Statistik, hat selbst auf den statistischen Con-

gressen nicht Anstand genommen, die Sprachaufnahme bei der Volkszählung für nicht unbedingt nöthig zu erklären. Man ist daher vorläufig auf unvollkommenere Hilfsmittel zur Feststellung der Sprachgrenze angewiesen. Diese Hilfsmittel reichen dafür noch leidlich aus, während sie für die Ermittlung der Zahl der Personen, welche wirklich als Familiensprache das Deutsche oder Französische reden, weniger brauchbar sind. Es liegen nämlich einmal Einzelbeobachtungen Ortskundiger, Reisender u. s. w. vor, sodann hat man aus den gebräuchlichen Ortsnamen (der Wohnsitze, Berge, Flüsse, Mühlen, einzelner Localitäten u. s. w.) Schlüsse gezogen. Namentlich hat jüngst Böckh in seinem schönen Werke „Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet“ (Berl. 1870) sehr sorgfältige und eingehende Forschungen angestellt, um durch Ermittlung des zusammenhängenden Gebiets der deutschen Ortsnamen das compacte Wohngebiet Deutscher und Franzosen und die Sprachgrenze zwischen beiden Nationen in Elsass und Lothringen aufzufinden. Bei dem verhältnissmässig nicht häufigen Durcheinanderwohnen der Angehörigen beider Sprachen ist diese Methode wohl im Ganzen zulässig. Ueber einzelne Orte und über die Quote der einen und anderen Nationalität in gemischten Grenzorten sowie in dem compacten Wohngebiet einer jeden giebt sie freilich keine oder nur wenige Aufschlüsse. Der vorherrschende Charakter der Landgemeinden wird dadurch aber wohl festgestellt, und das genügt gerade für unseren Zweck. Für die Städte kann man sich wieder an einige andere Anhaltspuncte (Classification der Berufsclassen u. s. w) halten. Jedenfalls ist es dringend zu wünschen, dass die Diplomatie Böckh's Buch bei den Friedensverhandlungen genau beachte, damit es nicht wieder gehe wie 1839 bei der Theilung Luxemburgs, von dem leider ein ganz deutscher Grenzstreifen (Arlon) an Belgien fiel! Auch der jetzige Krieg giebt Gelegenheit zu Beobachtungen, welche schon Manches in Betreff der Volkssprache kennen gelehrt

haben. Soweit ich es in den Zeitungsberichten verfolgen konnte, geht die deutsche Sprachgrenze in Lothringen danach wirklich ziemlich genau so, wie es von Böckh u. A. ermittelt ward, in mehreren Fällen eher noch etwas günstiger für uns.

Die ungefähre Sprachgrenze wird durch eine ziemlich gerade Linie bezeichnet, welche etwa von Longwy am Zusammenstoss der heutigen belgisch-französisch-luxemburgischen Grenze nach Südosten zu den Saarquellen und dem oberen Breuschthale in den Vogesen läuft. Durch diese Linie wird das Departement Mosel in zwei Hälften getheilt, eine etwas kleinere, südwestliche französische mit Metz und eine etwas grössere, nordöstliche deutsche mit Diedenhofen. Vom Departement Meurthe fällt eine nicht eben grosse östliche Ecke ins deutsche Sprachgebiet, vom Departement Vogesen jenseit der Wasserscheide ein ganz kleines Eckchen im Breuschthal.

Genauer ist die Sprachgrenze in Lothringen nach Böckh, Kiepert, Nabert u. A. etwa folgende: nordöstlich von Longwy an der belgischen Grenze, die luxemburgische noch ganz mit deutschem Sprachgebiet südlich umspannend, — was politisch sehr wichtig ist — in einer ziemlich geraden Linie zur Mündung der Orne in die Mosel, von da etwas nordöstlich vorlaufend zur Vereinigung der beiden Nied, weiter auf dem Höhenzuge südlich der deutschen Nied nach Mörchingen zu, hier ins Departement Meurthe eintretend, wo die Sprachmischung etwas grösser zu werden scheint durch Vordringen des Französischen (?), Dieuze und Rickingen (Rechicourt) westlich, Saarburg östlich liegen lassend, zwischen der weissen und rothen Saar hin, zur Vogesenkette (Donnon) nach Schirmeck im Breuschthale. Diese Sprachgrenze fällt einigermaassen mit der nach den Höhenzügen und Wasserscheiden zu ziehenden, aber fast nirgends scharfen Naturgrenze zusammen. Eben deswegen hier etwas mehr sprachliche Mischung. Das deutsche Sprachgebiet reicht etwas stär-

ker über diese Naturgrenze hinüber, als das französische herüber.

Im Ganzen wird sich diese Sprachgrenze als neue Staatsgrenze innerhalb Lothringens empfehlen. Wird diese dann auch nicht scharf durch die Bodenplastik markirt, so lassen sich die Höhenzüge doch wohl öfters, unter wesentlicher Innehaltung der Sprachgrenze, zur Heranziehung benutzen, so an der deutschen Nied, zwischen den Saarquellen. Eine markantere Naturgrenze fände man selbst weit hinein nach Französisch-Lothringen kaum. Durch die Meurthe-Mosellinie würde sehr viel französisches Gebiet abgerissen. Jedenfalls ist die vorgeschlagene Staatsgrenze auch als Naturgrenze besser als die jetzige. Im Einzelnen erlaubt die theilweise Sprachmischung deutscher Seits manche Nachgiebigkeit, doch sollte das zu erhaltende Gebiet Luxemburg ganz umspannen und Diedenhofen (7376 Einw.), Bolchen (Boulay), Falkenberg (Faulquemont), Saarburg (Kaufmanns-Saarbrück), Schirmeck enthalten, selbstverständlich alle östlicheren Orte (wie Pfalzburg). Natürlich ist jede En- und Exclavenwirthschaft ganz zu vermeiden. Die Verbindung mit dem bisherigen deutschen Staatsgebiet und mit dem Elsass ist die allerbreiteste.

Böckh berechnet das deutsche Sprachgebiet Lothringens auf 86.5 Qu.-M. mit (1861) 352,000 Einw., wovon nach Nabert schon 1844 mindestens 40,000 französirt. Auf das Moseldepartement fallen davon 56.5 Qu.-M. mit 250,000 E., wovon über 16,000 französirt, auf das Departement Meurthe 27.8 Qu.-M. mit 86,000 Einw., wovon über 20,000 französirt, auf das Departement Vogesen 2.2 Qu.-M. mit 15,000 Einw., wovon über 3000 französirt. Für Deutschland würde ein Gebiet von ca. 75 Qu.-M. mit über 300,000 Einw. zu beanspruchen sein. Es verbliebe dann Frankreich immer noch über vier Fünftel von Lothringen, ca. 357 Qu.-M. mit fast 1.3 Mill. Einw. Die fremde Nationalität wäre in keinem der beiden Theile stark vertreten, die französische etwas zahlreicher nur in den Städten des deutschen

Theils, fast lauter kleinen Landstädtchen. Die Bevölkerung ist dem Stamme nach in Deutsch-Lothringen dieselbe fränkische wie in der Pfalz und Südrheinpreussen, im Departement Meurthe mehr alemannisch, wie im Elsass und in Baden. Sie wird in einer Generation sicher wieder ebenso gut deutsch sein wie die Landauer und die preussischen Saarbewohner.

In Deutschland geht der Wunsch in Bezug auf Lothringen meistens weiter, als wir ihn hier befürwortet haben. Aber sollen wir wirklich den französischen Fehler begehen, grosse Striche fremdnationalen Gebiets zu erwerben? Es wird bei der weiteren Forderung vergessen, dass Lothringen schon lange vor der Einverleibung in Frankreich grösstentheils französisch war. Die Ausdehnung der Grenze bis zur Seille oder bis zur Mosel und Meurthe, oder bis zur Maas oder vollends die Annexion von ganz Lothringen schafft uns nirgends wesentlich bessere Naturgrenzen für unsere Sicherheit, sondern fügt nur ein sehr ausgesetztes Land unserem Staatsgebiet hinzu. Wo liegt da der Gewinn? Hier in diesem Puncte scheint in der That das historische Anrecht gar nicht entscheiden zu dürfen.

Ernstlicher wird von deutscher Seite wohl nur die Rückerwerbung von Metz in Frage kommen. Die grossartige militärische Bedeutung dieser Stellung, für den Angriff und für die Vertheidigung gegen Deutschland, hat die weltgeschichtliche furchtbare dreitägige Schlacht vom 14., 16. und 18. August von Neuem erwiesen. Es wäre auch wohl eine gerechte Sühne für das vergossene Blut, wenn dieses Bollwerk gegen Deutschland in ein Schutzwerk für dasselbe verwandelt würde, wenn die Stadt wieder deutsch würde, von der es einst Karl V. gegenüber hiess:

Die Metz und die Magd (Magdeburg)
Haben dem Kaiser den Tanz versagt.

Metz liegt noch heute nur 2 Meilen von der Sprachgrenze entfernt, was die Germanisirung erleichtern würde. Aber

dennoch hat die Erwerbung grosse Bedenken. Die Stadt ist einmal so gut wie ganz französisch und wegen ihrer Grösse (55,000 E.) nicht leicht zu amalgamiren. Ob ihre militärische Bedeutung nicht durch Diedenhofen und das hoffentlich wieder deutsch werdende Luxemburg ausgeglichen werden kann, mögen die Berufenen wenigstens erwägen. Könnte man nicht vielleicht im Frieden ausbedingen, dass Frankreich in den Erwerb Luxemburgs durch Deutschland einwillige, wo dann die andern europäischen Garanten der neugebackenen Neutralität dieses Ländchens keinen Grund zum Widerspruch mehr hätten? — Liesse sich nicht, wenn Metz in französischen Händen uns zu gefährlich bleibt, auf der Schleifung der Festung bestehen und die völkerrechtliche Servitut des Nichtwiederaufbaues auf den Platz legen (wie nach dem Krimkriege auf Bomarsund)? Muss Metz wirklich vom Sicherheitsgesichtspuncte aus zu Deutschland kommen, so sollte doch nur soviel weiteres französisches Gebiet mit ihm übernommen werden, als unbedingt nothwendig ist, um die Stellung zu sichern.

Einfacher als in Lothringen liegen die Verhältnisse im Elsass oder in den heutigen 2 Departements Ober- und Niederrhein. Diese gehören zum weitaus überwiegenden Theil noch ganz zum deutschen Sprachgebiet. Nördlich vom Breuschthal, wo die Vogesen niedriger werden und dann in die Haardt übergehen, ist östlich und westlich der Berge alles deutsch. Südlich vom Breuschthal fällt glücklicher Weise die Sprachgrenze mit der scharfen Naturgrenze bis zum Elsasser Belchen und dem oberen Dollerthal fast ganz zusammen. Hier hat also, wie man so oft von deutscher Seite mit Recht gegen die unsinnige französische Forderung der Rheingrenze erwidert hat, die Natur selbst im Vogesenkamm eine vortreffliche Staatsgrenze geliefert. Diese muss von uns unbedingt festgehalten werden, darüber nach Westen hinauszugehen wird man wohl nirgends befürworten. Die heutige Departementalgrenze zwischen dem Elsass (fast ganz

im Departement Oberrhein) und dem Departement Vogesen, welche jene Naturgrenze darstellt, ist daher zur Staatsgrenze zu erheben; vom oberen Breuschthal, das mit dem Canton Schirmeck vom Departement Vogesen zu Deutsch-Lothringen gehört, bis zum Elsasser Belchen oder dem Puncte, wo die Grenzen des Departements Oberrhein, Vogesen und Ober-Saone zusammenstossen. Allerdings fallen dann an Deutschland 3 oder 4 Vogesenthäler, welche in ihrem oberen Theil französisch, vermuthlich alt-keltoromanisch sind, das obere Thal der Weiss, der Leber, das Weilerthal u. s. w., mit Orten wie Markirch (St. Marie-aux-Mines). Böckh, auf den hier für die nähere Beschreibung des Sprachgrenzlaufs zu verweisen ist (S. 168 ff.), schätzt das französische Sprachgebiet in diesen diesseitigen Vogesenthälern auf 15 ganze, 10 halbe Gemeinden mit über 27,000 E. (E. 1861). Die politische Ausscheidung dieser Thäler verbietet die gegebene scharfe Bodenplastik unbedingt.

In der südwestlichen Ecke des Elsass liegt die tiefe Einsenkung zwischen Vogesen und Jura, welche von den Zuflüssen des Doubs durchströmt wird. Die niedrige Wasserscheide zwischen Doubs (Sarcine, St. Nicolas) und Ill (Larg) oder Rhone und Rhein, Mittelmeer und Nordsee läuft vom südlichen Höhenzuge des Thals von Maasmünster (Massevaux), etwas westlich von Dammerskirch (Dannemarie), und Obersept (Seppois) bei Pfeffershausen an die schweizer Grenze. Das westlich dieser Linie liegende Flussgebiet des Rhone ist auch im elsässischen Theil fast compact französisch. Die Wasserscheide bildet im Ganzen die Sprachscheide, hier kommen jedoch gemischte Gemeinden vor. Böckh rechnet 12—13 Qu.-M. mit über 59,000 E. (in 1861) zum französischen Sprachgebiet, in welchem das feste Belfort (8400 E.) der wichtigste Punct ist. Das Nationalitätsprincip wird möglichst gewahrt, wenn man die Wasserscheide zwischen Doubs und Ill zur Staatsgrenze erhebt, also Belfort bei Frankreich lässt. Eine gute Naturgrenze findet sich in dieser

Gegend nicht, auch wenn man weiter nach Nordwesten vorgeht. Aber Belfort deckt bekanntlich den Durchgang vom Rhone- zum Oberrheinthal. Die militärischen Rücksichten werden daher hier wieder mit entscheiden müssen, wo die Staatsgrenze zu ziehen ist, ähnlich wie bei Metz. Die geringe Bedeutung Belfort's als Stadt veranlasst auch weniger Bedenken gegen die Annexion, wie in dem Fall von Metz. Dennoch möchte auch hier die möglichste Berücksichtigung des Nationalitätsprincips zu empfehlen sein. Das Verlangen, Belfort definitiv zu schleifen, könnte ja auch deutscher Seits gestellt werden, wenn es bei Frankreich bleibt.

Unter dieser Voraussetzung würde also vom Elsass ein Gebiet von c. 144 Qu.M. mit 1.06 Mill. E. und von Lothringen und Elsass zusammen von c. 220 Qu.M. und 1.36 Mill. E. (1866) an Deutschland fallen (ohne Metz hier zu rechnen). Das deutsche Sprachgebiet beider Provinzen schätzt Böckh auf 229.5 Qu.M. mit 1.36 Mill. E., wovon in 1844 über 40,000 französirt gewesen sein sollen. Das annectirte Land würde fast ganz aus diesem Sprachgebiet genommen sein. Diese deutsche Forderung, welche durch alle für eine gerechte Staatsgrenze maasgebenden Umstände begründet wird, ist durchaus gemässigt, vollends verglichen mit der französischen Forderung unserer übrigen deutschen Rheinlande (von über 500 Qu.M. mit c. 3⅓ Mill. E.!). Frankreich bleibt nach der Abtretung noch immer ein Staat von 9642 Qu.M. mit 36.83 Mill. E., fast ebenso gross als Deutschland (Norddeutschland incl. Nordschleswig, süddeutsche Staaten, Luxemburg, Elsass und Deutsch-Lothringen im obigen Ausmaass zusammen von 9894 Qu.M. mit 40.07 Mill. E.). Aber welche vortreffliche gesicherte geographische Lage, welche herrlichen Naturgrenzen hat Frankreich für alle Zeiten vor Deutschland voraus, von seiner bereits völlig errungenen politischen Einheit gar nicht zu reden!

Natürlich hängt der Umfang der zu erlangenden Gebietsabtretungen in erster Linie vom Kriegserfolg, in zweiter

von der Haltung der übrigen europäischen Mächte ab. Unterstützung werden wir kaum bei letzteren finden, höchstens Geschehenlassen. Aber von Einfluss sind am Ende nur Oesterreich und Russland. Ehren-Beust wird den Namen eines „deutschen Edelmanns" vermuthlich wiederum damit zieren, dass er die gerechte Vergeltung der grössten Schmach, welche sein Vaterland je erduldete, möglichst zu vereiteln sucht. Andrerseits ist es für Preussen und das Haus Hohenzollern auch noch speciell eine politische Leistung ersten Rangs, der Nation jene abgerissenen deutschen Lande wieder zu schaffen. Wie sie schon im Norden die Fremdherrschaft der Polen, Schweden, Dänen, Franzosen vertrieben und die Mündungen der Weichsel, Oder, Elbe, Weser wieder in deutschen Besitz gebracht haben, so beginnen sie nun im Westen die besonderen Sünden des Hauses Habsburg-Lothringen an der Nation wieder gutzumachen. Das Haus Hohenzollern erweist sich dadurch abermals als der Mehrer des Reichs und erwirbt sich somit auch bei dem parteiischsten Gegner den Vorrang vor jenem Minderer des Reichs, vor Habsburg-Lothringen. Wenn baierische Ultramontane schon ausrufen, wer Lothringen-Elsass wieder gewinnt, wird die deutsche Kaiserkrone davon tragen, dann weiss man, was die Glocke geschlagen hat. Hoffen wir daher das Beste!

In Bezug auf die Verhandlungen über Gebietsabtretungen möchte Eines noch zu beachten sein. Auf dem Elsass und einer ordentlichen Grenzregelung an der pfälzisch-rheinpreussischen Grenze wird man gewiss deutscher Seits unter allen Umständen bestehen. Die jetzige Grenze hier hat sich auch in diesem Kriege schon wahrhaft unerträglich erwiesen. Es ist aber eine alte Erfahrung, dass sich wichtige Gebietsabtretungen in Friedensverträgen gern in den Grenzen der inneren Verwaltungseintheilung (Provinzen, Kreise, Departements u. s. w.) vollziehen. Die Eile der Verhandlungen, die falsche Scheu, in grossen Fragen auch Nebenpuncte sorgfältig zu behandeln, die Bequemlichkeit und die Unkennt-

niss der Diplomatie in statistischen und geographischen Dingen trägt dazu das Ihre bei. Gleichwohl sind es solche Nebenpuncte, welche oft das Wohl der Grenzbevölkerung entscheiden, und, wenn sie gut geregelt sind, neue Verwicklungen aus dem Wege räumen. Besonders leicht möglich wäre diesmal die Beschränkung der Gebietsabtretungen auf den deutschen Theil des Dep. Mosel und das Elsass, zumal das letztere im Dep. Unterrhein einen starken westlichen Ausläufer hat, der den deutschen Theil vom Dep. Meurthe an dieser Stelle vom Dep. Mosel abschneidet. Es könnten die Deutschen in Meurthe da leicht vergessen werden, Pfalzburg bliebe französisch, und das französische Gebiet bildete ebenfalls wieder einen Keil in das deutsche Gebiet hinein, wie jetzt mit dem nordöstlichen Elsass. Beachte man also hier möglichst die Sprachgrenze, wodurch das Verlangen der Abtretung des betreffenden Theils des Dep. Meurthe deutscher Seits sehr gut begründet werden kann.

V.

Deutsche Annexionsbedenken und deutsche Aussichten für die Wiederentwelschung von Elsass und Lothringen.

Aber soll Deutschland denn wirklich im Ernste „wagen", Elsass und Deutsch-Lothringen Frankreich wieder abzunehmen?! Diese für uns Deutsche charakteristische Zaghaftigkeit ist selbst heute nach den herrlichen Erfolgen der deutschen Heere noch ziemlich verbreitet. Ja, mancherlei Bedenken sind einzelnen politischen Parteien grade jetzt wieder aufgestiegen. Prüfen wir sie etwas näher, keines wird sich als stichhaltig erweisen.

Der Vorzug einer Sprachgrenze als Staatsgrenze, zumal wenn sie wie auf den Vogesen mit der Naturgrenze zusammenfällt, wird allgemein zugegeben, ebenso, dass eine solche Grenze an sich viel mehr Aussicht auf friedliche Nachbarschaft biete. Aber, heisst es, wir haben es mit den Franzosen zu thun. Für dieses ehrsüchtige, eitle Volk wird der Verlust von Elsass und Lothringen stets eine offene Wunde bleiben, daher alle Welt dort auf Rache sinnen. Deutschland und Europa finden also wieder keine Ruhe. Ist es da nicht besser, wir genügsamen Deutschen verzichten auch jetzt auf Gebietsentschädigung? „Zeigen wir der Welt, dass wir nur für Haus und Heerd fechten und keine Eroberungspolitik treiben!“ Mit dem Hinweis auf die ungünstige Stimmung der elsässisch-lothringischen Bevölkerung und auf die Gefahr, durch unseren „oder vielmehr Preussens“ übermässigen Ehrgeiz Europa's Argwohn zu erwecken, wird diese Beweisführung noch mehr zu stützen gesucht.

Schade, dass sie das Ziel überschiesst. Ohne Zweifel wird das französische Volk vom Tage des Friedensschlusses an auf Rache sinnen. Jede seiner Regierungen wird diese Stimmung zu berücksichtigen haben. Aber ob Rache bloss für die Niederlagen oder zugleich für die Gebietsverluste, das wird keinen wesentlichen Unterschied für Deutschland ausmachen. Ein aufgeblasenes Volk, das einstimmig vier Jahre lang „Revanche für Sadowa“ schrie, wo ihm und seinen Heeren doch kein Haar gekrümmt ward, bloss weil es sein „Préstige“ verdunkelt sah, wird jetzt, wo seine eigenen Armeen mehr als ein Sadowa erlitten, offenbar die Rachegedanken nur aufgeben, wenn ihm die Macht fehlt, sie zu verwirklichen. Mit diesem französischen Rachedurst müssen wir also auf alle Fälle in Zukunft rechnen. Sicherung finden wir nur in uns selbst, in unserer Macht, unserer Einheit, tüchtigen militärischen Organisation und in wenigstens möglichst guten Grenzen, da die Natur uns einmal jene vortrefflichen Naturgrenzen versagte, mit

welchen sie die meisten anderen Staaten unseres Erdtheils ausstattete. In dieser Hinsicht verbessert aber der Erwerb von Elsass und Lothringen und vor Allem die Vogesenlinie unsere Lage immerhin erheblich. Halten die Franzosen in Zukunft wieder nicht Ruhe, dann braucht der Krieg doch nicht wieder diesseit der Vogesen auf deutschnationalem Boden zu beginnen. Unsere stärkere Stellung enthält also eine wichtige Friedensbürgschaft mehr. Das bisher so gut wie offen gelegene Südwestdeutschland wird gedeckt. Europa aber wird sich an die Wiedereinbeziehung der uns entfremdeten Theile unserer Nation in unsern Staat gewöhnen müssen und — sich beruhigen.

Aber — die unzufriedene Bevölkerung, welche wir annectiren sollen! Wenn auch der Abstammung nach fast ganz, der Sprache nach noch grösstentheils deutsch, ist sie gegenwärtig in ihrer Gesinnung doch weit überwiegend französisch und deutschfeindlich, namentlich preussenfeindlich. Der Krieg selbst liefert die Belege. Ganz besonders gilt dies von den doch halb und halb französirten Städten. Die Erwerbsverhältnisse weisen auf Frankreich hin. Die hochentwickelte Industrie geht zu Grunde, wenn ihr der französische Markt durch eine Zollgrenze versperrt wird. Die Lande gehen also ihrem volkswirthschaftlichen Ruin entgegen, was die Feindseligkeit der Bevölkerung noch steigern und worauf Frankreich schadenfroh und aufstachelnd hinweisen wird. Wozu soll Deutschland die undankbare Aufgabe übernehmen, eine ein- bis zweihundertjährige Geschichte rückgängig zu machen, und dabei am Ende nur seine Kräfte vergeuden, Niemandem zu Danke?!

Wozu? darf man antworten: weil Deutschlands nationale Ehre, seine Sicherheit und sein Interesse und wahrlich nicht zuletzt auch das wahre Interesse des in seiner Nationalität verwahrlosten elsässisch-lothringischen Bruderstamms selbst es gebietet! Wir haben uns vor den Augen der Welt und der Landsleute

drüben erst wieder zu rehabilitiren, indem wir vor der Aufgabe, Elsass und Lothringen wieder zu entwelschen, nicht zurückbeben und sie gut lösen. Wir haben das schmachvolle Unrecht an jenem Stamme wieder gut zu machen, denn wir gaben ihn preis in unserer Uneinigkeit und Schwäche und gefährdeten das Beste, was er und was ein Volk überhaupt hat: seine angeborene Volksthümlichkeit, seine Nationalität. Dass die Lösung der Aufgabe der Entwelschung aber, wenn auch schwierig, doch möglich ist, das beweisen die Grenzstreifen, die seit 1815 wieder in deutschem Besitze sind und auch bereits mehrere Generationen lang zu Frankreich gehörten, von der Hauptmasse unserer linksrheinischen Lande gar nicht zu reden. Auch die grossartigen Proben, welche Preussen in der Lösung ähnlicher Aufgaben im Osten Deutschlands und bei der Amalgamirung seiner anfangs oft so particularistisch und feindlich gesinnten Provinzen selbst mit nichtdeutscher Bevölkerung abgelegt hat (in Schlesien, Westpreussen, Posen, in Sachsen und Rheinland, gewiss in nicht ferner Zeit auch in Hannover und Schleswig-Holstein), beweisen, dass wenigstens Preussen der Aufgabe gewachsen ist, Länder, wie Elsass und Lothringen zu assimiliren und ihre Bevölkerung zu guten Deutschen und zu warmen Vertretern des deutschen Einheitsgedankens zu machen. Daran wird man zu denken haben, wenn es sich darum handelt, jene wiedergewonnenen Länder in Deutschland möglichst zweckmässig politisch einzufügen.

Sicherlich wohnt innerhalb des deutschen Sprachgebiets, das an Deutschland zurückfallen soll, eine nach Zahl und Bedeutung nicht ganz unerhebliche wirklich französische Bevölkerung, theils eingewanderte Nationalfranzosen und deren französisch gebliebene Nachkommen, theils französirte Deutsche. Zu letzteren rechnen wir alle die, welche das Deutsche nicht mehr als Haupt- und regelmässige Familiensprache reden, — das entscheidende Merkmal zur Beurtheilung der Nationalität in statistischer und politischer Hin-

sicht, wie Böckh mit Recht behauptet. Ohne Zweifel ist ferner gegenwärtig der grösste Theil der nicht französirten Deutschen im Elsass und vollends in Lothringen in politischer Beziehung ganz französisch gesinnt. Das gilt, täuschen wir uns darüber nicht, wohl selbst von der Mehrzahl der elsässer Protestanten. Aber dennoch sind die Aussichten für die Entwelschung keineswegs ungünstig.

In den Landgemeinden und in den kleinen, im Elsass so zahlreichen Landstädten finden sich notorisch wenig Nationalfranzosen und nicht viel französirte Deutsche. Ein paar eingewanderte Grund- und Villen-Besitzer, im Innern Frankreichs reich gewordene, in die Heimath zurückgekehrte Krämer u. dgl. spielen vielleicht aus Eitelkeit fortwährend schroff den Franzosen. Dies Geschlecht wird bald aussterben. Vielfach bringen ausgediente französische Soldaten welsche Sprache und Unsitte mit nach Hause, alte Einsteher, die sich ja bezeichnend genug in der „ruhmreichen Armee" vornehmlich aus den germanischen Provinzen Frankreichs recrutiren. Diese Leute haben in der Heimath nicht den besten Namen und werden um so weniger nachhaltigen Einfluss behalten, wenn ihre jungen Cameraden durch unsere allgemeine Wehrpflicht deutsche Soldaten geworden sind und wieder ins Dorf zurück kehren, um durch eigene Erfahrung eingeimpfte Vorurtheile gegen Deutschland zu bekämpfen.

Die Masse der Landbevölkerung und der Kleinstädter ist jedenfalls auch heute noch viel weniger französirt, als man oft denkt. Sogar die oberflächliche Kenntniss des Französischen ist trotz aller staatlichen Anstrengungen im Schulwesen und trotz des fast ausschliesslichen Gebrauchs der französischen Sprache als Amtssprache unter der Landbevölkerung noch heute wenig verbreitet. Durch Schulen bringt man eben einmal einer Bevölkerung überhaupt nicht leicht das Vermögen bei, eine fremde Sprache zu sprechen, noch weniger, die heimische gegen die fremde aufzugeben.

Darüber täuschen sich Franzosen wie Russen. Das etwa in der Schule Gelernte wird von der Masse der im Lande Bleibenden aber bald wieder vergessen, weil kein reelles Bedürfniss den Gebrauch der fremden Sprache fordert. Böckh theilt aus einem Bericht des Unterrichtsministeriums aus dem Jahr 1865 mit, dass selbst im Departement Meurthe in 76 Gemeinden unter 46,508 Einwohnern nur ein Siebentel, 6820, französisch sprechende, richtiger wohl französisch neben dem Deutschen verstehende waren. Unter 6800 Schülern hätten 2400 schon gut französisch gekonnt, — um es als erwachsene Leute vermuthlich auch meist wieder zu vergessen. Dass verstreute einwandernde französische Familien im Elsass oft germanisirt werden, steht fest.

Unsere Soldaten sind allgemein verwundert, auf dem Lande im Elsass und weit hinein nach Lothringen fast nur die deutsche Sprache zu finden. Die Wenigen, welche sich bisher in Deutschland um die Kenntniss solcher Dinge kümmerten, wussten das wohl, im Volke, bei der grossen Mehrzahl der Gebildeten war es aber fast unbekannt oder wurde ungläubig angehört. Die Erfahrung war der Lehrmeister. Charakteristisch sind auch die Mittheilungen jener windigen Pariser Journalisten, welche die *promenade à Berlin* hatten mitmachen wollen und statt dessen in die wilde Flucht von Wörth und Saarbrücken verwickelt wurden. Was sie erzählen, ist komisch genug und doch beschämend für uns Deutsche, die wir einen noch so fast ganz deutschen Stamm vor dem Kriege fast schon endgiltig aufgegeben hatten. Dank der unsinnigen Aufstachelung flohen ja die Volksmassen mit und verwirrten dadurch vollends Mac Mahon's flüchtige Schaaren. „Alles sprach deutsch um uns herum, wir verstanden kein Wort und Niemand verstand uns und waren glücklich, einmal einen Menschen zu finden, der französisch sprach. Wir kamen durch eine Menge deutsche Ortschaften, aber wer kann ihre verdammten deutschen Namen behalten" — so klagten die Pariser über ihre „Landsleute"

auf dem Weg durch die Vogesen ins Departement Meurthe hinein. *Barbarus hic ego sum, quia non intelligor ulli,* konnte der „Neurömer“ im eigenen Lande sagen. Giebt es bei Ihnen wirklich nur Franzosen? so darf man den Chef der amtlichen französischen Statistik fragen.

Allerdings, die Elsässer und Lothringer Bauern und Kleinbürger haben kein politisch deutsches Gefühl. Aber wie konnten sie bisher auch? Es geht ihnen wie ihren schweizer Nachbarn, die ja in ihrem gespreizten „Nationalitäts“-(!)Bewusstsein auch das politisch deutsche Gefühl um jeden Preis abzustreifen suchen, wie den deutschen Kleinstaatsbewohnern, die ihr Deutschthum ihrem Particularismus opferten. Das ist in allen Fällen dieselbe Erscheinung, die mit ihren in der bisherigen deutschen Geschichte liegenden Ursachen verschwinden wird. Den nationalen Gegensatz fühlen die Bauern u. s. w. trotzdem auch in Elsass und Lothringen in aller Schärfe. Die bei ihnen noch so gebräuchliche Bezeichnung der Franzosen, ihrer politischen Landsleute, als Welsche drückt das deutlich aus. Sie enthält immer etwas Feindseliges zugleich. Im südlichen Elsass, wo beide Nationalitäten noch in compacten Massen wohnen, nimmt man dies trotz der Gemeinsamkeit so vieler Interessen noch heute leicht wahr. Daran lässt sich für die politischen Zwecke Deutschlands überall und mit sicherer Aussicht auf Erfolg anknüpfen. Man befreie nur die Bevölkerung vom lästigen Sprachzwang, beseitige den unnützen französischen Unterricht in dem Lehrplan der Dorfschulen, widerlege durch die Erfahrung die lächerlichen Verläumdungen und Vorurtheile gegen Preussen und Deutschland, steuere den Hetzereien des katholischen Clerus, gewähre den Katholiken wie den Protestanten die den Letzteren noch heute fehlende Freiheit ihrer Kirche, beweise, dass Recht und Ordnung, politische, wirthschaftliche, besonders bäuerliche Freiheit bei uns mehr als in Frankreich zu Hause ist und verschmelze die wirthschaftlichen Interessen der neuen Provinzen und Deutschlands durch Einbeziehung

der ersteren in unser Zollgebiet, — und es braucht uns ob der völligen Entwelschung der Bauern und Kleinbürger nicht bange zu sein.

Vorwaltend ist auf dem platten Lande meist stark zerstückelter Kleingrundbesitz, Wirkung und wieder Ursache des intensiven Bodenanbau's, der Wein-, Garten-, Handelsgewächscultur. Ein solcher Bauernstand ist auch politisch kein so schwer zu gewinnendes Element. Die einzelnen Grossgrundbesitzer gehören zum Theil noch altem deutschem Adel an, selbst dem ehemals reichsunmittelbaren. Leider befindet sich darunter manches französirte, chauvinistische Element (Baron Zorn von Bulach ergötzlichen Andenkens u. a. m.) Ist est nicht zu hoffen, dass bei diesen Leuten doch die Scham wieder erwacht, dem Stamme der Väter so untreu geworden zu sein? Uebrigens — ein solcher frondirender Kleinadel hält den Gang der Dinge ja nicht erheblich auf. Das hat sich in Hannover jezt schon gezeigt.

Numerisch stärker und durch seine Stellung wichtiger ist das nationalfranzösische und französirte Element jedenfalls in den *grösseren Städten* und zum Theil auch wohl in den kleinen *Industrieorten*. Etwas ganz Sicheres lässt sich in Ermanglung einer Sprachstatistik, wobei etwa die Nationalität der einzelnen Berufe ermittelt wäre, allerdings nicht angeben. Einzelbeobachtungen täuschen leicht und von dem einen Ort kann man oft nur mit Vorsicht auf den andern schliessen, da die Verhältnisse doch local verschieden sind. Indessen ist eine ungefähre Analyse der städtischen Bevölkerungen in nationaler Hinsicht auf Grund vorhandener Beobachtungen und nach einfachen, aus dem Wesen der Sache folgenden Erwägungen doch wohl möglich.

Der Antheil der Nationalfranzosen in der Bevölkerung und die Französirung nimmt im Allgemeinen wohl zu mit der *Grösse* der Städte und mit ihrem vorwiegend *industriellen* gegenüber dem agricolen Charakter. Namentlich die *Fabrik*orte mit *Massenabsatz* oder doch *Fernabsatz* der Gewerb-

treibenden sind begreiflich bereits mehr französirt als die Ackerbaustädtchen und die Orte, deren Gewerbe bloss für den Localabsatz arbeiten und eben mehr Handwerke sind. Ebenso sind die Orte, in denen wichtigere Staatsbehörden, Militär sich befinden, mehr entdeutscht.

Die französische Gesetzgebung unterscheidet nicht zwischen Stadt- und Landgemeinde. In der Statistik pflegt man neuerdings, um der allgemeinen Vergleichbarkeit willen, die Gemeinden mit über 2000 Einw. Städte zu nennen. Richtiger ist es wohl, unter diesen Gemeinden, wie es die französische amtliche Statistik auch thut, nur diejenigen mit über 2000 zusammenhängig wohnenden Einwohnern als eigentliche Städte anzusehen. Doch liegen mir die Daten aus dem Elsass jezt nicht in dieser Weise specialisirt vor, weshalb ich mich hier auf die Unterscheidung der grösseren und kleineren Gemeinden beschränken muss. Die städtische Bevölkerung erscheint aber hiernach zu gross, also die Aufgabe der Entwelschung für uns Deutsche schwieriger, als sie ist. Wie bedeutend der Unterschied der beiden Berechnungsweisen ist, ergiebt sich daraus, dass in ganz Frankreich die städtische Bevölkerung 41.9 % beträgt, wenn man alle Gemeinden über 2000 Einw., aber nur 30.5 %, wenn man bloss die Gemeinden mit mehr als 2000 compact wohnenden Einwohnern Städte nennt. Trotzdem stehen die Chancen des Deutschthums auch nach der ersten Berechnung im Elsass und Lothringen nicht ungünstig.

Im Elsass giebt es zwar sehr viele grössere Gemeinden über 2000 Einw., aber doch nur wenige, welche als Städte bedeutend sind. In dem Theil, welcher nach unserem Vorschlage an Deutschland abzutreten wäre, befanden sich 1866 bei einer Volkszahl von 1.06 Mill. im Ganzen 81 Gemeinden mit mehr als 2000 Einw., darunter nur 2 bedeutende Städte, Strassburg, 84,167 Einw., und Mühlhausen, 58,773 Einw., die grosse Fabrikstadt. Erstere enthält immer noch einen bedeutenden Stock deutschen Bürgerthums, ist seit einem

halben Jahrhundert nicht eben sehr stark gewachsen, hat also auch nicht so gar viel fremde Elemente an sich gezogen. Anders verhält es sich mit dem rasch vergrösserten Mühlhausen, das ohnedem schon früher als schweizerische Stadt die famose Aufgabe alles Schweizerthums hatte, seine Zugehörigkeit zu Deutschland zu vergessen. Diese Stadt wird am meisten Schwierigkeit, anfangs auch wegen ihrer wirthschaftlichen Interessen, machen. Die dritte Stadt ist Colmar, 23,669 E., die Hauptstadt des Dep. Oberrhein, ansehnliche Land- und Beamtenstadt, nicht unbedeutend französirt. Dann kommen 4 Städte mit 10—15,000 E., Hagenau, 11,427 E., Schlettstadt, 10,040 E., beide vorherrschend Landstädte, Gebweiler, 12,218 E. und Markirch (St.-Marie-aux-Mines), 12,425 E., bekannte, gestiegene Fabrikstädte, ersteres ziemlich französirt, letzteres auf nationalfranzösischem Boden. Gemeinden von 5—10,000 E. giebt es 9, meist Fabrikstädte wie Thann, oder grosse Fabrikdörfer. Endlich haben 65 Gemeinden 2—5000 E., meist kleine Ackerbaustädtchen mit Handel in Agrarproducten und grössere Fabrikdörfer. Diese 81 Gemeinden des Elsass enthalten zusammen 463,000 E. oder 43.7 % der Gesammtbevölkerung.

In dem abzutretenden Theile Lothringens befinden sich nur kleine Städtchen, keine über 10,000 E., 3 von 5—10,000, worunter das feste Diedenhofen die grösste, 7376 E., 12 von 2—5000 E., im Ganzen 15 Gemeinden über 2000 E. mit zusammen 56,000 E. oder 18.7 % der Gesammtbevölkerung.

Wie verhält es sich nun wohl in diesen Städten mit der Nationalität der einzelnen Gesellschafts- oder Berufsclassen und mit den Aussichten des Deutschthums?

In den grösseren Städten, den Sitzen der Staatsbehörden, den Garnisonsorten befindet sich ein der Zahl nach nicht bedeutender aber durch seine Stellung sehr einflussreicher Theil der städtischen Bevölkerung, welcher durch die Staatsverwaltung herangezogen ist. Er besteht aus Nationalfranzosen und mehr französirten Deutschen und hat

für die Französirung der übrigen gebildeten und wohlhabenden Classen gewiss direct und indirect viel geleistet. Allein gerade diese Classe wird ja durch den Wechsel der politischen Herrschaft sofort zum grossen Theil durch deutsche Einwanderer ersetzt (Beamte, Militär u. s. w.) Aehnliches gilt von einem Theil des Verwaltungspersonals der grossen öffentlichen Unternehmungen: Eisenbahnen, Banken, Versicherungsanstalten u. s. w., selbst von einem kleinen Theil der höheren Gemeindebeamten.

Die Lehrkörper der höheren und niederen Schulen werden zwar im Ganzen bleiben, die Pflege des Französischen in den Städten gewiss mit Recht fortdauern, aber das Deutsche wird wieder voll ebenbürtig daneben treten. Schon dies bedingt eine Verstärkung des deutschen Lehrerelements durch neuen Zuzug. Die Errichtung einer grossen deutschen Universität in Strassburg oder die Umwandlung der bestehenden zu einer solchen wird sicher eine der ersten und wichtigsten Aufgaben sein und culturlich und politisch gleich segensreich wirken, auch einen starken Strom Lehrender und Lernender aus Deutschland herbeiführen, — ein gutes Mittel, um aus den Pariser *étudiants* des Elsass wieder deutsche Studenten zu machen.

Ein grosser Theil der wohlhabenderen und unabhängigen Classen ist gewiss stark französirt. Erziehung der Jugend in Paris und den grossen französischen Städten, Geschäftsverbindungen u. dgl. m. haben darauf mit hingewirkt. Die heimkehrenden jungen Leute treiben Propaganda für das Französische in jener widerwärtigen Eitelkeit, die wir ja auch in Deutschland kennen, und im Gefühl, doch nicht für volle Franzosen zu gelten, nur um so eifriger. Für dieses Geschlecht hat die Dämpfung der *gloire* der *grande nation* im jetzigen Kriege auch ihr Gutes. Vieles ist auch für diese Kreise von der Einbeziehung des Elsass in unser Zollgebiet zu erwarten, weil dadurch die Geschäftsverbindungen ganz andere werden.

Der Grosshandel in Strassburg, die Grossindustrie in Mühlhausen und den kleinen Fabrikorten scheint sich nicht in sehr bedeutendem Umfang in Händen von Nationalfranzosen, um so mehr in denen von französirten Elsässern, Schweizern und eingewanderten Deutschen zu befinden. Die bekannten Namen der Grossindustriellen weisen darauf hin. In Paris, Havre und anderen grossen Plätzen hat sich das nationalfranzösische Element ja auch nicht einmal allein behauptet, — überall findet man eben Zeichen des Verdrängungsprocesses der Franzosen durch die Germanen! Die Grossindustriellen werden anfangs vielleicht die feindseligsten sein, weil ihre wirthschaftlichen Interessen unter der Abtrennung von Frankreich zu leiden drohen. Indessen besteht in dieser Hinsicht keine so grosse Gefahr. Der starke internationale Absatz bleibt. Statt des französischen wird der nicht minder bedeutende deutsche Markt eröffnet. Auf diesem wird das Elsass in vielen Zweigen, besonders in seinen wichtigen Specialitäten, wie Baumwollwaaren (mittleren, feinen) die Concurrenz erfolgreich bestehen. Sowie man sich in die neuen Verhältnisse etwas eingelebt hat, wird die politische Erregung schwinden. Aus den Grossindustriellen und Kaufleuten und Banquiers, überhaupt den Vertretern des mobilen Capitals, haben sich die politischen Frondeurs ohnehin selten recrutirt. Diejenigen, welche gleichwohl mit ihren Capitalien auswandern, sind leicht durch Deutsche zu ersetzen. Das Elsass wird nach den neuesten Erfahrungen, welche die Deutschen hinsichtlich des Rechtsgefühls der „civilisirtesten“ Nation gemacht haben, eine starke deutsche Einwanderung an sich ziehen. Bei der collossalen Vermehrungskraft unseres Volks müssen wir ja froh sein, wieder eigene Colonien in räumlicher Verbindung mit dem Mutterlande im Westen, wie bisher schon im Osten zu finden. Die Rolle eines neuen Judenthums, welche wir in Frankreich, England, Russland vielfach spielen, hat doch in nationaler Hinsicht viel Missliches. Die

Lection in diesem Kriege wird hoffentlich die gute Folge haben, dies zu Gemüthe zu führen.

Das Handwerk, die kleine Industrie, überhaupt der mittlere und niedere Bürgerstand der Städte, auch der grösseren, ist nach dem Bauernstande wohl der noch am meisten nationaldeutsche, am wenigsten französirte Theil der Bevölkerung, die gewissen „specifisch französischen" Gewerbe für Mode, Putz, Luxus, Leckerei ausgenommen. Die antideutsche politische Gesinnung auch dieser Kreise wird verschwinden, sobald das Bürgerthum nur wieder einmal Muth fasst, deutsch zu sein und zu fühlen und dazu verhelfen ihm die Siege unserer Waffen und die Einverleibung. Die vielen tüchtigen Elemente werden den französischen Firniss abstreifen, wenn das Deutschthum wieder zu Ehren und Macht kommt. Das nicht fehlende Pfahlbürger- und Philisterthum liebt die Ruhe und macht keine Opposition von Dauer.

Schwieriger mag die städtische Arbeiterclasse, besonders die Fabrikarbeiterbevölkerung zu entwelschen sein. Unter ihr befinden sich, wenn auch wohl gleichfalls nicht sehr zahlreich, Nationalfranzosen, ferner besonders französische Schweizer. Die ehemaligen Soldaten bilden ein Contingent, das auch der Französirung in Sprache und Gesinnung Vorschub leistet und die socialistischen Ideen haben manchfach in derselben Richtung gewirkt. Aber die grössere Masse dieser Arbeiter ist doch noch deutsch, auch enthält sie schon jetzt, besonders in Mühlhausen und den andern wichtigeren Fabrikorten, Tausende eingewanderter deutscher Arbeiter, besonders Badener, Schweizer. Ferner ändert sich das Gepräge dieser Volksclasse durch Ein- und Auswanderung leicht und rasch. Es ist auch hier nicht daran zu zweifeln, dass bei der starken deutschen und schwachen französischen Volksvermehrung und dem analogen Auswanderungstrieb, namentlich nach den jüngsten Pariser Ereignissen, eine grosse Einwanderung deutscher Arbeiter nach

dem Elsass erfolgen wird. Auch die allgemeine Wehrpflicht wird in den Kreisen der eingeborenen elsässer Arbeiterbevölkerung segensreich auf die Entwicklung des deutschen Gefühls einwirken. Die Einverleibung in Preussen wäre dabei von besonders guten Folgen begleitet.

So darf man die Aussichten für völlige Wiederentwelschung auch der Städte durchaus nicht ungünstig nennen.

Von Wichtigkeit für Stadt und Land zugleich sind ferner noch die confessionellen und die allgemein volkswirthschaftlichen Verhältnisse.

Ein erheblicher Theil der Elsässer ist bekanntlich protestantisch, meist lutherisch. Leider kennt man die Zahl wieder nicht ganz sicher. Lange wagte man im „Lande der Gleichheit“ keine confessionsstatistische Aufnahme. Dann verbarg die Regierung die aufgenommenen Daten, dem Vernehmen nach, weil sie die Zahl der Protestanten in Frankreich „unliebsam gross“ erscheinen liessen. Endlich veröffentlichte man neuere Daten nicht hinlänglich sicheren Ursprungs, welche sofort als viel zu niedrig und als absichtlich gefälscht bezeichnet wurden! Wie dieser schöne Staat doch immer an der „Spitze der Civilisation“ marschirt! Wer hat in Deutschland je unter Protestanten oder Katholiken an der Richtigkeit der confessionsstatistischen Angaben der amtlichen Statistik gezweifelt! Für ganz Frankreich schätzen Sachkundige die Zahl der Protestanten bis auf 2 ja $2^{1}/$ Mill. (fasst $^{2}/_{3}$ Reformirte, $^{1}/_{3}$ Lutheraner). Glaubwürdiger ist die bisherige officiöse Angabe von 1.59 Mill. oder $4.17^{0}/_{0}$ der Bevölkerung. Allein die neueste officielle Zahl nach dem Census von 1866 ist bloss 847,000 oder $2.23^{0}/_{0}$ der Bevölkerung, worunter 516,000 Reformirte, 287,000 Lutheraner, 44,000 protestantische Sectirer. Da jedoch im Militär allein 13,443 Protestanten sein sollen, $4.26^{0}/_{0}$ desselben, und letzterer Procentsatz mit dem früheren officiösen von $4.17^{0}/_{0}$ der Protestanten von der Gesammtbevölkerung fast über-

einstimmt, so wird man die ältere Angabe auch aus diesem Grunde für glaubwürdiger halten dürfen. Oder sollten wirklich soviel mehr elsässer Protestanten im Heere sein und sich die Einsteher gerade aus diesen so stark recrutiren? Es würfe das wieder ein eigenes Licht auf den nicht genug gepriesenen militärischen Geist der gallischen Race. Jedenfalls muss man demnach die amtliche Zahl der Protestanten im Elsass mit Misstrauen betrachten. Es sollen danach im Departement Unterrhein 181,000 Einw. oder 31.25% der Bevölkerung, im Departement Oberrhein 53,500 Einw. oder 10.15% protestantisch sein, also etwa ein Fünftel im ganzen Elsass. Vermuthlich sind diese Zahlen viel zu niedrig. Früher nahm man in jedem Departement einige Hunderttausend an. Ein Drittel der Gesammtbevölkerung kommt der Wahrheit vielleicht näher. Lothringen dagegen ist notorisch fast ganz katholisch (amtliche Ziffern für Departement Vogesen c. 4700, Mosel c. 5300, Meurthe c. 7300). Bemerkenswerth und nicht gleichgiltig für die politische Frage, ist die relativ bedeutende Zahl der Juden im Elsass (36,000), weit mehr als im übrigen Frankreich.

Trotz alles Geredes von Gleichheit ist auch die confessionelle Parität in Frankreich, wie so vieles, mehr Schein als Wirklichkeit. Die Protestanten, wenn auch nicht unter einem Druck stehend, geniessen thatsächlich Duldung, nicht Gleichberechtigung. Wenn auch im Augenblick die elsässer Protestanten wenig bessere Deutsche als die Katholiken sind, so wird sich das bei ihnen nach der Einverleibung in Deutschland doch rascher ändern. Auch die Juden haben noch neuerdings mitunter über ungenügenden Rechtsschutz zu klagen. Der katholischen Landbevölkerung ist andererseits der jetzige Krieg gegen Preussen von fanatischen Pfaffen auch zugleich als Religionskrieg dargestellt worden. Nun, wenn sie erfahren, dass in Preussen fast 8 Millionen Katholiken (3.3 Millionen mehr als in den süddeutschen Staaten!) leben und sich der vollständigsten confessionellen Freiheit und

Sicherheit erfreuen, dann wird auch ihre Angst schwinden und sie wie Schlesier, Westfalen und Rheinländer und vor allem auch wie ihre nächsten Stammesgenossen, die allemannischen Badener wagen, gute Deutsche und Katholiken zugleich zu sein. — Gegen weitere deutsche Annexionen in Französisch-Lothringen spricht aber immerhin auch, dass hier der nationale Gegensatz durch den Katholicismus noch verschärft wird.

Von sehr grosser Bedeutung für die innige Verbindung der Elsässer und Lothringer mit Deutschland sind endlich noch die allgemein wirthschaftlichen Verhältnisse. Auch in unserem Zeitalter der Eisenbahnen und der verbesserten Landcommunicationen, wo die Wichtigkeit der Wasserwege relativ abgenommen hat, behalten doch die Flussgebiete immer noch einen sehr maassgebenden Einfluss auf die Gestaltung der Volkswirthschaft. Sie bestimmen mit in erster Linie die natürliche volkswirthschaftliche Zusammengehörigkeit der Gebiete. Daher die vollendete Unnatur der Staatsgrenzen an Strömen, wie zwischen Süddeutschland und Elsass und jenem und der Schweiz. Das Flussgebiet unseres Rheines ist auch deswegen der westliche Grenztheil unseres natürlichen Staatsgebiets, weil es dieselbe Stellung in unserem natürlichen Volkswirthschaftsgebiet einnimmt. Auch aus diesem Grunde gehört vor Allem das Elsass zu Deutschland. Ein Gleiches gilt unverkennbar von der deutschen Schweiz. Aber auch der grössere Theil von Lothringen, das ganze Flussgebiet der Mosel ist ein solcher Bestandtheil des natürlichen Gebiets der deutschen Volkswirthschaft. Dass dieser Zusammenhang durch die politische Trennung gesprengt worden ist, enthüllt nur einen neuen Uebelstand der letzteren. Allerdings glauben wir nun, dass das volkswirthschaftliche Moment heute in diesen Landstrichen nicht mehr allein entscheiden kann. Aber wo mit der nationalen auch die natürliche volkswirthschaftliche Zu-

sammengehörigkeit übereinstimmt, da wird man vollends getrost wieder politisch verbinden können, was eine zufällige geschichtliche Entwickelung einmal eine Zeitlang getrennt hat. Die Annexion von Elsass und Deutsch-Lothringen wird also auch durch diese volkswirthschaftliche Rücksicht sanctionirt. Das heutige Verhältniss der Schweiz zu Deutschland erscheint auch danach wieder auf die Dauer unhaltbar. Das wird die weitere Entwicklung der Geschichte gewiss beweisen und gespreizte republikanische Floskeln und altväterisches Renommiren mit Sempach und Murten, Tell und Winkelried und anderen sagenhaften Helden wird daran nichts ändern.

Wir haben uns oben schon gegen eine Annexion irgend grösserer Theile von Französisch-Lothringen erklärt. Immerhin ist dies nicht zu leugnen, dass auch das französisch-lothringische Moselgebiet und namentlich Metz unter einer Vereinigung mit Deutschland volkswirthschaftlich wohl gewinnen würde. In der strittigsten Territorialfrage, der von Metz, kann deutscher Seits dieser Gesichtspunct mit Recht neben dem militärischen geltend gemacht werden. Auch für Nanzig kommt er wenigstens in Betracht.

Unter den volkswirthschaftlichen Institutionen der modernen Staaten hat dann namentlich noch das Zollwesen eine weittragende allgemein wirthschaftliche und politische Bedeutung, welche von seinem speciellen Einfluss auf einzelne Gewerbe und Handelszweige zu unterscheiden ist. Das Zollgebiet, nicht das Staatsgebiet an sich, wenn es nicht mit jenem zusammenfällt, ist überall in der Neuzeit die territoriale Basis der nationalen Volkswirthschaft geworden. Innerhalb des Zollgebiets entwickelt sich der Arbeitstheilungs- und Verkehrsprocess lebhafter und anschliesslicher, dadurch aber verschmelzen die Interessen der so zusammengehaltenen Bevölkerung inniger. Und grade dies

ist die wichtige politische Folge. Wir haben sie ja in unserem Zollverein alle im grossartigsten Beispiel vor Augen. Die aussen stehenden Theile des National- oder Staatsgebiets entfremden mehr. Deutsch-Oesterreich beweist es, wenn auch viele andere Gründe seit Jahrhunderten zu seiner Ablösung von Deutschland mitwirkten. Die Schweiz, Belgien, Holland, unsere drei politisch abgetrennten deutschen Particularstaaten, zeigen es gleichfalls.

Dieselbe Wahrnehmung machen wir nun auch bei Elsass und Lothringen. Man hat oft gesagt, namentlich das erstere sei erst durch die Revolution und deren „glorreiche Errungenschaften" so gründlich von Deutschland abgelöst und unauflöslich mit Frankreich verbunden worden: die Abschaffung der Feudallasten, die freie Gewerbegesetzgebung u. a. m. Es mag das seinerzeit mitgewirkt haben. Aber wichtiger und nachhaltiger in seiner Wirksamkeit scheint mir ein andrer selten beachteter Umstand für die zwischen uns und Elsass eingetretene Entfremdung gewesen zu sein: die Einbeziehung der uns abgerissenen deutschen Lande in das noch dazu so streng protectionistische, lange Zeit prohibitionistische allgemeine französische Zollgebiet seit der Revolution. Vordem war der Verkehr dieser Provinzen mit Deutschland frei, mit den meisten übrigen Theilen Frankreichs gesperrt. Unser eigenes deutsches Zollsystem kam als ein weiteres Trennungsmittel hinzu, ebenso der Passzwang im Polizeistaate hüben und drüben u. dgl. m. Wie unnatürlich auseinandergerissen sind dadurch heute Baden und Elsass, weit mehr als Schweiz und Baden, zuerst im Güterverkehr, allmälig immer mehr auch im Personenverkehr. Wie ganz anders war das noch zu Goethe's Jugendzeit! Und doch wenn zwei Länder von Natur durch die Bodengestaltung, Stammverwandtschaft, Verkehrsinteressen zusammen gehören, so sind es das alemannische Baden und das alemannische Elsass, die herrliche oberrheinische Tiefebene. Das lehrt jeder Blick von einem der Berge des

Schwarzwalds oder der Vogesen aus. Aber seien wir unbesorgt, gleiche Ursachen werden wieder gleiche Wirkungen haben. Die Verlegung der Zollinie auf die Vogesen wird das, was von Natur zusammengehört, zunächst volkswirthschaftlich, bald auch wieder wirthschaftlich, culturlich und persönlich nahe verbinden. — Nebenbei bemerkt: die Erfahrungen im Elsass in Betreff des Einflusses der Zoll- und Passgrenze kehren ähnlich in den russischen Ostseeprovinzen wieder. Wie nahe standen diese noch in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts Deutschland!

Man weist uns wohl auch bedenklich auf die volkswirthschaftliche Blüthe hin, welche namentlich Elsass, in geringerem Maasse auch Lothringen unter französischer Herrschaft erlangten. Vergleiche mit der früheren Zeit sind aus Mangel vergleichbaren statistischen Materials und wegen der Unmöglichkeit die Bedeutung der einzelnen einwirkenden Ursachen genau zu bestimmen und letztere zu isoliren, misslich. Von Vergleichen der relativen Entwicklung des Elsass und andrer deutscher Länder gilt etwas Aehnliches, doch nicht in demselben Grade. Einigermaassen giebt uns nämlich wieder die Bevölkerungsbewegung einen Beurtheilungsmaasstab an die Hand. Allerdings, Elsass gehört zu den wirthschaftlich blühendsten Provinzen Frankreichs. Seine Landwirthschaft, namentlich sein Fabrikwesen, besonders im Dep. Oberrhein, hat in den letzten Jahrzehnten einen grossen Aufschwung genommen. Allein die volkswirthschaftliche Gesammtentwicklung, wie sie sich namentlich in der Bevölkerungsbewegung, ihrem Product und ihrer abermaligen Ursache ausdrückt, ist im Ganzen hinter derjenigen ähnlich günstig situirter Länder Deutschlands gleichwohl zurückgeblieben. Mit den preussischen Rheinprovinzen, also jenen Gebieten, welche 1814 und 1815 die französische mit der preussischen Herrschaft vertauschten, gestattet sie gradezu gar keinen Vergleich, so viel grossartiger ist die Entwicklung im Rheinland. Amerika-

nische Auswanderung hat der linke Mittelrhein wie der linke Oberrhein, übermässige Auswanderung in die Hauptstadt allerdings aber nur letztrer, in Folge der französischen Uebercentralisation. Nach Paris scheint ein Theil des elsässer Kräfteüberschusses gegangen zu sein, wie auch aus andren Provinzen Frankreichs. Die eigenen grossen Städte der Provinz, mit Ausnahme Mühlhausens, waren es nicht einmal, welche die Bevölkerung besonders stark an sich zogen.

Das Elsass und die allerdings bedeutend grössere Rheinprovinz lassen sich einigermaassen vergleichen. Beide enthalten rein industrielle, rein agricole Landstriche, letztere in beiden Fällen mit hochintensiver Kleincultur, zerstückeltem Grundbesitz. Beide waren schon um 1816 dicht bevölkert, wenn auch Elsass stärker (bez. 5560 und 3820 Einw. pr. Qu.-M.). Nun stieg die Bevölkerung im mehr industriellen Departement Oberrhein von 1821—66 von 370,000 auf 530,000 Einw. oder um 43.2 %, im mehr landwirthschaftlichen Departement Unterrhein sogar nur von 503,000 auf 589,000 Einw., um 17.1 %, noch weniger als in ganz Frankreich (22.4 %), — dagegen in der Rheinprovinz 1816—67 von 1,871,000 auf 3,455,000 E. oder um 84.7 %! Und in einzelnen Regierungsbezirken: im hochindustriellen Düsseldorf von 591,000 auf 1,244,000, um 110.5 %; in Cöln von 328,000 auf 596,000, um 81.7 %; in Aachen von 308,000 auf 480,000, um 55.8; im agricolen Coblenz von 345,000 auf 556,000, um 60.6; im ganz agricolen Trier von 299,000 auf 579,000 (wovon 40—50,000 auf das inzwischen einverleibte Lichtenberg, und Meisenheim kommen), also um ca. 77 %! Die Volksdichtigkeit im Elsass und ganzen Rheinland ist jetzt ungefähr gleich: Departement Oberrhein 7107, Unterrhein 7122, Rheinprovinz 7055, aber Reg.-Bez. Düsseldorf 12,528, Cöln 8264 pr. Qu.-M.

Auch die Städte allein zeigen im Rheinland durchweg einen viel bedeutenderen Aufschwung als im Elsass. Die

Entwicklung Strassburg's ist gleich der der meisten französischen Städte mittleren Ranges nichts weniger als grossartig für unsere gegenwärtige Zeit. Es steht darin gegen die meisten grösseren preussischen und zum Theil auch sonstigen Städte Deutschlands erheblich zurück, vollends z. B. gegen Cöln. Letzteres stieg von 1816—1867 von 53,000 auf 125,200 Einw. (allerdings incl. Militär) oder in 51 Jahren um 136.2 %, daneben auch noch Deutz von 2100 auf 10,500 Einw., Strassburg nur von 49,700 Einw. in 1821 auf 84,200 in 1866, oder um 69.4 % in 45 Jahren. Die absolute Zahl ist in diesem Vergleich noch mehr als die relative zu beachten. Die Bedingungen des Gedeihens beider Städte sind nicht die gleichen, aber doch ähnliche, beide sind auch Festungen. Vielleicht hat Strassburg einst den Herrschaftswechsel ebensowenig als Cöln zu bedauern, Selbst Mühlhausen's Wachsthum wird von demjenigen grosser rheinischer (und sächsischer) Fabrikstädte ansehnlich übertroffen.

Es wirken hier ja sehr mannigfaltige Umstände ein. Auch Baden zeigt keine solche rasche Entwicklung als Rheinpreussen, aber es ist auch weit mehr rein agricoles Land verglichen mit dem Elsass. Die Unnatur der politischen Trennung des rechten vom linken Oberrheinufer hindert beiderseits den Aufschwung. Das Elsass und Lothringen leiden nur ausserdem noch unter dem Uebel aller französischen Provinzen, der ertödtenden Centralisation. Welchen kümmerlichen Eindruck machen selbst Städte von 50,000 Einw. und darüber, wie Metz und Nanzig! Wer dergleichen auch in Preussen und von der Fortführung des 1866er Werks in ganz Deutschland fürchtet, der sehe sich einmal die grossen preussischen Provinzialstädte an und überschaue ihre Entwicklung seit 1815! Breslau, Königsberg, Danzig, Stettin, Magdeburg, Cöln und wie sie heissen! Und dies trotz einer Vergrösserung Berlins, die nur in nordamerikanischen Verhältnissen etwas Aehnliches findet. Nein, es lässt sich mit ziemlicher Gewissheit voraussagen, dass auch

Elsass und Lothringen unter deutscher, zumal unter preussischer Herrschaft einen grossen neuen Aufschwung nehmen werden.

Man macht endlich selbst von deutscher Seite etwas ängstlich geltend, die Länder hätten doch nun einmal „schon so lange“ zu Frankreich gehört. Viel kürzere Zeit jedenfalls als ehedem zu Deutschland und selbst kürzer, als man meistens denkt. Nicht schon 1648 ist ganz Elsass französisch geworden, sondern damals erst ein Theil, das Uebrige stückweise später, Einiges erst in der Revolution. Der Haupttheil von Lothringen bekanntlich erst Mitte vorigen Jahrhunderts, Anderes ebenfalls erst nach 1790. Eine Menge kleiner Reichslande blieben bis dahin bestehen, andere waren bloss aus deutscher in französische Oberhoheit getreten. Freilich war dadurch jene gräuliche En- und Exclavenwirthschaft und staatliche Bodenzerstückelung entstanden, wie wir sie heute noch in Thüringen sehen. Sie war an dem Verlorengehen des Gebiets und an dem schwachen gesammtdeutschen Gefühl der Bevölkerung auch mit schuld, erklärt selbst und entschuldigt beinahe ein wenig Ludwigs XIV Reunionen. Denn so wurde es immerhin eine Wohlthat, dass bei Frankreich wenigstens Alles unter einen Hut kam. Die eigentliche Entdeutschungs- und Verwelschungstendenz von Oben trat strenger auch erst in der Revolution hervor, wiederum ein Beleg für die Einseitigkeit jener Parteiansicht, als ob die „Völker sich vertrügen, wenn die Fürsten nicht sich schlügen“. Für die politische und nationale Seite der Frage ist es immerhin wichtig, dass manche Gebiete noch nicht 80 Jahre Frankreich einverleibt sind. Mancher Greis ist noch unter dem alten deutschen Reich geboren — die „französische Zeit“ eine Episode seines Lebens! Böckh hat eine sorgfältige Zergliederung des deutschen Sprachgebiets im Elsass und Lothringen nach dessen historischen Bestandtheilen vorgenommen. Die interessantesten Hauptdaten sind die folgenden:

Deutsches Sprachgebiet.	Elsass. Zahl der Gemeinden,	Elsass. der Bevölkerung darin im J. 1861.	Lothringen. Zahl der Gemeinden,	Lothringen. der Bevölkerung darin im J. 1861.
1. Landestheile, gehörig zu Fürstenthümern mit schon früher überwiegend französischer Sprache				
a. Zu Bisth. und Reichsst. Metz (1630 franz.)	—	—	49 $^{21}/_{2}$	27,600
b. Zum Herz. Lothringen (excl. Allemagne) u. zu Bar (1661, bez. 1748 franz.)	4 $^{3}/_{2}$	15,529	14 $^{11}/_{2}$	10,788
2. Erwerbungen v. 1648—61				
a. Oesterr. Landgrafsch. Elsass, Landdrostei Hagenau, Reichsdörfer	284 $^{4}/_{2}$	226,931	—	—
b. Abtret. v. Deutsch-Lothr. u. Deutsch-Lützemb.	—	—	94 $^{15}/_{2}$	77,488
3. Erwerbungen v. 1679—97				
a. Reunirte Territorien (Reichs-Städte, -Stifter, -Rittersch.) .	158 $^{1}/_{2}$	226,566	—	—
b. Unter franz. Protection gestellt (Reichsst., Bisth., Domcapitel Strassburg)	155	256,053	5	5,960
(1—3) Also im Ganzen bis Ende des 17. Jahrh. an Frankreich	601 $^{8}/_{2}$	725,079	162 $^{47}/_{2}$	121,836
4. Erwerbungen im 18. Jahrh. bis zur Revolution				
a. Deutsch-Lothringen (Allemagne, 1748 unt. franz. Verwalt.)	1 $^{1}/_{2}$	2,326	261 $^{38}/_{2}$	176,323
b. Einzelne Herrschaften . .	32	27,964	11 $^{4}/_{2}$	16,102
(4) Also im Ganzen im 18. Jahrh. erworben	33 $^{1}/_{2}$	30,290	272 $^{42}/_{2}$	192,425
5. Bis zur Revol. im Besitz deutscher Reichsstände				
a. Besitz. von Fürsten u. Reichsrittern unt. franz. Suzeränetät	202 $^{5}/_{2}$	175,680	33 $^{10}/_{2}$	26,447
b. Besitz unt. Reichshoh. u. Rep. Mühlhausen (schweizer.) . .	52 $^{2}/_{2}$	76,428	11 $^{7}/_{2}$	10,973
(5.) Also während u. durch d. Revol. erworben u. 1815 behalten	254 $^{7}/_{2}$	252,108	44 $^{17}/_{2}$	37,420
Summe des heute Frankreich einverleibten deutschen Sprachgebiets	891 $^{10}/_{2}$	1,007,477	528 $^{16}/_{2}$	351,681

Der vierte Theil des Elsass nach der Bevölkerung gemessen (freilich nach der heutigen, die nicht in gleichem Verhältniss zu der 1790er in allen Landestheilen steht), ist also erst seit 2, zwei Drittel Lothringens sind erst seit 3 Menschenaltern französisch. Im Strassburgschen (3, b) und in den

reichsherrlichen Besitzungen unter französischer Hoheit (5, a) konnte die Entdeutschung vor der Revolution doch nur erst wenig Platz greifen. In obiger Uebersicht fehlen übrigens wohl bemerkt auch die französisch nationalen Theile des Elsass; ferner das vor 1790 von Frankreich schon besessene, 1814 und 1815 an Deutschland zurückgegebene elsässische Gebiet von Landau und an der Lauter, und lothringische Gebiet an der Saar.

VI.

Vom Selbstbestimmungsrechte nationaler Bruchtheile wie der Elsässer und Lothringer.

Aber — es bleibt noch ein letzter Einwand gegen die Annexion übrig, welchen die particularistische Partei in Deutschland, die Gegnerin des grossen Werks von 1866, bereits wieder laut ausgesprochen hat. Es soll abermals das „barbarische Eroberungsrecht“ entscheiden, so ruft sie! Wiederum will man sich um den Willen der Nächstbetheiligten, der Elsässer und Lothringer nicht kümmern, will deren „freies Selbstbestimmungsrecht“ mit Füssen treten! Das „historische Recht“, das Recht vergangener Zeiten und Geschlechter soll angerufen, das gute Recht der Lebenden missachtet werden! Und doch gehört dem Lebenden die Welt!

Eine falsche und ganz undurchführbare Auffassung des Princips der Volkssouveränetät und die alte unsinnige Lehre vom Staatsvertrag verbindet sich hier mit einer ebenso unlogischen als unpraktischen Uebertragung des Rechts souveräner Selbstbestimmung von der ganzen Nation auf zufällige nationale Bruchtheile, welchen eine bestimmte

Geschichtsentwicklung einmal eine aparte politische Stellung gegeben hat.

Es ist schon naiv genug, dass dieselben Personen, welche Napoleon, den Mann des *suffrage universel*, den Gewählten der sieben Millionen nicht genug verdammen können, das Princip, welches er vertritt, als das allein richtige für die Bildung des Staats, die Bestimmung seines Umfangs und seiner Grenzen, die Festsetzung seiner Regierungsform bezeichnen. Denn wenn sie auch auf den zweiten December hinweisen, so ist dieser doch wiederholt und noch jüngst wieder durch die Abstimmung von der ungeheuren Majorität des französischen „souveränen Volks" sanctionirt worden. Und wenn sie weiter einwerfen, diese Abstimmung sei eben halb erzwungen, halb gefälscht gewesen, so ist einmal der Beweis dafür gegenüber der colossalen Majorität schwer zu führen. Andrerseits, wenn man es selbst zugäbe, fragt sich, wie denn eine freie, gute und richtige Abstimmung verbürgt werden soll? Die politische Erfahrung, — freilich eine sehr untergeordnete Sache für unsere Principienreiter in Frankreich, Mexico, bei der Farce in Nizza und Savoyen u. s. w. — spricht sie für die Anwendung des allgemeinen Stimmrechts in solchen Puncten wie die Staatsform und wie die Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staate?!

Immer tauchen wieder die alten Zweifel auf, welche die Gegner niemals zu beseitigen verstanden. Wie in aller Welt soll ein Volk durch eine einmalige Abstimmung sich für alle Zeiten binden! Und wenn das Individuum durch sein Votum über Staatsform oder über eine Annexionsfrage sich für seine Lebenszeit bände, wie soll, gerade vom Standpunct der Volkssouveränetät aus, dieses Votum den Sohn und Enkel binden? Geschieht letzteres aber nicht, wie soll ein Staatsleben vereinbar sein mit einem solchen „natürlichen Recht des Individuums"?

Doch lassen wir die so oft erörterte allgemeine Frage vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und von der Volks-

souveränetät hier bei Seite und betrachten wir nur die vom Particularismus verlangte Einräumung des „freien Selbstbestimmungsrechts" an nationale Bruchtheile in Annexionsfragen! Dann verfolge man einmal die selten beachtete Consequenz dieses Rechts für den Staat, und zwar für den Staat als solchen, denn es handelt sich hier nicht im Mindesten um eine Frage, deren Beantwortung etwa nach der Staatsform verschieden ausfiele. Das nothwendige Correlat des besagten Rechts derer, welche annectirt werden sollen, ist das Recht derer, welche bereits in einem Staatsverband zusammengefasst sind, nach ihrem Belieben wieder aus dem letzteren auszutreten, um einen eigenen Staat zu bilden, oder um sich einem anderen Staate anzuschliessen oder am Ende auch — die Consequenz der mechanischen Auffassung des Staats und seiner Begründung auf den Willen des Individuums — um „staatlos" zu leben! Unsere Gegner werden dieses Recht nach ihrem Principe nun auch dem Volke geben und sagen: Ja, das Volk kann seinen jetzigen Staat beliebig auflösen. Aber die Gegner sogar werden das Recht doch wohl stets nur dem ganzen Volk zugestehen, das in einem concreten Staate zusammengefasst ist. Ebenso wird in der Praxis des Staatslebens selbst der vorgeschrittensten Demokratien doch nur dem ganzen Volk dieses Recht, den Staat aufzulösen oder umzugestalten, in seiner Verfassung wie in seinem Gebietsumfang, eingeräumt werden können. Die Mehrheit bindet dann hierbei immer die Minderheit. Allein die Vertreter des Selbstbestimmungsrechts der zu Annectirenden müssen auch in der Frage der Annexion folgerichtig einen bedeutsamen Schritt weiter gehen: sie müssen das Recht, aus dem bestehenden Staate auszuscheiden, auch jeder beliebigen Minorität gewähren, und zwar selbstverständlich nicht nur das unbestrittene Recht des Einzelnen oder einer Minderheit, auszuwandern, sondern das Recht, auch den ihnen (privatrechtlich) gehörenden Theil des Staatsgebiets aus dem bisherigen Staatsverband auszu-

scheiden. In der That, wenn heute ein Volksbruchtheil mit seinem Gebiet nur kraft seiner Zustimmung in den Staatsverband tritt oder adnectirt wird, warum soll er oder mindestens seine Nachkommen dann nicht dasselbe Recht haben, aus diesem ihnen vielleicht nicht behagenden Verband wieder herauszutreten und eine andere Staatsbildung zu versuchen?! Das Selbstbestimmungsrecht von Volksbruchtheilen in der Annexionsfrage schliesst ein gleiches Recht in der Abnexionsfrage in sich und wechselweise, darüber kommt man grade auf dem Standpuncte der Volkssouveränetät nicht hinaus.

Aber kann ein Staat jemals einer Minderheit seiner Angehörigen dieses zweite Recht gewähren, so dass sie allein es handhabte auch gegen die Mehrheit? Vernunft und geschichtliche Erfahrung sprechen gleichmässig dagegen, denn dieses Recht ist eine reine Negation des Staatsbegriffs! Ob Monarchie oder Republik, selbst ob Einheits- oder Föderativ- (Bundes-) Staat, — das macht hier durchaus keinen Unterschied. Die nordamerikanische Föderativrepublik hat im Bürgerkrieg von 1861—65 denjenigen, welche nach ihrem eigenen Willen einen Theil des Gebiets aus dem bisherigen Verband ausscheiden wollten, die deutliche Antwort auf dieses thörichte Verlangen gegeben.

Mit Recht! denn der Standpunct unserer doctrinären Gegner führt in letzter Consequenz zur Atomisirung der Staaten und damit zur Negation jedes realen Staatslebens. In der viel gepriesenen Schweiz, diesem Experimentalfeld für mancherlei politischen Radicalismus, also auch Doctrinarismus, bereitet sich dergleichen deutlich genug vor und auch darin begrüssen wir als Deutsche die nahende Todesstunde des deutschen Particularismus, den die Schweiz ja nur in einem besonders entwickelten Beispiel darstellt. Zwar nach Aussen, gegenüber anderen Staaten muss auch in der Schweiz, solange sie einmal ein selbständiges Staatsgebilde sein und bleiben will, die gesunde Vernunft und die Realpolitik über Dogma

und Doctrin siegen. Aber im Innern, in der „Cantönliwirthschaft“ zeigen sich schon heitere Spuren der Staatsatomisirung: die Trennung der Cantone in Halbcantone, das Bestreben des Bezirks Murten sich nach eigener souveräner Selbstbestimmung von Freiburg zu trennen und mit Bern zu verbinden, die beabsichtigte Zwei- oder gar Dreitheilung des Cantons Lugano — weil man sich über die Hauptstadt nicht einigen kann! Wahrlich lauter treffliche Belege, dass diese Art der Volkssouveränetät ein Staatsleben unmöglich macht. Freilich zeigt sich dabei auch wieder, dass die Schweiz eigentlich kein Staatsleben, sondern nur ein Gemeindeleben kennt und würdigt. Aber auch dieses ist im Grunde nicht minder gefährdet! Zunächst zwar nur beliebige Theilung der Cantone in halbsouveräne Halb- und Viertelscantone. Aber warum dabei stehen bleiben, warum nicht jede unzufriedene Gemeinde sich abtrennen lassen?! Und abermals, warum denn dabei ein Halt? Jedes Stadtviertel, jedes Thal, jede Strasse, jedes Haus kann ja schliesslich mit demselben Rechte einen „Staat für sich“ bilden. Ob dabei noch gemeinsame öffentliche Zwecke, bei denen jedoch ihrer Natur nach der genau gleichmässige Vortheil jedes Individuums nicht auf Frank und Rappen zu berechnen ist, erfüllt werden können — das Wesentliche in Gemeinde wie in Staat — kümmert unsere Doctrinäre nicht.

Nein, ohne ein Princip des Zwangs kommen wir im Staate und in der Gemeinde einmal nicht aus, auf dem Standpuncte der Volkssouveränetät so wenig als auf demjenigen des legitimen Königthums, in der Republik so wenig als in der Monarchie. Auch in dieser Gleichheit des Wesentlichen zeigt sich wieder die relative Untergeordnetheit der Form im Staatsleben. Die Bindung der Minorität durch die Majorität wird stets unentbehrlich sein. Sie ist aber für erstere bei der Volksabstimmung ein nicht minder starker und sicher oft noch empfindlicherer Zwang als bei der Anwendung des Autoritätsprincips des Legitimismus und des Machtprincips des Eroberungsrechts.

In Abnexions- und daher auch in Adnexionsfragen kann sich das jetzt auch stets gewährte Recht des Einzelnen und der Minoritäten nur auf das Recht der freien Auswanderung für die Personen mit ihrem Privatvermögen erstrecken.

Das Recht, über Abnexionen und Adnexionen von Gebietstheilen zu entscheiden, kann grade auch auf dem Standpuncte der Volkssouveränetät und des Selbstbestimmungsrechts der Völker eben nur ein Recht der Völker sein. Ein solcher Standpunct werde dann doch wenigstens vernünftig vertreten, so dass er nicht von vorneherein als ebenso unlogisch wie ungeschichtlich erscheine. Wird er in dieser rationellen Weise festgehalten, wobei allein er nicht absolut praktisch unhaltbar ist und sich theoretisch-politisch näher begründen lässt, so dient er grade dazu, das durch die Geschichte der Völker und Staaten sanctionirte Nationalitätsprincip noch von einer andern Seite aus zu rechtfertigen. Das Selbstbestimmungsrecht haben dann die Völker, d. h. also nicht, wie die Rechts- und Staatsphilosophie des vorigen Jahrhunderts argumentirte, beliebige Haufen menschlicher Individuen, sondern naturgegebene Ganze — haben Nationen. Die Vertreter jenes Rechts müssen sich ja eine Art Zustand („Naturzustand") der Menschen vor dem Staate denken, also auch einen Menschen- oder Bevölkerungsstoff, der erst zum Staatsstoff dienen soll. Dieser „natürliche Staatsstoff" kann durch nichts Anderes als durch die Nationen gebildet werden, da man doch einmal von einem Menschheits- oder Weltstaat wenigstens für jetzt absehen muss. Die natürliche Zusammengehörigkeit von Menschen, beruhend auf (wenigstens ursprünglich) gemeinsamer Abstammung von denselben Voreltern und begründet durch die Gemeinsamkeit der Sprache, der Sitte, des Rechts, des geistigen Lebens, bevor es Weltreligionen gab des Glaubens, des Zusammenwohnens auf einem Gebiete und endlich der Volkswirthschaft — sie ist es, welche zum natürlichen Be-

griff der Nation führt und diese Nation ist es, welche sich den Staat bildet. Aber offenbar hat sie, die Nation als Ganzes, dann allein das Selbstbestimmungsrecht. Sie hat es über die zu ihr von Natur gehörenden Theile und sie übt es nach ihrem eigenen Interesse als Ganzes und nach ihren eigenen Bedürfnissen aus. Nur sie hat daher zu bestimmen, ob sie, die ganze Nation, einen einzigen Staat bilden, ob sie einzelnen ihrer Theile eine volle oder theilweise staatliche Selbständigkeit oder die Verbindung dieser Theile mit fremden Staaten gestatten will. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker kann daher niemals ein Recht eines einzelnen nationalen Bruchtheils über die Nation sein. Auch ein solcher Bruchtheil, den irgend eine geschichtliche Conjunctur einmal zu einer selbständigen Staatsbildung kommen oder zu einem Bestandtheil eines fremden Staats werden liess, kann daher, wenn die Annexions- oder Abnexionsfrage wieder auf die Tagesordnung kommt, niemals allein für sich darüber entscheiden, sondern nur seine ganze Nation, zu der er gehört, kann dies thun. Die Anwendung dieser Sätze, welche nichts sind als nothwendige Folgerungen aus dem Begriff der Volkssouveränetät und des Selbstbestimmungsrechts, verlangt in der „deutschen Frage" gegenüber dem inneren wie dem äusseren Particularismus und den uns von fremden Staaten entrissenen Bruchtheilen unsrer Nation keine nähere Erörterung. *Sapienti sat.*

Aber — wenn auch logisch haltbar und praktisch anwendbar, falls in dieser Weise festgestellt und geübt, so hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker doch noch eine weitere entscheidende Voraussetzung im Falle seiner wirklichen Anwendung: dass man sich nämlich allseitig freiwillig dem Ergebniss der Abstimmung fügt. Allein wo ist diese Voraussetzung bisher erfüllt worden! Die überstimmten nationalen Bruchtheile, die eine andere Stellung erhalten sollen, die fremden Nationen, welche ein

entgegengesetztes Interesse haben oder zu haben glauben, sie treten dem Resultate entgegen. Auch kreuzt sich so leicht der natürliche Begriff Volk gleich Nation mit dem politischen: Volk gleich Angehörige eines Staatsverbandes. Die Geschichte zeigt ja, die unseres deutschen Volks leider häufig genug, dass aus dem nationalen Staatsverband ausgeschiedene nationale Bruchtheile ein selbständiges Particularstaatswesen für sich bilden und mit Recht oder Unrecht dem einheitlichen nationalen vorziehen, wie unsere Baiern, Würtemberger, Sachsen, Hannoveraner, wie unsere Holländer, Schweizer, Vlämen. Ja, die Geschichte zeigt ja selbst, dass nationale Bruchtheile einem fremdnationalen Staate in politischer Beziehung eng verwachsen, wie die Elsässer und Deutsch-Lothringer Frankreich. Soll nun das Abstimmungsrecht von der Nation auch auf die Summe der Staatsangehörigen ausgedehnt werden? Im Falle der Bejahung wie der Verneinung: immer liegen dann Interessenconflicte der Nationen, der Staaten vor. Sie aber werden, wenn sie irgend bedeutende Interessen betreffen, nach aller geschichtlichen Erfahrung bisher nur durch das Schwert ausgeglichen und es scheint nicht, dass dem so bald anders werde. Dann entscheidet aber doch das Machtprincip, die Gewalt, das Machtrecht, das Eroberungsrecht und muss entscheiden. So wird es denn wohl auch in Betreff der Elsässer und Deutsch-Lothringer gehen und mit vollem Rechte.

Unsere deutschen Particularisten, die Gegner unseres Einen grossen nationalen Staats, einerlei ob Einheits- oder Bundesstaats, begehen aber bei ihrem Verlangen des freien Selbstbestimmungsrechts der nationalen Bruchtheile auch noch eine andere grade auf ihrem Standpuncte unlogische Willkürlichkeit. Die Abstimmungen sollen sich nur innerhalb jener ganz zufälligen historischen Staats- oder Provincialgebilde vollziehen, in welchen durch irgend eine geschichtliche Conjunctur einmal ein einzelner nationaler Bruchtheil

eine besondere politische Stellung erhalten hat. So sollten 1866 die „Nassauer", die „Churhessen", die „Hannoveraner", die „Schleswig-Holsteiner", sogar die „Frankfurter", so sollen jetzt wieder die „Elsässer und Deutsch-Lothringer" (folgerichtig wohl departementsweise!) über die Annexion abstimmen. Diese Staats- oder Provincialgebilde verdanken doch grade jenen Potenzen ihre Entstehung und Stellung, welche die Vertreter des Selbstbestimmungsrechts der Völker sonst stets verurtheilen: dynastische Hauspolitik, Erbrechte, Heirathsverträge, andrerseits Eroberungsrecht des Kriegs u. s. w. haben jene Gebilde geschaffen. Und diese letzteren sollen nun eine geeignete Grundlage bieten, um die Bevölkerung, welche zufällig in ihnen politisch vereinigt ist, darüber abstimmen zu lassen, ob sie an den Nationalstaat angeschlossen werden oder nicht?! Die Nation als Ganzes, unser deutsches Volk als Ganzes soll dabei nichts mitzusprechen haben! Dann ginge eben die Nation einfach politisch zu Grunde, wie sie ja in Deutschland mehr als einmal nahe daran war. Zeigt nicht die Erfahrung auch bei uns jedesmal, dass später die Annectirten, vor allem diejenigen des preussischen Staats, aber selbst die Bewohner der heutigen Mittel- und Kleinstaaten, ihr Loos gepriesen haben und kein Mensch die untergegangenen politischen Gebilde mehr bedauert? Und dennoch hätten bei einer früheren Abstimmung die Wenigsten ihren kleinen Particularstaat freiwillig aufgegeben. Beweist das nicht deutlich, dass die Leute tausendfach ihr wahres politisches Interesse verkennen?

Diejenigen Particularisten, welche das Selbstbestimmungsrecht zufälliger politisch vom nationalen Hauptstaat abgelöster Bruchtheile wenigstens etwas besser begründen wollen, stellen bekanntlich bei uns dem Nationalitätsprincip das Stammesprincip gegenüber. Wenn es nur bei uns Stammesstaaten gäbe! Es kann doch keinem vernünftigen Menschen einfallen, von einem „Stamme" der Hannoveraner, Würtemberger, Badener u. s. w. zu sprechen oder gar — obgleich es nicht

unsinniger wäre — die Lippe-Detmolder, Coburg-Gothaer oder Reusser älterer Linie als einen „Stamm“ zu proclamiren! Die deutschen Stämme sind ja im Gegentheil durch die bestehenden Einzelstaaten aufs Willkürlichste zerrissen. Keiner dieser Staaten, den heutigen preussischen ausgenommen, umfasst einen ganzen Stamm, sondern stets nur Bruchtheile eines solchen und wieder Bruchtheile anderer Stämme mit. Jeder dieser Staaten ist vielmehr ein Produkt der rücksichtslosesten Annexionspolitik, insbesondere jeder süddeutsche Staat. Daraus wird ihnen von unserem Standpuncte aus gar kein Vorwurf gemacht, denn auch ein Staat wie Würtemberg, das sein Gebiet durch die Annexionen der napoleonischen Zeit mehr als verdoppelte (von 166 auf 354 Qu.-M.), war immerhin ein grossartiger Fortschritt gegen das vor 1803 bestehende Elend der politischen Zersplitterung im ehemaligen schwäbischen Kreise. Nur möge man am Nesenbach bedenken, dass dieser Fortschritt bei der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der verspeisten Territorien unmöglich geblieben wäre. Oder wo war das elendeste Reichsdorf, die herabgekommenste Reichsstadt, die traurigste „Herrlichkeit“, die kleinste reichsgräfliche, bischöfliche, abtliche „Monarchie“, welche noch um 1801 ihre „Selbständigkeit“ freiwillig aufgegeben und sich irgend einem grösseren Territorium angeschlossen hätte? Und dennoch ging, Gott sei Dank, die Weltgeschichte über dieses elende Staatsgetrümmer hinweg.

Nein, das Entscheidende kann immer nur das Interesse der ganzen Nation, nicht das eines einzelnen Bruchtheils, auch nicht das des einzelnen „organischen Glieds“, des Stammes sein. Was man 1803 nicht verlangen konnte, bleibt auch heute unmöglich. Und sicherlich wird jetzt und in Zukunft der weltgeschichtliche Process der Neugestaltung des deutschen Nationalstaats nicht stille stehen, weil der Hannoveraner oder Schleswig-Holsteiner seinen Particularismus nicht sofort freiwillig überwindet, der entfremdete elsässische Alemanne noch geblendet ist vom Pariser Flittergold; oder — fügen

wir für eine fernere Zukunft hinzu — weil der Schweizer von der Zeit der „Bauernsiege über die Panzerritter“ und der Holländer von jener anderen träumt, da seine Admirale mit dem Besen am Mast die Themse hinauffuhren. Dem Wachenden gehört die Welt! —

Hat denn aber das Eroberungsrecht und die Annexionspolitik, welche sich nach ihm ohne Befragen der Bevölkerung vollzieht, wirklich so grosse Bedenken? Man darf getrost antworten: nicht im Geringsten, sobald jene Politik nur innerhalb der durch das Nationalitätsprincip gezogenen Schranken zur Anwendung kommt. In diesem Falle beweist die geschichtliche Erfahrung immer wieder, dass die Gewinnung der politischen Einheit für die Nation im Ganzen und für ihre einzelnen Theile ein unschätzbares Gut ist. Letzteres wird notorisch grade von den anfänglich feindseligen, particularistischen Elementen später selbst am höchsten geschätzt. Wo aber andrerseits das Eroberungsrecht über jene Schranken hinaus geübt wird, sehen wir fast niemals einen dauernden Staatsbestand geschaffen. Zeigt nicht jedes „Weltreich“ die Wahrheit dieses Satzes? Es ist wenigstens in der neueren europäischen Geschichte, wo die Völker sich so deutlich als selbständige Individuen fühlen, noch keinem Staate gelungen, lange gegen das Nationalitätsprincip seinen Bestand zu erhalten. Man denke an Spanien, Grossbritannien mit seinen ehemals französischen Besitzungen, das alte deutsche Reich, Frankreich unter Napoleon I., Oesterreich heute, — vermuthlich Russland in nicht ferner Zukunft.

Das Urtheil einer befangenen Minorität in der Gegenwart entscheidet nichts. Die spätere Erfahrung giebt den Ausschlag. In Deutschland zumal haben wir es immer erleben müssen, dass kurzsichtige particularistische Verblendung nicht leicht sofort überwunden wird. Man denke nur an die welthistorische Entwicklung des preussischen Staats und wie lange es gedauert hat, bis auch nur in einem grösseren Theil des deutschen Volks das Verständniss erwachte,

5*

dass Alles, was „Preussen grossmachte“ in Wahrheit Deutschland zu Gute kam. Mit Recht sagt Heinrich von Treitschke: „Alle grossen Thaten deutscher Politik vollzogen sich unter allgemeinem Heulen und Zähnklappen, von dem ersten kühnen Auftreten des grossen Churfürsten und der Eroberung Schlesiens an bis herab zur Gründung des Zollvereins und des Norddeutschen Bundes. Es bedurfte immer langer Jahre, bis die Nation sich an die neue Ordnung der Dinge gewöhnte.“ Freilich das Verständniss verbreitet sich Gottlob jetzt rascher. Hätte man die Nation schon 1866 als ein Ganzes ihre staatliche Gestaltung bestimmen lassen, wie man dieses Recht thörichter Weise für missleitete nationale Bruchtheile verlangt, wahrlich die grosse Mehrheit des gesammten deutschen Volks wäre für die Annexionen, für den Norddeutschen Bund, für die Uebertragung der ausschliesslichen militärischen und diplomatischen Leitung an Preussen gewesen. Lasset heute die Nation als ein Ganzes abstimmen, und das deutsche Reich ist fertig, „soweit die deutsche Zunge klingt“, d. h. es umfasst die in Mitteleuropa im räumlichen Zusammenhang liegenden Wohngebiete unseres Volks, ohne Rücksicht auf die inneren politischen Trennungen und auf die zufälligen Grenzen, welche im Deutschen Bunde Deutschland gegeben waren. Denn dadurch blieben im Westen grosse Gebiete unserer Nation nur zu unserem Schaden ausgeschlossen.

Selten sind die herrlichen Augenblicke im Leben unseres Volkes gewesen, die wir soeben genossen haben, — wo es den Blinden und Verblendeten wie Schuppen von den Augen fällt und in der Wallung der Leidenschaft der künstlich erregte Hass in Liebe, das lange genährte particularistische Vorurtheil sich in Einsicht verwandelt, wie jetzt bei den Annectirten und bei den süd- und norddeutschen Particularisten. Ob diese Stimmung anhält —, möchte es so sein, die Zeit wird es lehren. In der Regel muss erst die alte Generation abgestorben sein, die neue weiss das Errungene

zu schätzen. So hat es denn die deutsche Geschichte oft bewährt: die Zustimmung des Volks bildete die spätere Sanction der Annexionspolitik, nicht die erste Grundlage der Neugestaltung unseres Staats. Vielleicht eine unliebsame, aber eine richtige Beobachtung auch in unserem demokratischen Zeitalter.

So werden wir uns auch nicht zu scheuen brauchen, unsere alemannischen und fränkischen Landsleute im Elsass und Lothringen, auch gegen ihren Willen oder wenigstens ohne sie zu fragen, unserem Staate einzuverleiben. Der durch das Kriegsrecht Frankreich abgedrungene Friedensvertrag, in welchem dieses so Gott will seinen Raub wieder herausgeben muss, bildet gleichwohl einen besseren Rechtsboden für uns, als einst der westfälische und die folgenden Friedensschlüsse für Frankreich. Denn jetzt wird die Wiedervereinigung, früher ward die Trennung von Zusammengehörigem sanctionirt.

Eben darin aber liegt auch unsere beste Rechtfertigung gegenüber den Elsässern und Lothringern. Wir geben ihnen das höchste und werthvollste Recht eines Volks wieder: das Recht auf die ureigene Nationalität. Sie werden dieses Recht erst wieder schätzen lernen müssen, aber dazu wird es nicht langer Zeit bedürfen. Dann werden sie fühlen, welche Schmach das hochmüthige Frankreich ihnen anthat, das ihre Volkssprache zu einem *Patois* degradirte. Aus ihnen zog Frankreich einen guten Theil seiner besten Volkskräfte, für sein wirthschaftliches und sein geistiges Leben, selbst für sein Heer. Welche Generäle gegen ihre eigene Nation haben Elsass und Lothringen Frankreich geliefert, von Kleber und Ney bis zum jetzigen Strassburger Kommandanten herab. Aber was war der Lohn? Ein kümmerlicher Antheil an der *gloire* und das Recht, sich Franzose zu nennen und dennoch als solcher nirgends für voll zu gelten! Die Muttersprache verkümmerte ihnen das politische Vaterland und mit ihr auch das eigene selbständige geistige Leben! Denn ausserhalb der Muttersprache ist ein solches höchstens für

verschwindende Einzelne möglich. Hochdeutsch zumal wurde von Oben scheel angesehen, nur der Dialekt noch eher geduldet. Man wusste wohl, dass ein Volksstamm, welcher erst einmal auf seinen Dialekt beschränkt ist, sich eher von seiner Nation loslöst. Denn es verliert sich zwischen ihm und ihr die wechselseitige geistige Befruchtung. Darunter leidet die ganze Nation mit, aber der isolirte Stamm verkümmert allmälig völlig. Sehen wir das nicht an den belgischen Deutschen, den Vlämen? Treten nicht immer deutlicher Spuren davon bei den Holländern hervor, welche sich freilich sogar zu der eitlen Anmaassung versteigen, eine selbständige germanische Nationalität neben den Deutschen, etwa gleich den Scandinaven, zu bilden! Und dennoch sind sie nur ein deutscher Volksstamm, dem es durch günstige Umstände gelungen ist, den Stammesparticularismus zum politischen Siege zu führen, nur ein Stamm, welcher seinen hässlichen Dialekt zur Schriftsprache ausbildete. Noch ist es nicht gelungen, anzugeben, wo die „holländische Sprache" beginnt und aufhört, so unmerkbar sind auch hier die dialektischen und Stammesübergänge zwischen dem holländischen und anderen deutschen Dialekten und Stämmen. Holland verdankt seiner Erhebung des Dialekts zur Schriftsprache aber wesentlich mit die immer mehr hervortretende Verknöcherung und Entgeistigung seines Volksthums. Aehnlich geht es überall in solchen Fällen. Selbst in der Schweiz drohte in der particularistischen Cultivirung des „Schweizer-Deutsch" etwas Gleiches, wenn ein günstiges Schicksal nicht im Hochdeutschen die Verbindung mit der Nation erhalten hätte. Elsässer und Lothringer mögen aus allen diesen Analogien entnehmen, was ihrem Volksthum bevorstand.

Wie traurig ist es für ein Volk auch, wenn die gebildeten Classen immer mehr eine fremde Sprache als die „feinere" sprechen und so eine Menge geistige Beziehungen zwischen den oberen und unteren Classen abgeschnitten, eine Menge Canäle, in welchen sich die Bildung von Oben nach Unten

ausbreitet, verstopft werden. Die böse Kluft zwischen Hoch und Nieder, Reich und Arm wird dadurch unendlich erweitert. Freilich wird ein Theil des Volks zweisprachig, braucht die eine Sprache in der Familie, die andere im Geschäfte u. s. w. Aber es scheint ein Grundgesetz des menschlichen Wesens zu sein, dass Niemand zwei Sprachen gleichmässig gut benutzen kann, wenn er es sich auch oft einbildet. Eine leidet immer, meistens beide zugleich. Ferner hat das Wort doppelzüngig nicht ohne Grund eine böse Nebenbedeutung. Der Volkscharakter der Grenzbevölkerungen, der zweisprachigen Bevölkerungen überhaupt wird selten gerühmt. Was so gegen die Natur wie der regelmässige Gebrauch zweier Sprachen neben einander, scheint auch in geistiger und sittlicher Beziehung nicht gut zu wirken. Wenn ein Volk seine Muttersprache verachten lernt, wie dies bei den Elsässern und Lothringern durch die französische Regierung künstlich befördert ist, so sinkt sein sittlicher Werth. Es ist auch eine Sünde gegen das vierte Gebot. Verstellung, Lüge, Eitelkeit, Aufschneiderei und Komödienhaftigkeit gehen mit solchem Wesen Hand in Hand. Kleinigkeiten sind dafür oft charakteristisch, wie z. B. die Verwelschung der deutschen Namen im Elsass, etwa ein Zingerle zum Seinguerlet sich herausputzend.

Ja, es ist hohe Zeit, dass Elsass und Lothringen wieder deutsch, wieder sich selbst zurückgegeben werden! Aber Gottlob es ist auch noch Zeit. Die Verwelschung hat doch erst begonnen, der Kern, zumal der unteren Massen des Volks, ist noch deutsch, das Fremde lässt sich bald wieder abstreifen. Die älteren Leute freilich werden wohl bis zum Grabe schmollen, wie in Hannover und sonstwo. Schade, dass sie sich ihren Lebensabend verbittern, statt sich wie Moses zu freuen, dass es ihnen noch vergönnt ist, das gelobte Land, das grosse einige deutsche Vaterland wenigstens noch aus der Ferne zu sehen. Aber es scheint, dass auch hier ein Gesetz der menschlichen Entwicklung vorliegt und die Alten sich nicht mehr bekehren können. Die Jüngeren,

welche jetzt in der Kraft der Jahre stehen, werden früher Einsicht gewinnen. Die Knaben und Mädchen aber, welche jetzt mit ihren Eltern vor den einrückenden Deutschen, ihren Landsleuten, in die Wälder flüchten — sie werden als Männer und Frauen, als Väter und Mütter einst mit uns den 6. August 1870 feiern, — kein welsches Napoleonsfest, ein deutsches Auferstehungsfest unseres Nationalstaats! Es wird gehen, wie in preussisch-Sachsen: die Naumburger Knaben, welche die preussischen Fahnen mit Koth bewarfen, sind später auch zu echten preussischen Männern herangereift, welche keine Gewalt mehr von dem endlich gewonnenen Vaterland abreissen kann. Ein Vaterland haben unsere Landsleute in Frankreich doch nicht besessen, dazu war bei ihnen selbst und nicht minder bei den Franzosen die Empfindung des nationalen Gegensatzes zu mächtig. Nein, seien wir getrost, auch Elsass und Lothringen werden die Annexion des Jahres 1870 an Deutschland einst segnen.

VII.

Von den neutralen Zwischenstaaten zwischen Deutschland und Frankreich und von der Erhebung Elsass-Lothringens zu einem solchen.

Das Hauptziel dieses uns aufgedrungenen Kriegs ist für Deutschland, an unserer Westgrenze einen Zustand zu schaffen, der uns und damit Europa Ruhe und Sicherheit vor französischer Unruhe und Anmaassung gewährt. Das beste Mittel, dies zu erreichen, ist die Wiedereinverleibung des Elsass und Deutsch-Lothringens in unsern nationalen Staatsverband. Dadurch wird zugleich eine alte Schmach unserer Nation gesühnt und zu unserem wie der Nichtbe-

theiligten Vortheil ein nicht unwichtiger Theil unseres Volkes wieder politisch und culturlich eng mit uns verbunden. Durch eine natürlichere Grenze werden Deutschland und Frankreich von einander getrennt, also auch Anlässe zu neuen Verwicklungen mehr beseitigt. Das ist für das wahre Beste Frankreichs ebenso gut als für uns selbst ein Gewinn, und die Ruhe Europa's und der Welt wird dabei gleichfalls verbürgt. Wenn es sich um irgend ein anderes Volk und Land als Deutschland handelte, so wäre es bei jenem selbst, bei seinem besiegten Gegner und bei den „neutralen Zuschauern" denn auch selbstverständlich, dass Provinzen wie Elsass und Lothringen einverleibt werden. Wäre das betreffende Land ein Föderativstaat wie Deutschland, so würde ihm doch überlassen bleiben, auf welche Weise es ihm am besten dünkt, die neuen Provinzen sich politisch einzufügen.

Aber leider! es handelt sich um Deutschland, das durch ein halbes Jahrtausend der Zersplitterung und Ohnmacht das Recht selbst gegenüber dem Schwächsten eingebüsst hat, seine Geschicke allein zu bestimmen! Obgleich wir den Krieg allein ausfechten, kommt das „übrige Europa", das uns seit Jahrhunderten berauben und misshandeln liess, und will abermals mit hinein reden. Wenn es selbst die Abreissung des Elsass und Lothringens von Frankreich zulässt, so will es wenigstens das Geschick dieser Länder mit bestimmen. Nun, glücklicher Weise, Deutschland ist in der Lage, die unberufene Einmischung des Auslandes von sich zu weisen und nach seinem Interesse allein zu beschliessen, was mit Elsass und Lothringen werden soll.

Jedoch eine einfache und klare politische Entwicklung scheint Deutschland eben einmal immer möglichst erschwert zu werden. Ist der Feind besiegt, das unbetheiligte Ausland zur Ruhe verwiesen, so erhebt sich der innere Zwiespalt und politische Unverstand, um abermals den politischen Gewinn für die Nation soviel es geht zu schmälern. Unglaublich, aber

wahr: in Deutschland selbst sind bereits wieder angesehene Stimmen aufgetreten, wonach aus Elsass und Lothringen ein neuer selbständiger neutraler Zwischenstaat an unserer Westgrenze zwischen uns und Frankreich gebildet werden soll! Natürlich bemächtigt sich die fremde Diplomatie, wie es heisst z. B. die englische, eines solchen Gedankens. Ebenso erfreut sich derselbe rasch der Anerkennung bei jenen reichsabtrünnigen Deutschen, welche bereits so „glücklich" sind, einen neutralen Staat für sich abgetrennt von ihrer Nation zu besitzen, bei den Schweizern.

Mir scheint, dass die Verwirklichung dieses Gedankens heller Wahnsinn ist. Sie verstösst gegen das Interesse Europa's, Deutschlands und des Elsass selbst in höchstem Maasse, ebenso gegen dasjenige Frankreichs, wenn man es nicht von vornherein für letzteres günstig nennt, dass ihm die Provinzen bald wieder zufallen oder es einen neuen Krieg um sie wenigstens demnächst zu beginnen wieder versucht ist. Die Empfehlung eines solchen neutralen Staats für Deutschland von deutscher Seite ist nichts Anderes als Preisgebung der deutschen Sache. Das haben die Urheber des Gedankens natürlich nicht im Sinne, aber die praktische Folge ihres Plans ist keine andere.

Käme es wirklich zu einem neutralen „Königreich Lothringen" oder dergleichen, so würde in einem ungeheuer wichtigen Beispiel nur wieder der Beweis geliefert, dass die Völker aus der Geschichte, und wäre es wie hier eine tausendjährige, nichts, aber auch gar nichts lernen.

Was führt man denn für den Plan an! „Dass es für Frankreich leichter wäre, in die Abtretung zu willigen, auch weniger demüthigend." Brauchen wir bei uns Anwälte, dass Frankreich Demüthigungen erspart werden! Freilich seine Einwilligung wäre leichter, denn die Aussicht, die Provinzen bald wieder sein zu nennen, wäre gesicherter. — „Europa willigt ebenfalls leichter ein," — gewiss, denn der Plan ist gegen unser Interesse und abermals behalten

wir eine offene Westgrenze. „Elsass und Lothringen selbst werden lieber einen neutralen Staat bilden, der dann wohl auch Französisch-Lothringen umfasst.“ Mag sein, aber das Deutschthum drüben ist dann ebenso preisgegeben wie das der Vlämen in Belgien. Es entwickelt sich abermals so ein nationales Zwittergebilde wie dieses Belgien, das keine Lebenskraft besitzt und keine Berechtigung dauernder politischer Selbständigkeit hat, weil dazu gar keine innere Nothwendigkeit vorliegt.

„Die ganze deutsch-französische Grenze ist dann durch ein System kleiner, meistens völkerrechtlich für neutral erklärter Staaten besetzt. Diese dienen als Puffer zwischen den beiden grossen Völkern, trennen beide und beseitigen dadurch Gelegenheit zum Streit. Der Grund der französischen Eifersucht auf die deutsche Einheit fällt fort, denn Frankreich ist vor Deutschland durch diese Zwischenstaaten geschützt. Ebenso aber bilden letztere eine sichere Deckung für Deutschland gegen französische Rheingelüste.“

Schade, dass eine tausendjährige Geschichte das stricte Gegentheil dieser Sätze lehrt und schade, dass diese Zwischenstaaten im gegenwärtigen und in dem durch den Beitritt Elsass-Lothringens erreichten Umfange grösstentheils nur aus unserer Nation und aus unserem natürlichen Staatsgebiete herausgeschnitten sind, d. h. dass wir uns die Deckung gegen Frankreich verschaffen sollen, indem wir die Länder, nach denen es ihm gelüstet, zwar nicht ihm selbst ausliefern, aber doch von vornherein grossentheils von uns abtrennen — einem Flüchtenden gleich, der sich vor dem Räuber fürchtet und seinen Beutel lieber ins Meer schleudert. Herrliche und muthige deutsch-nationale Politik das!

Die ganze Idee eines Systems kleiner selbständiger Zwischenstaaten zwischen Frankreich und Deutschland ist nichts Andres als eine neue, aber noch verschlechterte Auflage des politischen Gedankens, der einst — wenn auch ursprünglich in Folge rein dynastischer Erwägungen — in dem alten

lotharingischen Reiche der Theilung von Verdun, (6. Aug. 843) verwirklicht war. Jenes Rhein-Rhone-Reich, das von der Nordsee zum Mittelmeer reichte, Bestandtheile beider Nationen ohne jede Rücksicht auf geographische Lage und Zusammengehörigkeit, auf Flussgebiete, Bergzüge, auf natürliche Grenzen vereinigte, aber doch wenigstens anfangs Ein Staat sein sollte und nicht nur oder nicht vorzugsweise aus unserem Gebiete, also nicht bloss auf unsere Kosten gebildet war! Dieses Reich müsste wenigstens für die deutschen Vertreter des deutsch-französischen Zwischenstaatssystems ein wahres Ideal sein. Für neutral liesse es sich am Ende auch erklären, — mit denselben Folgen wie in anderen Fällen, d. h. dass die Neutralität nur so lange gewahrt wird, als es dem Lande selbst oder Dritten zweckmässig erscheint.

Wie hat sich aber nun die Verwirklichung dieser Zwischenstaatsidee geschichtlich bewährt? Man sagt nicht zu viel, dass grade diese, ja nur diese unglückliche politische Schöpfung, das alte Lotharingien und seine späteren Theilstaaten, seit nunmehr einem Jahrtausend der Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich gewesen ist. Hätte man im 9. Jahrhundert oder später diese Zwischenländer möglichst nach Lage, Sprache, Naturgrenzen zwischen beiden Staaten getheilt und so eine den beiderseitigen billigen Ansprüchen angemessene politische Grenze geschaffen, so wäre muthmaasslich ein blosser Annexions- oder Grenzstreitkrieg zwischen beiden Völkern seit lange nicht mehr vorgekommen — und wenigstens die Urenkel des 19. Jahrhunderts brauchten ihr Blut nicht mehr für die politische Thorheit ihrer Urahnen zu verspritzen.

Die Geschichte Lotharingiens und seiner späteren einzelnen mehr oder weniger selbständigen Theile ist im Einzelnen ja durch dynastische und Lehensverhältnisse u. s. w. wie überall im Mittelalter bestimmt worden. Aber wie ein rother Faden zieht sich doch durch diese ganze Geschichte

das sichtbare Bestreben Frankreichs und Deutschlands, bei der eigenen staatlichen Lebensunfähigkeit Lotharingiens und vollends seiner einzelnen Theile und bei der willkürlichen Abreissung der letzteren von den Gebieten der beiden grossen Völker, möglichst viel von diesen Zwischenländern in den eigenen Staatsverband einzufügen. Ein Staat ohne Macht ist ein Schwert ohne Klinge. Selbst ganz Lotharingien wäre bei seiner Lage und Gestalt ewig zu ohnmächtig gewesen, seine Selbständigkeit aufrecht zu erhalten, vollends waren dieses die einzelnen Theile, in die es sich bald auflöste, mochten dieselben zeitweise auch wieder in grösserem oder geringerem Umfange, wie in den verschiedenen burgundischen Reichen, in einem politischen Verband vereinigt sein. Je nach dem Stande der Staatsmacht Deutschlands oder Frankreichs trat ein grösserer oder geringerer Theil des lotharingischen Gebiets in nähere oder weitere, längere oder kürzere Verbindung mit dem Ost- oder Westreich. Aber weil auch dabei keine Rücksicht auf die geographische Lage, auf die Nationalitäten, deren Gegensatz allmälig mit der völligen Romanisirung der Burgunder und Westfranken schärfer ward, genommen, weil ferner das lotharingische Gebiet im Bewusstsein der Völker und Staaten lange Zeit hindurch nicht zum eigentlichen Gebiete von Deutschland oder Frankreich gerechnet wurde, auch wenn es damit in einer bestimmten Epoche vereinigt war, so fehlte es eben niemals an neuer Versuchung oder neuem Vorwand zum Kriege. Mit solchen Kriegen ist das Jahrtausend vom 9. bis zum 19. Jahrhundert erfüllt.

Erst nach und nach traten in dem ehemals lotharingischen Gebiete definitive an Stelle der ewig wechselnden provisorischen politischen Gestaltungen. Die Natur der Dinge, d. h. Lage der Länder und Nationalität der Bevölkerungen, entschied endlich im Ganzen doch auch hier. Frankreich kam es zu Gute, dass es seine Staatseinheit früher erlangte, Deutschland büsste auch hier für seine Zersplitterung. Die

südburgundischen Länder von den Vogesen und der Saone südlich bis zur Rhonemündung, östlich bis zum Jura und den Savoyer, Cottischen und Seealpen kamen definitiv an Frankreich, zu welchem sie nach der Lage und Nationalität gehörten. Die nördlichen Länder, die (halb französische) Westschweiz, die mit dieser verbundene, schon im 9. Jahrhundert zum Reiche Ludwigs, also zu Deutschland gehörende Mittel- und Ostschweiz, Elsass und Lothringen, die heutigen deutschen Rheinlande, Lützemburg, Belgien und Holland (Nordburgund) gelangten an Deutschland, wohin sie nach Lage, Naturgrenzen und Nationalität wenigstens grösstentheils gehörten.

Allein Deutschland blieb ja noch Jahrhunderte das mittelalterliche Staatswesen, dessen einzelne Bestandtheile nur durch einen losen Verband zusammengehalten waren und sich schliesslich ganz von einander lösten. Wie im Innern, so siegte auch in den Westländern Deutschlands, die ehemals zu Lotharingien oder Burgund gehört hatten, der Particularismus. Nicht ohne besondre Mitschuld des Hauses Habsburg, das ja seine Unglückshände überall dabei hatte, wo Deutschland im Westen Land verlor: in der Schweiz, Elsass, Lothringen, Belgien, Holland! Aber andrerseits wusste Frankreich sein altes Spiel zu treiben. Während wir ihm das ihm gebührende romanische Süd-Lotharingien oder Südburgund endgiltig überliessen, blieb das germanische Nordburgund in Frankreichs Augen immer noch streitig, weil es in einzelne halb selbständige Theile zerfiel und Deutschland die Macht nicht besass, was sein war, zu behaupten. Theils wusste sich Frankreich auch hier noch selbst Gebiete zu annectiren, wie Elsass, Lothringen, Flandern, von den ephemeren weiteren Erwerbungen zu schweigen; theils unterstützte es nach Kräften die particularistischen Abtrennungsgelüste, wie in der Schweiz. Was Wunder, dass letztres Land noch heute, noch in diesem Kriege mit seinen Sympathien auf französischer Seite steht.

Die „rothen Hosen“ von einst und jetzt waren ja immer der Trost unserer deutschen Particularisten und etwas Andres sind die Schweizer doch vom deutsch-nationalen Standpuncte nicht. Dass die Schweiz und Holland durch ihre geographische Lage die politische Selbständigkeit eher vollständig durchsetzen und länger behaupten konnten, dass sie von schlechten und unfähigen Herrschern sich zu befreien hatten, das erklärt wohl die heutige politische Stellung dieser deutschen Particularstaaten, aber es rechtfertigt sie ihrer Nation und ihrem Vaterlande, d. h. eben dem deutschen Volk und Staat gegenüber, kaum für einzelne Geschichtsepochen des 16. und 17. Jahrhunderts, wahrlich aber niemals auf die Dauer.

Die Weisheit und deutschfeindliche Tendenz des Wiener Congresses wusste nichts Besseres zu thun, als diese beiden reichsabtrünnigen deutschen Länder in ihrer Selbständigkeit zu erhalten, ja sie in ihrem Territorialbestand noch auf unsere Kosten zu vergrössern! Um nur Preussen nicht emporkommen zu lassen, ward Holland um das Doppelte erweitert, indem ihm die ehemals spanischen, im 18. Jahrhundert wieder österreichischen Niederlande nebst dem Gebiet des (bis 1801!) deutschen Bisthums Lüttich, also lauter deutsche Reichslande überwiesen wurden. Oesterreich war ja für die Preisgebung dieses noch heute zu fünf Achteln deutschen (vlämischen) Landes schon früher durch — italienisches Gebiet entschädigt und so blieb es 1814 und 1815! Holland sollte die Wacht am Rhein für Deutschland übernehmen und gleichzeitig jene schöne Idee vom Zwischenstaatspuffer zwischen Frankreich und Deutschland verwirklichen! Wie kläglich dieser verkrämerte deutsche Mittelstaat Fiasco in jeder Hinsicht machte, wie er sich gegen sein Mutterland Deutschland seit lange und bis in die neueste Zeit benommen, wie er den deutschen Strom mittelst eines Advocatenkniffs, den der deutsche Bund sich gefallen liess, versperrte; wie Holland aber durch die politische und geistige Isolirung doch selbst allmälig verkommt und sogar

im Handel von Hamburg allein bei Weitem überflügelt ward, das ist Alles bekannt. Auch dafür hat dieses Land den Beweis geliefert, dass freilich ein kleiner deutscher Mittelstaat nicht dazu angethan ist, um geschichtliche und angestammte Gegensätze wie die zwischen holländischen und belgischen Deutschen oder gar die zwischen Holländern und Wallonen zu überwinden, vollends wenn sie wie im letzteren Fall durch schroffe confessionelle Gegensätze noch verschärft sind.

Die Schöpfung des holländer Rheinwächterstaats ging von allem, was der Wiener Congress geschaffen, zuerst zu Grunde. Belgien trennte sich. Aber von seiner erneuten Verbindung mit Deutschland war keine Rede. Ein neuer schwacher Zwischenstaat ward aus ihm hergestellt, dem durch die europäische Garantie seiner Neutralität das Dasein und die Dauer gewährleistet werden sollte. Deutschland konnte sich damit wenigstens insofern eher zufrieden geben, als Belgien zur Hälfte (nach dem Flächenraum) in seinem wallonischen südlichen Theil französisches Sprach- und Nationalgebiet darstellte. Dieser Staat ist also doch nicht wieder ganz aus unserem Fleisch und Blut herausgeschnitten. Aber leider verlor Deutschland bei der Grenzregelung Wallonisch-Luxemburg nebst einem Streifen von Deutsch-Lützemburg (Arlon), ohne dafür in Limburg einen genügenden und dauernden Ersatz zu erhalten.

Auch Deutsch-Lützemburg trat als vierter dieser kleinen Zwischenstaaten im Jahre 1867 einstweilen aus dem politischen Verband mit Deutschland heraus, steht aber doch wenigstens noch im deutschen Zollverein und damit in unserer Volkswirthschaft.

Von dem grossen lotharingischen Reiche des 9. Jahrhunderts und selbst von dem spätern vorwiegend germanischen nördlichen Theile dieses Reichs (Nordburgund) ist daher nur ein sehr kleines Gebiet definitiv in den Staatsverband der deutschen Nation eingetreten: Theile der preussischen Rheinprovinz und der baierischen Rheinpfalz (das

linksrheinische Gebiet von Speier, Worms und Mainz, daher namentlich das heutige Rheinhessen, war bekanntlich schon 843 zu Deutschland geschlagen). Auch diese Landstriche aber werden noch heute von französischer Begehrlichkeit für Frankreich in Anspruch genommen!

Die Neugestaltung Deutschlands endete 1815 damit, dass ihm von Lotharingien nicht mehr als das eben Genannte verblieb. Frankreich behielt dagegen Alles, was es seit Jahrhunderten annectirt hatte! Für die kleinen Abtretungen an der Saar und in der Pfalz blieben ihm die kleinen bis 1792 im Elsass und Lothringen enclavirten deutschen Reichslande. Die deutschen Particularstaaten, welche sich auf dem Boden des zum Reiche gehörenden Lotharingiens oder selbst auf von jeher ganz deutschem Territorium gebildet hatten, wurden wieder hergestellt, wie Holland, oder erhalten, wie die Schweiz, beide als selbständige Staaten ausser jedem Verband mit Deutschland.

Ja, um ihnen bessere Grenzen zu geben, ohne irgend eine Rücksicht auf Deutschland, auf die Grenzbevölkerung, auf die volkswirthschaftlichen Interessen, wurde ihnen auf Kosten Deutschlands eine Grenzregulirung zugestanden oder die in der französischen Revolutionszeit erlangte ihnen beizubehalten gestattet. Auch nicht einmal eine Compensation durch kleine Gebietsaustausche erhielt Deutschland. So bekam Holland einen ehemals preussischen Landstrich auf dem linken Ufer der Maas, einen Theil von Geldern, definitiv und — es ist wahrhaft haarsträubend — mit Hilfe englischer Einflüsse wurde die Grenze der preussischen Rheinprovinz im Westen auf einer Strecke von 10—12 Meilen immer bis auf ½—1 Meile ganz von der Maas nach Osten weggedrängt!! Nach der Regelung der belgisch-holländischen Verhältnisse trat hier zwar die holländische Provinz Limburg im Jahre 1839 in den Deutschen Bund, wodurch politisch diese Maaslinie für Deutschland wiedergewonnen und zum Theil westlich überschritten wurde. Aber im

Zollverein war dieses Land nicht und 1866/67 haben wir es, bisher ganz ohne Entschädigung, wieder verloren. Ein Gegenstück zu diesen Dingen im Nordwesten, bietet die Schweiz im Südwesten. Sie behielt das ehemals österreichische Frickthalgebiet auf dem linken Rheinufer und in geographischer Beziehung mit Recht; sie bekam ausserdem das bischöflich Basel'sche Gebiet von Porrentruy (Pruntrut). Sie durfte sich sogar 1848 und später Neufchatel (Neuenburg) annectiren, sie, die stets gegen Gewalt ist und ihre Neutralität hochhält, und wiederum mit Rücksicht auf geographische Lage und Nationalität mag selbst diese Einverleibung gebilligt werden. Aber um so mehr wäre es 1815, 1848 und noch heute von deutscher Seite doch wahrlich ein gemässigter Anspruch gewesen, dass die Schweiz an Deutschland Gebietsentschädigungen gäbe, um wahrhaft unleidliche Grenzverhältnisse zu verbessern. Statt dessen wurde der Rhein von Constanz bis Basel zwar in der Hauptsache die Staatsgrenze, aber Stein, Schaffhausen, Eglisau und Kleinbasel blieb auch auf dem rechten Rheinufer schweizerisch und zerschnitt in willkürlichster Weise das deutsche Gebiet. So wurde das grosse Deutschland behandelt!

Was ist nun das Ergebniss dieser langen geschichtlichen Entwicklung? Aus dem ehemaligen Lotharingien sind vier Zwischenstaaten zwischen Deutschland und Frankreich übrig geblieben, drei davon werden durch die Künstelei der Neutralitätserklärungen dauernd zu erhalten gesucht. Kein einziger, alle vereint nicht haben eine eigene auf ihre Macht begründete staatliche Lebensfähigkeit. Sie bestehen „durch die Eifersucht der Mächte.“ Die bestimmten geschichtlichen Ursachen, welche einst die politische Selbständigkeit der Schweiz und Hollands schufen und insofern halbwegs rechtfertigten, sind seit lange nicht mehr wirksam. Die geographische Lage beider ist heute ebenso wenig mehr dafür entscheidend. Eine selbständige culturliche Bedeutung hatten sie doch immer nur in bescheidenem Maasse, die ein-

stige wirthschaftliche und politische hat Holland längst unwiederbringlich verloren. So: *cessat causa cessat effectus*. Aber wir Deutschen greifen ja nirgends gewaltsam ein. Kein Mensch denkt in Deutschland an Annexion der Schweiz und Hollands, die Dinge werden sich schon weiter entwickeln, nur das sollte schon jetzt ein politisches Axiom unseres Volks werden: ein besonderes Interesse an der Erhaltung der Selbständigkeit der Schweiz und Hollands haben wir nicht.

Endlich sollten wir doch einmal darüber klar sein, dass diese Zwischenstaaten nach geographischer Lage, Nationalität, volkswirthschaftlichen Interessen naturgemäss ein Theil Deutschlands sind. Ihre Abtrennung von uns ist nichts Anderes als eine besondere Seite unserer leidigen politischen Zersplitterung. Wie wir durch letztere bisher im Innern geschwächt waren, so durch die Lostrennung unserer westlichen Reichslande gleichfalls. Wenn sie auch nicht als französische Gebiete direct unsern Feind verstärkten, immer schwächten sie doch unsere eigne Macht. Nur bei Belgien und der französischen Schweiz ist es anders, weil hier der Nachtheil theilweise Frankreich trifft, weshalb wir denn auch ein Interesse haben diese Theile intact zu erhalten. Wie sehr wir aber an Staatskraft immerhin durch die politische Abtrennung jener westlichen Länder verloren haben und in wie viel höherem Grade als Frankreich durch die Zugehörigkeit des wallonischen Belgiens und der französischen Schweiz zu den Zwischenstaaten, das zeigt folgende Uebersicht deutlich:

	Grösse Qu.-M.	Davon Sprachgebiet deutsch	Davon Sprachgebiet nichtdeutsch	Bevölkerung (Tausende)	davon deutsch (Tausende)	davon nichtdeutsch (Tausende)
Holland (1867)	596	596	—	3592	3592	—
Lützemburg (1867)	47	47	—	200	200	—
Belgien (1866)	537	258	279	4829	2694	2135
Schweiz (1860)	749	435	314	2510	1765	745
Summa	1929	1336	593	11131	8251	2880

Vom nichtdeutschen Sprachgebiet in der Schweiz sind aber bloss 175 Qu.-M. mit 578,000 Einw. französisch. Es ist uns also an unserer Westgrenze von unserem natür-

lichen Staats- und Nationalgebiet mehr als dreimal soviel abgerissen, als Frankreich von dem seinen an seiner Ostgrenze.

Wie gesagt, abgesehen von Lützemburg, das sobald als möglich wieder mit Deutschland zu verbinden ist, handelt es sich nicht darum, die Selbständigkeit der Schweiz, Hollands und Belgiens deutscher Seits in Frage zu stellen. Nur werden wir mehr die Interessen Belgiens, Frankreich diejenigen der beiden ersteren vertreten und begreiflicher Weise stehen die Sympathien in diesen Particularstaaten ja auch in diesem Kriege so. Das Einzige, was jetzt zu wünschen bleibt, ist eine kleine Grenzrectification auf vertragsmässigem Wege, durch welche der Rhein von Constanz bis Basel, die Maas etwa von Masseik bis Mook die Grenze wird und das deutsche Gebiet von Arlon an Deutschland zurückfällt. Als Compensation bietet sich eine Grenzrectification an der schweizerischen und belgischen Grenze auf Kosten Frankreichs, die übrigens keineswegs bedeutend zu sein brauchte. Holland und die Schweiz stehen mit Limburg und Neuenburg noch im deutschen Schuldbuche. Durch eine solche Grenzrectification gewännen beide Theile, Grund zum Streite würde beseitigt, für den Verkehr, die Communicationen und die militärischen Interessen wäre der Gewinn gross. Verhältnisse, wie sie an der badisch-schweizerischen Grenze auch jetzt wieder in diesem Kriege hervortraten, sind unleidlich und man sollte meinen, die Schweiz selbst hätte das höchste Interesse, solche Gelegenheiten zu Conflicten aus dem Wege zu räumen. Grenzregelungen dieser Art wird kein vernünftiger Politiker „Menschenschacher" nennen, sie schaffen allein gute Nachbarschaft auf die Dauer. Freilich muss man in der Schweiz nicht mit jenem albernen steifleinenen Republikanerdünkel kommen, der in seiner Weise grade so fade ist wie der Hyperroyalismus, als ob „republikanische Mannen" nicht „Fürstenknechte" werden dürfen u. dgl. m. Diese eingebildete Ueberlegenheit kann

jeden Kenner der Verhältnisse nur anwidern. Kurz, bei einigem beiderseitigen guten Willen kann das Verhältniss Deutschlands zu Holland und der Schweiz wie zu Belgien ein dauerhaft befriedigendes bleiben, denn unsere Nation trägt ja dem „geschichtlich Gewordenen" stets Rechnung. An der westlichen Südgrenze der Rhein, an einem Theil der nördlichen Westgrenze Deutschlands die Maas als Staatsgrenze, das ist nach den heutigen politischen Verhältnissen das Beste. Freilich auch Stromgrenzen, die an sich gewiss nicht gut sind, und die wir im Elsass verwarfen. Allein wenn sie denn einmal nicht zu vermeiden sind, dann doch lieber sie ordentlich durchführen, als auch hüben noch Fetzen Landes zum fremden Staate legen! So würde dann der Rhein von Basel bis Emmerich Deutschlands Strom, seine Quellen und sein Mündungsgebiet blieben den abgefallenen deutschen Particularstaaten.

Aber wenn Deutschland auf diese Weise denn auch in ererbter Uneigennützigkeit die historischen Entwicklungen fortdauernd anerkennt, obwohl sie sich grösstentheils auf seine Kosten vollzogen haben, so wäre es doch wahrlich eine starke Zumuthung, dass es nun abermals aus seinem deutschnationalen Gebiet einen elsässisch-lothringischen neutralen Zwischenstaat sich bilden lassen soll! Nein, es ist wahrlich genug an der Schwächung, welche wir durch die Abreissung jener drei anderen Staaten bereits erlitten haben. Diese biederen Schweizer, wie oft haben sie Gewehr bei Fuss an der Baseler Brücke gestanden, mit Gemüthsruhe die Verheerung der Gaue ihrer deutschen Nachbarn angesehen und dann noch gar ob der deutschen Ohnmacht uns verhöhnt. Und wie sie im Süden, so machten es auch die Holländer im Norden. Was Wunder, dass die Mutter Germania erniedrigt ward, wo keiner ihrer Söhne drinnen und draussen ihr Recht vertrat. Soll das nun mit den elsässer Alemannen ebenso gehen wie mit den schweizerischen? Nein, dafür sind die Ströme Bluts in diesem Kriege nicht geflossen.

Ist wirklich ein „deutsch-französisches neutrales Grenzländersystem" so nöthig zur Ruhe Europa's oder etwa gar — zur Sicherung Frankreichs, nun, dann gehe man auch folgerichtig einen Schritt weiter und verwirkliche dieses politische Axiom nicht nur gegen, sondern auch für uns, nicht nur auf unserem, sondern auch auf französischem natürlichen National- und Staatsgebiet. An Französisch-Lothringen genügte es nicht: dann mache man auch aus den südburgundischen Ländern, aus dem ganzen heutigen südöstlichen Frankreich, wie aus dem westlichen Deutschland wieder Zwischenstaaten und erkläre sie für neutral, Provence, Dauphiné, Bugey, Franche-Comté, Savoyen (an dessen Neutralisirung in Chablais und Faucigny zu Gunsten der Schweiz Deutschland sonst kein weiteres Interesse hat und dessen Rückfall an Italien dem Princip der natürlichen Grenzen und den Nationalitätsverhältnissen widerspräche) u. s. w.

Frankreich wird sich für eine solche Durchführung jenes Princips bedanken und einen derartigen Vorschlag für wahnwitzig erklären. Und mit Recht, von seinem Standpuncte aus. Aber Deutschland wagt man einen ganz ähnlichen Vorschlag zu machen, ja seine eigenen Kinder treten zuerst damit hervor!

Und wenn heute wieder lauter neutrale oder nicht neutrale Zwischenstaaten in den deutsch-französischen Grenzländern geschaffen würden, was wäre die Folge? Ein zweites Jahrtausend würde vermuthlich abermals mit Kämpfen der Deutschen und Franzosen um diese Länder vergehen und unsere Nachkommen vielleicht anno 2870 die Thorheit der Väter zu bezahlen haben wie wir diejenige unserer Ahnen.

Nein, ein wenig wollen wir denn doch aus der Geschichte gelernt haben. Etwas Andres als die Einverleibung von Elsass und Deutsch-Lothringen darf nicht geschehen. Sonst lasse man lieber gleich die Grenze wie sie ist. Ein solcher neutraler Staat hätte gar keine Lebensdauer, kein einziges politisches Bedürfniss seiner Nachbarn und seiner eigenen

Bevölkerung käme dabei zur Befriedigung. Vermuthlich wäre gleich die nächste bescheidene Forderung Frankreichs, dass doch die deutschen linksrheinischen Lande mindestens auch einen neutralen Staat bildeten, — eine alte Lieblingsidee, die man immer hören kann, wenn die Franzosen einmal zur Annexion keine Aussicht zu haben glauben. Warum auch nicht? Jetzt sind schon über 8, mit Elsass und Lothringen $9^1/_2$, mit den Rheinlanden wären 13 Mill. Deutsche von Deutschland abnectirt, das achte Armeecorps Preussens könnte sich gleich auflösen, — sicher ein Gewinn für uns, nach den gescheidten politischen Vorschlägen mancher unserer Landsleute! O Deutschland, wann werden deine eigenen Söhne aufhören, dich mit ihrer fanatischen „Objectivität“ zum Tode zu verwunden! Wann wird endlich ein gesunder nationaler Egoismus bei aller Schonung der Rechte Andrer zuerst an das Wohl des eigenen Staats denken und dem unglückseligen Kosmopolitismus weichen, mit dem wir jede berechtigte und unberechtigte Empfindlichkeit des Auslands schonen! —

VIII.

Die politische Einfügung von Elsass und Deutsch-Lothringen in Deutschland.

Was soll nun aus den Frankreich wieder abgenommenen deutschen Landen werden?

Elsass und Deutsch-Lothringen, letzteres nöthigenfalls um Metz erweitert, müssen vor allen Dingen für Deutschland wiedergewonnen werden. Zu diesem Zweck sind sie möglichst rasch mit Deutschland innig zu verbinden. Das fordert das nationale und politische Interesse ganz Deutschlands ebenso sehr als dasjenige der beiden Provinzen selbst. Das nationale Zwitterthum muss dort schnell und für immer sein Ende finden. Ebenso spricht für eine möglichst innige

Verbindung ein gesammteuropäisches und insofern auch ein richtig verstandenes französisches Interesse. Denn nur in diesem Falle wird bald und dauerhaft Ruhe und Friede zwischen Frankreich und Deutschland werden. Die Drohungen des neuen französischen Ministers des Aeusseren, J. Favre's, dass ein Frankreich demüthigender Friede bald wieder zu einem neuen Kriege auf Tod und Leben führen werde, schrecken uns nicht. Haben die Franzosen die Macht dazu, so werden sie von Neuem ihrer Kriegswuth die Zügel schiessen lassen, auch wenn ihnen jetzt kein Fuss breit Landes genommen wird. Also sorgen wir dafür, dass ihnen diese Macht fehlt. Das geschieht durch die innige Vereinigung der abgetretenen Länder mit Deutschland am besten.

Jede Idee an einen selbständigen neutralen Staat ist also unbedingt zu verwerfen. Sonst wären die Lande jedenfalls nimmer für Deutschland wiedergewonnen, und abermals wäre gegen das Interesse aller Betheiligten und ganz Europa's nur ein Provisorium in diesen wichtigen Grenzlanden geschaffen.

Es muss vielmehr im Friedensvertrage mit Frankreich durchaus darauf bestanden werden, dass die Provinzen bedingungslos zur Verfügung Preussens gestellt werden. Was weiter mit Elsass und Lothringen geschieht, ist eine rein innere Angelegenheit Deutschlands. Womöglich kein Wort über diesen Punct darf in den Friedensvertrag kommen. Frankreich hat nur zu erklären, dass es alle Anordnungen, welche sein Rechtsnachfolger Preussen in Betreff jener Länder trifft, im Voraus anerkenne. Ebensowenig darf einer fremden Macht, etwa Oesterreich, direct oder indirect ein Recht, darüber mitzureden, eingeräumt werden. Wir haben mit den zweideutigen Bestimmungen des Prager Friedens in dieser Beziehung ungünstige Erfahrungen genug gemacht, welche nicht vergessen werden sollten.

Die alsdann uns Deutsche allein angehende Frage, wie Elsass und Lothringen mit Deutschland möglichst rasch

und innig verbunden werden sollen, ist nur zu beantworten in Zusammenhang mit der Frage von der Gestaltung unseres neuen deutschen Staatswesens. Letzteres wird für jetzt wenigstens halb Einheits-, halb Föderativstaat bleiben, mögen die süddeutschen Staaten sofort, wie wir hoffen, in den zum neuen deutschen erweiterten Norddeutschen Bund eintreten oder noch eine Zeitlang draussen bleiben. Erfolgt der Eintritt, so wird der föderative, bundesstaatliche Charakter des neuen deutschen Staats nur noch mehr gekräftigt werden. Wir Freunde des Einheitsstaats, den wir uns freilich nicht als französisch centralisirten, sondern als einen Staat mit stärkster provincieller Autonomie denken, müssen uns vorläufig wenigstens mit diesem Gepräge unseres neuen Staats befreunden. Die loyale Haltung selbst der zweifelhaften beiden süddeutschen Staaten, Baierns und Würtembergs, ist ein Factor, mit dem Alle rechnen müssen. Da bewährt sich gleich, dass diese Haltung im eigensten Interesse der genannten Staaten lag. Ebenso kann sich der bisherige Norddeutsche Bund allein auch nur allmälig im Wege ruhiger Rechtsentwicklung und namentlich etwa durch freiwilligen Verzicht der kleineren Staaten auf ihre Souveränetät aus dem Föderativstaat zum Einheitsstaat ausbilden.

Im Norddeutschen Bunde ist für Deutschlands Sicherheit und Macht namentlich durch die Bestimmungen der Bundesverfassung über das Bundespräsidium (Art. 11—19) und über das Bundeskriegswesen (Art. 57—68) gesorgt. Indem Preussen das Präsidium führt, den Bund völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Bundes Krieg zu erklären und Frieden zu schliessen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen, indem der König von Preussen in Krieg und Frieden das einheitliche Bundesheer unter seinem alleinigen Oberbefehl hat und die Bundestruppen ihm im Fahneneid zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet werden, ist dafür genügend gesorgt, dass der Norddeutsche Bund dem Ausland

gegenüber Ein Staat ist. Der unselige westphälische Friede ist insoweit beseitigt, das neue norddeutsche Reich steht einheitlicher da als das deutsche Kaiserreich seit Jahrhunderten vor seiner Auflösung. Es ist klar, dass die süddeutschen Staaten nur unter derselben Bedingung, Preussen allein die militärische und diplomatische Führung der Nation zu überlassen, in den Bund aufgenommen werden können. Die Schutz- und Trutzbündnisse, wenn sie auch diesmal ehrlich erfüllt wurden, genügen entfernt nicht. Das hat der Anspruch Baierns und Würtembergs, über den *casus foederis* zu entscheiden, und die verrätherische Haltung vieler Ultramontanen und des Demokraten Colb in jener baierischen Kammersitzung deutlich gezeigt. Denn in solchem Falle kann ja die Entscheidung auch gegen das Vorhandensein des Bündnissfalls getroffen werden und wir befinden uns in dem alten Elend unserer Nation. Wie knapp war der Sieg der guten Sache in der baierischen Kammer und wie würde es ohne diesen Sieg in dem Würtemberg des „Beobachters" gegangen sein! Treten jedoch die süddeutschen Staaten unbedingt unter die militärische und diplomatische Führung Preussens, so ist die Stellung Deutschlands nach Aussen in der Hauptsache genügend gesichert und geordnet. Die Frage an welchen deutschen Staat Elsass und Lothringen gelangen sollen, ist dann immer noch eine ausserordentlich wichtige, aber doch keine politische Frage ersten Rangs mehr.

Es kann nämlich allein unter dieser Voraussetzung auch nur die Frage aufgeworfen werden, ob Elsass und Lothringen statt bloss an Preussen, ganz oder theilweise an süddeutsche Staaten annectirt werden dürfen. Sonst wäre die territoriale Vergrösserung dieser Staaten nichts Anderes als die gefährlichste Verstärkung des deutschen Particularismus. Darein darf Preussen im Interesse der Nation niemals willigen. Dass die süddeutschen Truppen so tapfer mitgekämpft haben, berechtigt ebenso wenig zu der Forderung, etwa Baiern und Würtemberg sollten „zum Lohne" dafür mit Land ent-

schädigt werden, als diese Forderung mit der „Belohnung" der Bündnisstreue begründet werden kann. Die weit überwiegende Last des Kriegs liegt doch auf dem Nordbunde und vor allem auf Preussen und nach den obwaltenden Macht- und Militärverhältnissen auch ganz natürlich. Selbst die Verluste auf den Schlachtfeldern (auch bei Wörth) zeigen dies. Die Bündnisstreue aber und Heeresfolge war ebensowohl Pflicht der nationalen Ehre, zweifelloseste Consequenz der klarsten Verträge, als Gebot der Selbsterhaltung, — war Schuldigkeit der süddeutschen Staaten. Aus allen diesen Gründen kann von einem moralischen oder Rechtsanspruch, Land an die wie bisher selbständig bleibenden und nur durch die Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Norden verbundenen süddeutschen Staaten zu geben, keine Rede sein. Den „Belohnungsstandpunct" perhorresciren alle edleren Elemente Süddeutschlands selbst am meisten.

Aber wenn nun alle oder einige süddeutsche Staaten in den Bund eintreten, sollen sie alsdann wirklich einen Theil des elsässisch-lothringischen Gebiets erhalten? Von dem in erster Linie maassgebenden Gesichtspuncte der Sicherheit Deutschlands und der wiedergewonnenen Länder aus braucht man dies unseres Erachtens nicht unbedingt zu verneinen. Aber wirksamer und viel allseitiger wird das gesammtdeutsche Interesse und dasjenige der neuen Provinzen selbst gewahrt, wenn Elsass und Deutsch-Lothringen sofort völlig oder fast völlig an Preussen kommen, d. h. preussische Provinzen werden. Denn dies verbürgt am besten, dass diese Lande in aller und jeder Hinsicht und zugleich möglichst rasch mit Deutschland innig verwachsen.

Preussen ist als Grosstaat an sich und nach seinem grossartig bewährten politischen Berufe am meisten befähigt, ein halb entfremdetes Land und Volk wieder kerndeutsch zu machen. In den preussischen Grosstaat einverleibt werden sich die Provinzen wohler fühlen als in einem süddeutschen Kleinstaat. Elsässische Stimmen haben das neuerdings schon

wiederholt betont. Der Uebergang an einen Mittelstaat enthält für die Bewohner noch eine besondere Demüthigung, die ihnen erspart werden kann. Sicher war es ein grosser politischer Fehler, welcher das Verwachsen der jetzigen deutschen linksrheinischen Lande mit Deutschland verzögerte, dass man diese Gebiete 1814 und 1815 bei der Abtrennung von Frankreich nicht sofort ungetheilt an Preussen gab, sondern Baiern, Hessen, Luxemburg mit bedeutenderen, ja sogar Oldenburg (Birkenfeld!!), Coburg (Fürstenthum Lichtenberg!!), Hessen-Homburg (Meisenheim!!) mit kleinen Theilen dieses Gebiets ausstattete. Diese Zerfetzung des ehemaligen Saardepartements war ein echtes Beispiel der Wiener Congress-Politik. (Selbst Mecklenburg-Strelitz hatte eine Anweisung auf „10,000 Seelen“ in diesem Departement, welche ihm Preussen erst um 1 Million Thaler abkaufen musste!). Soll man jetzt solche Sünden wiederholen! Soll der Menschenschacher wie damals blühen und am Ende jeder deutsche „Staat“ nach Verhältniss seiner Einwohnerzahl oder seiner Truppenstärke oder seiner Kriegsverluste so und so viel tausend Elsässer und Lothringer erhalten? Denn wenn Baiern auf diese Weise „belohnt“ würde, warum nicht ebensogut Sachsen und die kleinen norddeutschen Staaten? Das wäre freilich der beste Weg, um den neugewonnenen Deutschen die Einverleibung in Deutschland unleidlich zu machen. Die Consequenz des „Belohnungsprincips“ ist es aber. Das zeigt, dass man damit nicht vorwärts kommt.

Ernstlich kann denn auch neben Preussen nur von einem oder zwei süddeutschen Staaten die Rede sein, an welche Theile der neuen Provinzen annectirt würden. Denn von der Bildung eines ganz neuen deutschen Mittelstaats aus diesen Ländern wird doch Niemand etwas hören wollen, obgleich man bereits von einer Seite her einmal so naiv war, von einem solchen (natürlich im Bunde stehenden) Staate etwa unter einem österreichischen Erzherzog zu sprechen, um Oesterreichs Einwilligung zur Annexion zu erhalten!

Selbst der fanatischste Legitimist wird wohl zugestehen, dass dieses habsburg-lothringische Haus das letzte wäre, an welches diese mit dem theuersten Blut rückgekauften Länder wieder gelangen dürften. Der Verschacherer Lothringens ist definitiv abgefunden. Eine Vermehrung der Zahl der Klein- und Mittelstaaten im Süden könnte scheinbar in Preussens Interesse liegen — *divide et impera* —, aber eine solche Politik würde mit Recht particularistisch genannt. So wird man also doch nur an Baiern und Baden denken dürfen. (Würtemberg etwa dafür durch badisches Land zu entschädigen, wovon auch gesprochen ward, wäre denn doch ein Menschenschacherstandpunct, für den sich gar nichts sagen liesse). Die geographischen und die Verkehrsrücksichten würden dann wohl dahin entscheiden, dass Preussen das Land westlich der Saar nebst dem deutschen Theil des Departement Meurthe zur Arrondirung seiner Grenze erhielte, die baierische Pfalz nach Süden bis zur Moder mit Hagenau oder, wie 1815 schon einmal beabsichtigt war, bis zur Zorn erweitert und Baden mit dem übrigen Elsass ausgestattet würde.

Hiernach bekäme Preussen c. 60 Qu.-M. mit 250,000 E., (hier noch ohne Metz und Umgegend gerechnet), Baiern bis zur Zorn c. 50 Qu.-M. mit 275,000 E. und Baden in diesem Falle c. 110 Qu.-M. mit 835,000 E. (hier ebenfalls auch ohne Belfort gerechnet, mit letzterem 12—13 Qu.-M. und 60,000 E. mehr). Baiern wächst dadurch von 1382 Qu.-M. und 4.82 Mill. E. auf c. 1432 Qu.-M. mit 5.1 Mill. E. (die Pfalz allein auf 158 Qu.-M. mit 900,000 E.); Baden von 278 Qu.-M. mit 1,435,000 E. auf 388 Qu.-M. mit c. 2.27 (oder 2.33 mit Belfort) Mill. E. Baiern's linksrheinisches Interesse würde noch etwas stärker, was nichts schadete, aber der baierische Staat würde ein noch grösserer Mittelstaat, an Bevölkerung Belgien noch um $^{1}/_{5}$ Mill. (an Land fast um das Dreifache) überragend. Baden rückte nach der Bevölkerungsgrösse über Würtemberg und an Sachsen heran.

Schon diese Zahlenverhältnisse zeigen das Missliche einer solchen Vertheilung der neuen Länder. Und mehr oder weniger ähnlich müsste die Vertheilung doch ausfallen. Gesammtdeutschland und die Provinzen selbst gewinnen gewiss nicht dabei und für die scheinbar begünstigten Südstaaten droht die Gabe verderblich zu werden.

Eine weitere Concession, als dass man die bestehende Klein- und Mittelstaaterei, wenn sie vom Bunde umfasst wird, erhält, braucht doch wahrlich dem Föderalismus nicht gemacht zu werden. Diese Staaten noch zu vergrössern ist wider Deutschlands Interesse. Der natürliche Hort verderblichsten und bösartigsten Particularismus wird Baiern und Würtemberg ohnedem noch auf lange sein. Die hierin liegenden Gefahren wachsen, je grösser vor allem Baiern ist. Zwar sagt man wieder, das „übrige Europa“ und Frankreich selbst werden leichter in die Verbindung der Länder mit Deutschland willigen, wenn sie wenigstens nicht direct an Preussen kommen. Mag sein, aber daraus ergiebt sich nur, dass eine solche Vertheilung gegen Deutschlands wahres Interesse ist.

Wahrhaft verderblich aber wäre es vollends, wenn man etwa das ganze Elsass an Baiern gäbe, das dadurch zu einem Staate von fast 6 Mill. Menschen und c. 1540 Qu.-M. würde. Zwar geht vielleicht Treitschke etwas zu weit, wenn er von einer solchen Verstärkung Baierns eine Wiederholung des deutschen Dualismus fürchtet, ein preussisch-baierischer statt eines preussisch-österreichischen. Nach Umfang, Lage und Volkszahl wäre Baiern immer noch zu klein, um eine „Grossmachtrolle“ zu spielen. Auch würden Würtemberg und Baden sich dann nur um so enger mit Preussen verbinden, wenn sie von Baiern umklammert würden. Und Baiern hätte für den schlimmsten Fall, bei einem neuen Liebäugeln mit Frankreich nicht nur dieses zum Westnachbar, sondern auch Oesterreich im Rücken, welches zu einer baierischen Grossmachtrolle nicht ruhig

zusehen würde. Aber unter allen Umständen würde Baiern, das schon heute als zweites Glied im Bunde nicht unbedenklich gross ist, noch schwerer in den kunstvollen deutschen Staatsorganismus einzufügen sein, wenn es so bedeutend verstärkt wäre. Im deutschen Interesse muss eine solche Vergrösserung Baierns unbedingt von der Hand gewiesen werden. Wir wollen alle freudig anerkennen, dass Baiern (wie auch Würtemberg) ihre Schuldigkeit gethan haben. Aber deshalb braucht man wahrlich jetzt nicht in Berlin in falschen Edelmuth zu verfallen. Beide Staaten waren durch das schmachvolle landesverrätherische Parteitreiben eines grossen Theils ihrer Bevölkerung, der Ultramontanen, der specifischen Particularisten und der wüsten und bornirten Demokraten vom Schlage der Carl Meyer und Colb ja sogar an dem Ausbruch des jetzigen Kriegs indirect mit schuld. Denn dieses Getriebe ermuthigte die Franzosen zum Friedensbruch.

So kann stets nur höchstens von einer kleinen Erweiterung der baierischen Pfalz nach Süden zu die Rede sein. Was Baden anlangt, so liegen die Verhältnisse bei ihm etwas anders. Seine Verstärkung gegenüber Baiern und Würtemberg liesse sich vom Standpunct preussischer und deutscher Politik aus wohl rechtfertigen. Geographische Lage und Stammesart der Bevölkerung, wenn diese Factoren einmal über die Verbindung der neuen Länder mit Süddeutschland entscheiden sollen, weisen auf die Vereinigung des Elsass mit Baden hin. Die durch beide gebildete oberrheinische Tiefebene mit den Abhängen der diese Ebene einschliessenden Gebirge ist in geographischer und volkswirthschaftlicher Beziehung ein so naturgemäss auch politisch zusammengehörender Landestheil, wie man ihn nur irgend wo findet. Aber im Bunde und Zollverein können die zerrissenen Verkehrsfäden zwischen dem rechten und linken Rheinufer sich ja auch wieder eng verschlingen, ohne dass das Elsass an Baden kommt. Zu Gunsten Badens

gegenüber Baiern, nicht gegenüber Preussen spricht dann nur noch der in diesem Falle berechtigte Gesichtspunct, dass der Norden an Baden eine Dankesschuld abträgt. Denn Baden ist der einzige süddeutsche Staat, dem wir allein wahrhaft Dank schulden. Badens Dynastie, Regierung und Volk trugen freiwillig schon vor 1870 alle Opfer der nationalen Politik. Badens Stellung beim Ausbruch der politischen Krise dieses Jahres war „selbstverständlich“. Das wusste man in Frankreich wie bei uns. Was solche „selbstverständliche Treue“ aber für Baden sagen wollte, haben die Drohungen Ehren-Grammonts gezeigt. Fast scheint es, dass man in Norddeutschland im Augenblick ein wenig gar zu sehr das biblische Gleichniss vom verlorenen Sohn vor Augen habe, wenn man Baiern und Würtemberg auf der einen, Baden auf der andern Seite beurtheilt.

Allein — es wird gerade zunächst in Baden allgemein gefühlt, dass die Einfügung des Elsass in den badischen Staat, auch wenn dieser im Bunde steht, für Baden selbst und für das Elsass schwerlich ein Glück wäre. Der kleine Staat ist nicht stark genug, den grossen neuen Landestheil zu assimiliren. Wenn Baden auch den Verlust des letzteren nicht zu fürchten hätte, da hier ja der Bund einstände, so erhöben sich doch grosse Schwierigkeiten in dem badischen Staatswesen. Das Gleichgewicht desselben würde leicht umgestossen werden. Die neuen feindlichen Elemente verstärkten die rührige ultramontane Partei und die Opposition der zwar auch in Baden ganz unfähigen, aber durch die Verbindung mit den Ultramontanen doch nicht unwichtigen grossdeutschen Demokratie Stuttgarter Schlages. Endloses Parteigezänk verzögerte den Verschmelzungsprocess des Elsass mit Deutschland. Kurz, — immer lieber das Elsass badisch als baierisch, aber besser doch beides nicht, sondern einfach preussisch! Das wird man im wahren Interesse des heutigen badischen Staats selbst, der sich um Deutschlands Freiheit und Einheit so manche Ver-

dienste erworben hat, sagen dürfen. Die grössere Sicherung Badens gegen Sonderbündelei seiner deutschen Nachbarn (man denke an 1866 und den damaligen Druck auf Baden!) wird besser durch den Uebergang des Elsass an Preussen als an Baden selbst bewirkt werden.

So kommt man zu dem Ergebniss, dass doch womöglich nur Preussen die neuen Lande erhalte. Preussen fasst damit festen Fuss in Süddeutschland, schwächt die particularistischen Tendenzen hier, erhält aber auch das stärkste eigene Interesse, die wiedergewonnenen Gebiete Deutschland für immer zu erhalten. „Was Preussen gewonnen, ist Deutschland gewonnen", das beweist die Geschichte der letzten 200 Jahre auf jedem Blatte, ebenso wie den entgegengesetzten Satz: was Oesterreich gewonnen, ist Deutschland verloren. Wahrlich, nur der verblendetste Preussenhass kann verkennen, dass Preussen, indem es Elsass und Lothringen allein an sich nimmt, damit zwar eine sehr ehrenvolle, aber auch eine schwierige Aufgabe auf sich ladet. Preussen — die Wacht am Oberrhein, wie am Mittelrhein, damit ist die ganze Sachlage genau gekennzeichnet. Die Stellung im Elsass wird für lange eine gefährdete, die Aufgabe der Entwelschung dieses Landes eine dornenvolle sein. Aber wie die Nordmark in Schleswig-Holstein, so muss auch die neue Südwestmark Preussen im deutschen Gesammtinteresse zur Hütung übergeben werden. Das particularistische Interesse Preussens könnte mit der Arrondirung der Rheinprovinz durch Deutsch-Lothringen mit Metz (und vollends etwa mit Luxemburg) vollauf befriedigt sein. Vertreter des specifisch preussischen Standpuncts werden der Annexion des Elsass kaum das Wort reden. Aber der deutsche Beruf Preussens fordert, dass es trotzdem diese neue Mark an sich nehme. Und einer solchen Mission der Ehre und Pflicht entzieht sich Preussen nicht.

Freilich fügt sich das neue Gebiet mit Ausnahme eines Theils von Lothringen geographisch schlecht an Preussen,

weit besser an Süddeutschland an. Allein dies hat wenig auf sich, wenn der Zollverein und hoffentlich derselbe politische Verband diese Provinzen wie das übrige Süddeutschland umspannt. Auf der Landkarte wird das Bild des neuen preussischen Staats sich wiederum nicht eben gut ausnehmen. Aber Preussen ist ja daran gewöhnt, ein merkwürdig geformtes Staatsgebiet zu besitzen und es dennoch zu einem compacten Ganzen zusammenzuschweissen. So ging es von der Zeit an, wo der preussische Aar nur mit seinen äussersten Flügelspitzen über vieler anderer Herren Länder hinüber das Gebiet an Niemen und Pregel und an Weser und Rhein unter dem grossen Churfürsten umfasste bis in die jüngste Zeit, wo die Rheinlande und Westphalen eine abgetrennte Parcelle vom Haupttheil des Staatsgebiets waren. Gerade diese vielfach so ungünstige Gestaltung des letzteren ist dem deutschen Beruf Preussens zu Gute gekommen. So wird es auch jetzt wieder gehen. Der territoriale Zusammenhang mit dem übrigen preussischen Gebiete bleibt gewahrt. Es entsteht eine stark nach Süden sich verlängernde und sich verjüngende Rheinprovinz. Wie vortheihaft es für eine Menge politische und volkswirthschaftliche Verhältnisse ist, wenn Preussen allein die deutsche Westgrenze in ihrem ganzen Lauf von Basel bis Nymwegen und namentlich die Grenze gegen Frankreich im Besitz hat, bedarf keines weiteren Beweises. Auch das ist gut, dass Preussen ein unmittelbarer Nachbar der Schweiz wird. Diese fürchtet eben dies, um so mehr liegt es in unserem Interesse.

Die grossen Mittel des heutigen preussischen Staats gestatten ohne Zweifel die Beschleunigung des Assimilirungsprocesses der neuen Provinzen mit Deutschland viel mehr. Die kleinen süddeutschen Staaten können nach der Natur der Sache hier nicht so viel leisten. Baiern insbesondere hat, wie man in dieser Frage mit Recht betont, viel weniger verstanden, die Pfalz, als Preussen die Rheinlande sich innerlich zu verbinden. Nur die verbissene Nergelsucht der Gegner

Preussens, welche dabei stets Nebendingen eine entscheidende Bedeutung beilegen, kann auf diese oder jene Schäden der inneren preussischen Zustände hinweisen, um daraus die Behauptung abzuleiten, Preussen sei weniger als etwa — Baiern (!) geeignet, Elsass und Lothringen wieder ganz deutsch zu machen. Gerade das specifisch preussische Wesen hat neben kleinen Mängeln grosse Vorzüge vor dem „Stammesthum" anderer deutscher Staaten voraus. Wie kann man überhaupt heute noch Preussen Baiern oder Würtemberg oder Sachsen gegenüberstellen. „Preussen" ist der Collectivname von zwei Dritteln des politisch verbundenen deutschen Volks, jeder Name eines anderen deutschen Staats bezeichnet ein paar Stammesbruchtheile. Unser neuer deutscher Staat ist, wie das deutsche Staatswesen seit Jahrhunderten, immer noch eine abnorme politische Erscheinung, welche nicht nach dem gewöhnlichen Maasstabe gemessen werden kann. Aber den tüchtigen Kern dieses Staats bildet Gottlob der mächtige einheitliche preussische Staat, um den sich die übrig gebliebenen Klein- und Mittelstaaten gruppiren. Jeder neue Territorialerwerb muss von nun an womöglich diesen Kern verstärken. Dann wird das ganze deutsche Staatswesen gedeihen und alle seine Theile blühen. Elsass und Lothringen werden das sicher bald ebenso empfinden, wie es das preussische Rheinland zu seinem Segen erfahren hat.

In der Stellung von Provinzen Preussens werden die wiedergewonnenen Lande Alles besitzen, was sie erwarten können, vollends wenn die Herstellung grösserer provinzieller Autonomie im preussischen Staate eine hoffentlich nicht mehr lange entbehrte Wirklichkeit geworden ist. Unendlich mehr Freiheit und Selbständigkeit denn als heutige französische Departements wird den neuen Provinzen aber auch schon zu Theil, wenn sie ganz die Stellung der jetzigen Provinzen Preussens erhalten. Und Gleiches gilt von den Kreisen (Arrondissements) und Gemeinden.

Die auch in Vorschlag gebrachte Einfügung des Elsass

und Lothringens als neuer reichsunmittelbarer Gebiete in das deutsche Reich, erscheint uns eine ganz unnöthige Künstelei, an der nur die deutschen Staatsrechtstheoretiker wieder eine Ueberfülle juristischen Scharfsinns verschwenden würden.

Und so leite uns denn der grosse nationale Gedanke, die alte Schuld unseres Volks auszulösen, die in der Zeit unserer tiefsten Erniedrigung erlittene Schmach wieder abzuwaschen und Elsass und Lothringen in Wahrheit Deutschland, dadurch aber auch sich selbst, wiederzugewinnen. So erfülle sich Schenkendorfs Mahnruf:

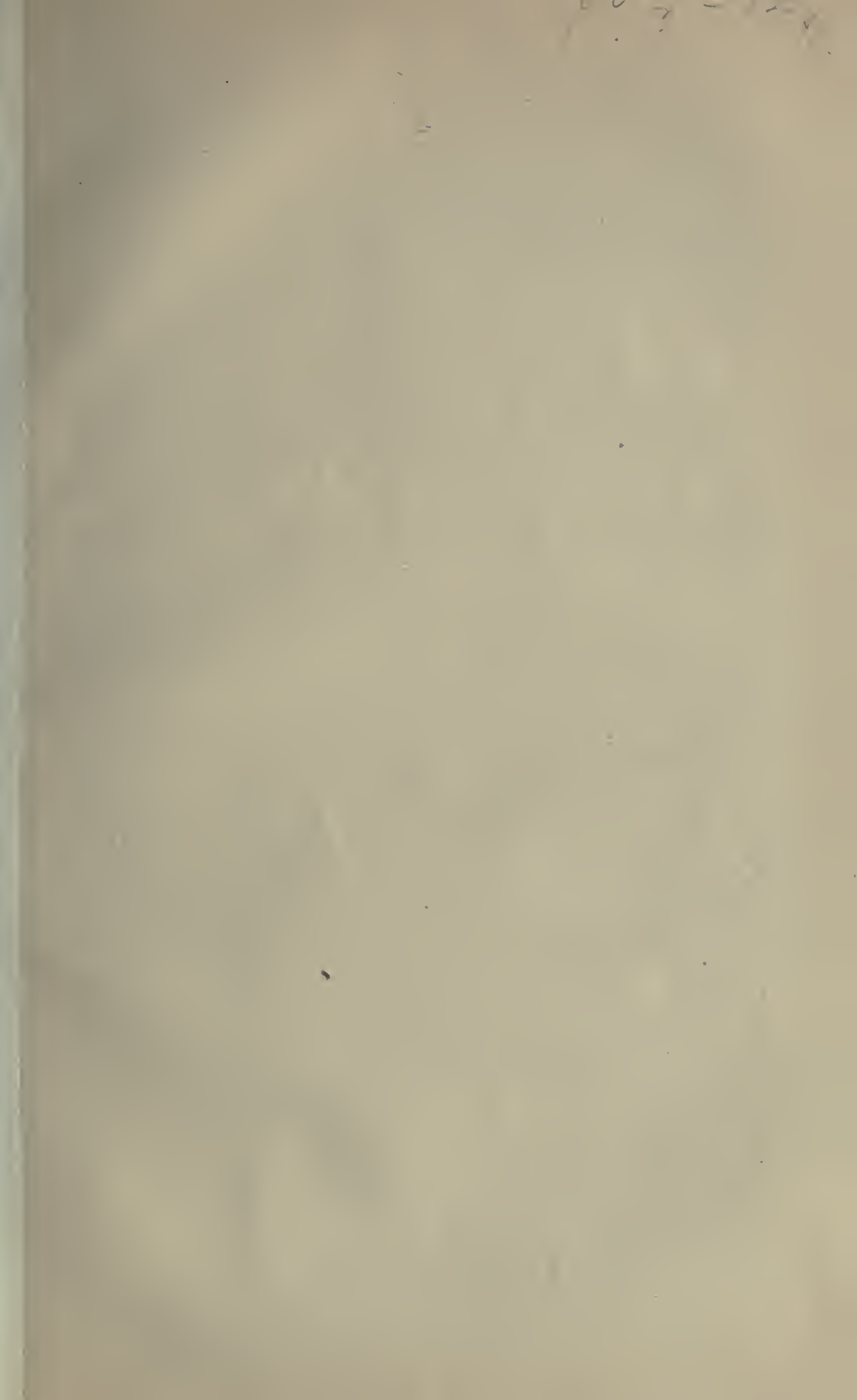
> Doch dort an den Vogesen
> Da liegt verlornes Gut,
> Da gilt es deutsches Blut
> Vom Höllenjoch zu lösen!

Das walte Gott!

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

INHALT.





Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

